

2. Diskurs und Sprache: „Soziale Marktwirtschaft“ als diskursives Element

Hegemonie, wie eben vorgeschlagen, als diskursives Phänomen zu begreifen, macht es nicht nur unerlässlich darzulegen, was im Rahmen dieser Untersuchung mit „Diskurs“ gemeint ist, sondern vor allem, näher zu erläutern, welche Mechanismen in Diskursen wirken und wie sie ineinander greifen. Diese für die Hegemonieanalyse in einiger Hinsicht noch propädeutische Aufgabe übernimmt das folgende Kapitel.

Mit dem Begriff des Diskurses soll, wie in der Einleitung noch vorläufig formuliert wurde, eine komplexe Praxis bezeichnet werden, im Rahmen derer sozialer Sinn generiert wird, indem verschiedenste Elemente zueinander in Beziehung gesetzt und damit als differente Elemente verstanden werden. In einem ersten Schritt (2.1) wird es nun darum gehen, diese grundlegende diskurstheoretische Überlegung zu vertiefen, einige Ab- und Eingrenzungen im mittlerweile sehr weiten Feld der Diskurswissenschaften vorzunehmen und die Grundlagen des hier zugrunde gelegten Diskursverständnisses zu explizieren. Anschließend (2.2) wird das Funktionieren diskursiver Bedeutungsmechanismen unter besonderer Berücksichtigung des diskursiven Elements „Soziale Marktwirtschaft“ ausführlich untersucht. Dazu wird es notwendig sein, einige grundlegende, in der Politischen Wissenschaft jedoch kaum rezipierte sprachwissenschaftliche und semiotische Erkenntnisse zur Funktion von (insbesondere: sprachlichen) Zeichen zu rekonstruieren. Zum Abschluß des Kapitels (2.3) wird zum einen der Sprach- und Artikulationsraum um die „Soziale Marktwirtschaft“ vorläufig skizziert, und zum anderen aufgezeigt, welche Arten von Beziehungen in politisch-diskursiven Räumen zum Tragen kommen.

2.1 Diskurs, Diskursanalyse, Diskurstheorie

Wer sich heute mit dem Feld von Diskurstheorie und Diskursanalyse befaßt, kann auf eine mittlerweile relativ lange und umfangreiche Tradition zurückgreifen. Diese Tradition ist jedoch weit davon entfernt, ein einheitliches Bild darzustellen. Die große Bandbreite der verschiedenen diskurswissenschaftlichen Heran- und Vorgehensweisen sowie das uneinheitliche Verständnis dessen, was als Gegenstand der Untersuchung dienen soll – der Diskurs –, machen einige Ein- und Abgrenzungen unabdingbar. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei erstens darauf hingewiesen, daß der im folgenden zugrunde gelegte Begriff des Diskurses sich nicht mit demjenigen deckt, der in vielen deutschsprachigen Diskussionen der vielleicht prominenteste Diskursbegriff ist, nämlich der stark normativ orientierte Diskursbegriff der Habermasschen Diskurstheorie, der auch in die politische Theorie Habermas' Eingang gefunden hat.¹ Zweitens ist eine begriffliche Abgrenzung zwischen Diskurstheorie und Diskursanalyse hilfreich: Als Diskurstheorie kann jedes Projekt bezeichnet werden, das die diskursiven Strukturen und Prozesse in allgemeiner Weise zu erfassen und zu beschreiben sucht; das hier verfolgte Projekt entspricht zum Großteil einer speziellen Diskurstheorie, nämlich einer Diskurstheorie der politischen Hegemonie. Diskursanalyse hingegen untersucht das Funktionieren spezifischer Diskurse. Die Übergänge zwischen beiden sind oft fließend: Diskurstheorie bereitet Diskursanalyse vor und Diskursanalyse greift immer wieder auf diskurstheoretische Vorüberlegungen zurück. Beide, Diskurstheorie und Diskursanalyse, müssen als sich gegenseitig stützende Teile einer umfassenden Diskurswissenschaft begriffen werden.

Zum Zwecke ausführlicherer Ab- und Eingrenzungen wird nun zunächst ein knapper Überblick über die verschiedenen Richtungen in den Diskurswissenschaften gegeben, gefolgt von einer Darstellung des Verhältnisses von Diskursanalyse/Diskurstheorie und Politischer Wissenschaft. Im Anschluß werden – ausführlicher als dies bereits in der Einleitung geschehen ist – die wesentlichen Grundzüge des Diskursverständnisses, das dieser Arbeit zugrunde liegt, expliziert, gefolgt von einigen heuristischen Einschränkungen.

1 Vgl. v.a. Habermas (1982[1981]; 1983; 1984; 1985; 1991; 1998[1992]; 1999). Ich habe diesen Diskursbegriff an anderer Stelle in Grundzügen ausgeführt und mit dem hier vorgestellten verglichen (Nonhoff 2004).

2.1.1 Diskurswissenschaft im Überblick²

Zellig S. Harris' 1952 publizierter Aufsatz „Discourse Analysis“ gilt heute üblicherweise als Auftakt eines Großteils dessen, was sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als Diskurswissenschaft etablieren konnte. Obgleich er mit seinem Projekt einer formalen Morphemdistributionsanalyse nur einen Teil dessen berührte, womit sich heute Diskurstheorien und Diskursanalysen befassen,³ skizzierte bereits Harris zwei Probleme, die verschiedenste Diskurswissenschaftler bis heute in der einen oder anderen Form umtreiben: „The first is the problem of continuing descriptive linguistics beyond the limits of a single sentence at a time. The other is the question of correlating ‚culture‘ and language (i.e. non-linguistic and linguistic behavior)“ (Harris 1952: 1; ganz ähnlich z.B. auch Stubbs 1983: 1). Das erste Problem macht deutlich, daß Diskursanalyse zwar innerhalb des breiteren Feldes der Linguistik zu verorten ist, daß sie sich aber nicht – wie etwa die Grammatik – mit der Analyse sprachlicher Strukturen und Prozesse innerhalb einzelner Sätze befaßt, sondern die größeren sprachlichen Formationen jenseits des Satzes – Texte im weitesten Sinne – sprachwissenschaftlich (also nicht philologisch oder hermeneutisch) untersucht (vgl. auch Watts 1994: 43). Einige DiskursanalytikerInnen sehen im formalen Kriterium „Sprache jenseits des einzelnen Satzes“ das einzige Kriterium zur Eingrenzung des Diskursbegriffs und setzen dabei Diskurs und Text weitgehend gleich (vgl. z.B. Salkie 1995: xi). Doch schon der zweite von Harris angesprochene Aspekt verweist auf den Unterschied zwischen dem Unterfangen der Textlinguistik und dem der Diskursanalyse. Wo Harris die Frage möglicher Korrelationsbeziehungen von Sprache und Kultur anspricht, könnte man heute allgemeiner formulieren: Während sich die Textlinguistik üblicherweise darauf konzentriert, die sprachlichen Strukturen innerhalb eines Textes ohne Rekurs auf den textäußeren Kontext zu analysieren, interessiert sich die Diskursanalyse genau für diesen Zusammenhang zwischen Text und dem Kontext in seinen verschiedensten Dimensionen (Intertextualität, Publikationskontext, situationaler Äußerungskontext usw.). Es geht der DiskursanalytikerIn demnach nicht – wie vielen LinguistInnen – um die Sprache als abstraktes

2 Der hier gegebene Überblick hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Zur Kurzübersicht vgl. z.B. die jüngeren Beiträge von Keller (1997), Angermüller (2001), Coupland/Jaworski (2001), Keller/Hirseland/Schneider/Viehöver (2001b; 2003b). Zur Vertiefung vgl. auch van Dijk (1985a), Bublitz (1999); Jaworski/Coupland (1999), Angermüller/Bunzmann/Nonhoff (2001), Keller/Hirseland/Schneider/Viehöver (2001a; 2003a).

3 Vgl. für einen knappen Überblick über die frühere Entwicklung der Diskursanalyse in Europa und Nordamerika van Dijk (1985b).

ten Reihen von Sätzen, von Äußerungen oder von Sprechakten Bedeutung generiert wird; Ziel ist die „Analyse unmittelbarer Kommunikationsprozesse“ (Keller et al. 2001b: 10). Dabei ist nochmals zu unterscheiden zwischen jenen AutorInnen, die Diskursanalyse im wesentlichen auf die Analyse gesprochener Rede (bzw. die Niederschrift gesprochener Rede) beschränken (am prominentesten vielleicht Coulthard 1977; vgl. auch Coulthard 1992; Renkema 1992; Watts 1994), und allen anderen, die jene Einschränkung nicht nachvollziehen und geschriebene wie mündliche Texte gleichermaßen als Diskurs analysieren (z.B. Brown/Yule 1983; Georgakopoulou/Goutsos 1997; Johnstone 2002; Nunan 1993). Das Ziel dieser Richtung der Diskursanalyse liegt zum einen in der Untersuchung formaler Aspekte von knapperen Sprachsequenzen in spezifischen Kontexten, im einzelnen zum Beispiel der Funktion bestimmter Partikel oder bestimmter rhetorischer Figuren; wichtig ist in diesem Zusammenhang etwa die Frage, wie in Diskursen Kohärenz hergestellt wird (unter Einbeziehung des Äußerungskontextes und damit in Unterscheidung zur Kohäsion von Texten, vgl. z.B. Coulthard 1977: 10). Neben diesen formalen Aspekten geht es der Diskursanalyse mündlicher Kommunikation auf inhaltlicher Ebene um „die Untersuchung der Organisation von Sprecher- und Themenwechseln, um die Nutzung impliziten Referenzwissens, um Aushandlungsprozesse über Situationsdefinitionen [...] und] um die sozialstrukturelle Prägung des Sprachgebrauchs“ (Keller et al. 2001b: 10). Grundsätzlich kann die angloamerikanische Diskursanalyse – mit ihren beiden Schwerpunkten der Text/Kontext-Analyse und der Konversationsanalyse – im wesentlichen als Teil der pragmatischen Linguistik gelten (vgl. Brown/Yule 1983: 26; van Dijk 1985b: 5).⁶

Die zweite Richtung der Diskursanalyse befaßt sich unter dem Etikett „Diskurs“ mit großflächigen, gesellschaftlichen Prozessen der Pro-

6 Zu ergänzen ist hier die eng mit Norman Fairclough verbundene *Critical Discourse Analysis*, die die bildungspolitische Anwendung der Diskursanalyse in den Vordergrund rückt (vgl. v.a. Fairclough 1995; 2001). Die *Critical Discourse Analysis* reflektiert zunächst die grundlegende Stoßrichtung der Diskursanalyse, indem sie „auf die Entwicklung eines Analyserahmens [zielt], der in systematischer Weise die Eigenschaften diskursförmiger Interaktionen und Texte mit Merkmalen der jeweiligen sozialen und kulturellen Kontexte verknüpft“ (Fairclough 2001: 347). Allerdings hat sie darüber hinaus die pädagogische Ambition, die Erkenntnis über das Funktionieren diskursiver Prozesse für die Verbreitung eines „kritischen Diskursbewußtseins“ zu nutzen, vor allem hinsichtlich der „diskursive[n] Praktiken, die in irgendeiner Weise menschlichen Bedürfnissen entgegenstehen“ (ebd.: 347/48). Die *Critical Discourse Analysis* wurde auch außerhalb Großbritanniens rezipiert, etwa durch die österreichische Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak (vgl. Fairclough/Wodak 1997).

duktion von Bedeutungen und Sinn und den hierdurch entstehenden Sinninformationen (vgl. z.B. Sarasin 2001: 60). Als eine der stärksten Ausprägungen der Diskursanalyse in diesem zweiten Sinne kann die „französische Schule der Diskursanalyse“ gelten (vgl. Guespin 1976: 7; Maingueneau 1994), die in Abgrenzung zur angloamerikanischen Ausprägung als „eigenständige[r] und intergrierte[r] Theoriezusammenhang“ gelten muß (Angermüller 2001: 10). Verschiedene Theoretiker, die alle in mehr oder weniger enger Verbindung zur wohl einflußreichsten französischen Denkschule der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – des Strukturalismus – stehen, schufen den „Nährboden“ der französischen Diskursanalyse, z.B. Jacques Lacan, Louis Althusser und nicht zuletzt Michel Foucault, dessen diskurstheoretisches Opus – allen voran die *Archäologie des Wissens* (Foucault 1997[1969]) – auch in Deutschland eine breite Rezeption erfahren und erheblich zur Prominenz der Diskursanalyse beigetragen hat (vgl. für viele Bublitz et al. 1999; Jäger 1993; Link 1986). Als zentrale Figur der französischen Diskursanalyse kann der Althussererschüler Michel Pêcheux gelten (vgl. v.a. Pêcheux 1982[1975]; Pêcheux 1990). Von ihrer schulförmigen Ausprägung zeugt auch die Institutionalisierung des Forschungsfeldes Diskursanalyse, z.B. in der Zeitschrift *Langages*.⁷ Das besondere Augenmerk der französischen Schule der Diskursanalyse galt einerseits über viele Jahre hinweg der Analyse gesellschaftlicher bzw. politischer Diskurse und damit auch der Ideologiekritik (vgl. Seidel 1985: 44), andererseits aber analysierte gerade Michel Foucault nicht politische Diskurse im engeren Sinn, sondern die Entwicklung und Etablierung historischer Wissensformationen im Bereich der Humanwissenschaften⁸ mit einem deutlichen Forschungsschwerpunkt im 17. und 18. Jahrhundert. Dies sind freilich nur unterschiedliche Schwerpunktsetzungen im Rahmen des gemeinsamen Interesses an der Erforschung des Funktionierens großer gesellschaftlicher Sinninformationen. Dieses auf die allgemeinen Strukturen diskursiver Praxis im sozialen und politischen Raum gerichtete Forschungsinteresse führte zur Formulierung zentraler, für die Politische Theorie relevanter Diskurstheorien, z.B. durch Michel Foucault in der *Archäologie des Wissens* (Foucault 1997[1969]), und insbesondere durch Ernesto Laclau

⁷ In den *Langages* sind seit den 1960ern regelmäßig Ausgaben erschienen, die der Diskursanalyse (und im besonderen immer wieder der politischen Diskursanalyse) gewidmet waren. Vgl. *Langages* No. 13 (1969), No. 23 (1971), No. 37 (1975), No. 41 (1976), No. 62 (1981), No. 81 (1986), No. 117 (1995), No. 119 (1995).

⁸ Neben anderen betrachtete Foucault die Entstehung von Biologie, Ökonomie und Philologie (Foucault 1997[1966]) sowie die Entwicklung der „Wissenschaft des Straßens“ (Foucault 1995[1975]) und der Kunst der Regierung (Foucault 2004a; 2004b).

und Chantal Mouffe (1985), die in verschiedener Hinsicht an Lacan, Althusser und Foucault, aber auch an Derridas Philosophie der Dekonstruktion anschließen.

Daß nun die pragmatisch-linguistische Diskursanalyse im Sinne einer Analyse spezifischer Fälle von *language-in-use* vor allem dem angloamerikanischen Raum zugeordnet wurde, während die Untersuchung von Diskursen im Sinne großflächiger gesellschaftlicher Sinnformationen mit der französischen Schule der Diskursanalyse in Verbindung gesetzt wurde, darf nicht zu dem Mißverständnis führen, wir hätten es grundsätzlich mit nationalen Wissenschaftskulturen zu tun. Dies verdeutlicht die Diskurstheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe: Der Argentinier Laclau und die Belgierin Mouffe haben im wesentlichen in Großbritannien gelehrt und publiziert, stellen aber den Zusammenhang von Diskurs und Gesellschaft vielleicht stärker in den Mittelpunkt ihrer Forschung als jede andere Form der Diskurstheorie/-analyse (vgl. aber z.B. auch Fairclough 1992: v.a. 62-100). Gleichzeitig haben der französische Strukturalismus und gerade die Foucaultschen Schriften im angloamerikanischen Raum eine umfassende Rezeption erfahren (und so wohl erst das Sprechen vom Poststrukturalismus erlaubt). Andererseits hat die französische Schule der Diskursanalyse solch wesentliche Impulse von der pragmatischen Linguistik erhalten, daß man von einer im Lauf der 1970er und 1980er Jahre vollzogenen „pragmatische[n] Wende der französischen Linguistik“ sprechen kann (Angermüller 2001: 12). In Deutschland schließlich finden wir sowohl Anwendungen, die unter Diskursanalyse die Untersuchung „authentische[r] mündliche[r] Diskurse auf der Grundlage von transskribierten audio-(visuellen) Aufzeichnungen“ verstehen (Becker-Mrotzek 1994: 87), als auch jene, die sich im wesentlichen der Text-Kontext-Analyse widmen (vgl. z.B. die Beispielanalysen in Jäger 1994), und schließlich jene, die sich der Analyse und Theoretisierung großflächiger gesellschaftlicher Sinnformationen widmen; letztere dominieren insbesondere in den Sozialwissenschaften (vgl. die verschiedenen Beiträge in Keller et al. 2001a; vgl. auch Link 1986), wohingegen die beiden erstgenannten eher in den Sprachwissenschaften beheimatet sind.

2.1.2 Diskursanalyse und Politische Wissenschaft

Daß sich die deutschen Sozialwissenschaften, die sich ja bereits dem Wortsinn nach mit dem Gesellschaftlichen befassen, eher für die Diskursanalyse als Analyse großflächiger Sinnformationen interessieren (und die aufwendige Kleinarbeit wie etwa in der Text-/Kontextanalyse gerne den Sprachwissenschaften überlassen), kann kaum überraschen.

Dies müßte eigentlich auch für die deutsche Politische Wissenschaft gelten, wenn es nicht eine eigenartige, weitgehende *Nicht*beziehung zwischen deutscher Politischer Wissenschaft und Diskurswissenschaft gäbe – abgesehen von der durchaus weit verbreiteten Rezeption der Habermasschen Diskurstheorie (z.B. Schmalz-Bruns 1995). „In der Politikwissenschaft, insbesondere der bundesdeutschen, sind Diskursanalysen [...] ein randständiges Thema. Weder ist ein Konzept diskursanalytisch verfahrenender Politikwissenschaft ausgearbeitet worden, noch läßt sich eine politikwissenschaftlich ausgerichtete Diskursanalyse ausmachen“, konstatierte Frank Nullmeier (2001: 285) noch vor nicht allzu langer Zeit. Freilich nehmen PolitikwissenschaftlerInnen – wenn auch beinahe ausschließlich an den Rändern ihrer Disziplin – durchaus auf Konzeptionen Bezug, die der Diskursanalyse verwandt sind oder zumindest verwandt erscheinen, so etwa auf „Wissen“ oder auf das Oppositionspaar „Ideen vs. Interessen“ (vgl. ebd.: 289-303, vgl. auch Keller et al. 2001b: 9/10). Grundsätzlich kann man demnach nicht davon sprechen, daß konstruktivistische oder interpretatorische Ansätze in der Politikwissenschaft keinen Widerhall fänden (vgl. zum Überblick Nullmeier 1997; Matthias Leonhard Maier 2003); eine ausgeprägte Rezeption diskurswissenschaftlicher Überlegungen blieb in Deutschland jedoch größtenteils aus (vgl. aber z.B. Brand 1994; Keller 1997; Keller 1998; Schwab-Trapp 2002).

Außerhalb Deutschlands sind eher Annäherungen von Politik- und Diskurswissenschaft festzustellen, wie z.B. die u.a. auf Foucault rekurrierende Untersuchung des Umweltdiskurses in Großbritannien und den Niederlanden, die Maarten A. Hajer (1995; vgl. auch Hajer 1997) vorgelegt hat, belegt. Hajer betont insbesondere die Notwendigkeit, im Rahmen einer politikwissenschaftlichen Diskurstheorie dem strategisch handelnden Subjekt und den politischen Institutionen einen größeren Stellenwert einzuräumen, als Foucault dies über weite Strecken seines Schaffens getan hat. Diese Konzentration auf das Subjekt und die Institution kann – und wir werden auf diese Problematik im vierten Kapitel ausführlich zu sprechen kommen – kaum überraschen, ist doch die Politische Wissenschaft stets mit der Frage befaßt, wer in wessen Namen und zu wessen Nutzen gemeinschaftliches bzw. politisches Handeln vorantreibt. Hajer wird in Deutschland gerne als derjenige (und häufig als der einzige) angeführt, der am ehesten den Weg zu einer politikwissenschaftlichen Diskursanalyse beschritten habe (vgl. Nullmeier 2001: 289; Keller 1997: 321); zudem hat seine Pionierarbeit auch erste Schritte politikwissenschaftlich-diskurswissenschaftlicher Forschung hierzulande inspiriert (so v.a. Keller 1998).

Grundsätzlich ist es jedoch äußerst erstaunlich, daß die vielleicht bedeutendste diskurstheoretische Schule, die aus der Politischen Theorie

hervorgegangen ist und institutionell innerhalb der Disziplin der Politischen Wissenschaft verankert ist (unter anderem seit vielen Jahren bei den *Summer Schools* der ECPR in Essex), in jüngeren Überblicksbeiträgen zum Verhältnis von Diskurs- und Politischer Wissenschaft (Nullmeier 2001; Matthias Leonhard Maier 2003) mit keinem Wort erwähnt wird: jene Schule, die sich mittlerweile um die bereits erwähnte Diskurs- und Hegemonietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe gebildet hat. Im Anschluß an Laclau/Mouffe wurden insbesondere Studien zur diskursiven Konstituierung politischer Identitäten angefertigt und damit auch das Problem des politischen Subjekts erörtert (vgl. verschiedene Beiträge in Laclau 1994; Howarth et al. 2000). Aber die Laclau/Mouffesche Diskurstheorie wurde ebenso rezipiert für die Untersuchung von Nationalismus und Rassismus, Medienpolitik und Sozialpolitik (vgl. Torfing 1999: 189-241; vgl. zur Sozialpolitik v.a. Torfing 1998), oder auch für Analysen der Nordirlandproblematik (vgl. Clohesy 2000) oder der Ideologie grüner Parteien (vgl. Stavrakakis 2000). Nach einigen wenigen fruchtbaren theoretischen Rezeptionsansätzen (vgl. Rüdiger 1996; Marchart 1998; Hirsland/Schneider 2001) und einführenden Darstellungen (Stäheli 1999) werden Laclau/Mouffe in jüngster Zeit auch – wenngleich vorsichtig und nur in Einzelfällen – von der anwendungsorientierten deutschen Politikwissenschaft rezipiert, etwa in der Menschenrechtsdiskussion (vgl. Bonacker/Brodocz 2001).⁹

Man könnte nun einwenden, daß es wohl schon seine Gründe habe, wenn sich die Politische Wissenschaft so wenig auf die Diskurswissenschaft einließe, daß der Aufwand vermutlich höher sei als der Gewinn. Dem ist entgegenzuhalten, daß sich zahlreiche politische Phänomene – wenn nicht die allermeisten – letztlich nur als Phänomene verstehen lassen, wenn man ihre Sinndimension, also ihre diskursive Dimension berücksichtigt. So grundlegende politische Phänomene wie Repräsentation und eben auch Hegemonie, die hier besonders interessiert, sind hiervon betroffen. Es wäre also schlicht leichtfertig, sich des Erklärungspotentials der Diskurswissenschaften zu begeben. Hinzu kommt, daß natürlich auch die Diskurswissenschaft auf verschiedene Weise von der Politischen Wissenschaft profitieren kann, vor allem dann, wenn sie sich mit politischen Diskursen befaßt. So kann mit Hilfe der Politischen Theorie beispielsweise eine präzisere Vorstellung davon gewonnen werden, was einen Diskurs zum politischen Diskurs macht. Dieses Unterfangen wird

9 Ein knapper Überblick über die Diskurs- und Hegemonietheorie von Laclau/Mouffe läßt sich z.B. mit Hilfe von Howarth (2000: 101-125), Stäheli (2001[1999]), Jörke (2004) und Hetzel (2004) gewinnen. Als längere einführende Abhandlung ist besonders empfehlenswert Torfing (1999); vgl. auch Marchart (1998) und Smith (1998).

im folgenden dritten Kapitel in Angriff genommen werden. Weiterhin muß sie das nicht einfache Verhältnis von (politischer) Subjektivität und Diskursivität, das uns im vierten Kapitel beschäftigen wird, ergänzen um eine Gruppenperspektive und um institutionelle Perspektive. Hierzu gibt es wichtige Vorarbeiten, insbesondere in der Policy-Forschung, die Anschlußmöglichkeiten zur Diskurstheorie und Diskursanalyse offerieren. Allerdings kann die Politische Wissenschaft ihre Beiträge nur dann sinnvoll einbringen, wenn sie dies auf einer fundierten diskurs- und sprachwissenschaftlichen Basis tut. Der Erörterung dieser Basis dienen die folgenden Ausführungen.

2.1.3 Grundzüge einer Diskurstheorie

Führen wir zunächst die in der Einleitung vorgeschlagene, vorläufige Formulierung eines Diskursbegriffs für die politische Diskursanalyse genauer aus. Der Begriff des Diskurses wurde annäherungsweise gefaßt als eine komplexe Praxis fortlaufender Artikulation, im Zuge derer einzelne Einheiten zueinander in bestimmter Weise in Beziehung gesetzt werden, so daß sie als differente Einheiten Bedeutung erlangen. Die entstehenden Differenzen generieren Sinn, so daß der Raum der Diskurse als der Raum gesellschaftlicher Sinnproduktion gelten kann. Ohne mit ihr völlig deckungsgleich zu sein, lehnt sich diese Fassung des Diskursbegriffs an die Definition des Diskursbegriffes an, die von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe in *Hegemony and Socialist Strategy* vorgenommen wird: „[W]e will call *articulation* any practice establishing a relation among elements such that their identity is modified as a result of the articulatory practice. The structured totality resulting from this articulatory practice, we will call discourse“ (Laclau/Mouffe 1985: 105).

Grundlegend läßt sich damit sagen, daß der hier zugrunde gelegte Diskursbegriff – vorläufig erfaßt als „structured totality“ – in jenem Zweig der Diskurswissenschaften verankert ist, der Diskurse als großflächige Formationen, im Rahmen derer sich gesellschaftlicher Sinn konstituiert, begreift: Das Diskursive erfaßt „das Ensemble gesellschaftlicher Sinnproduktion, das eine Gesellschaft als solche begründet“ (Laclau 1979: 176) und Diskursanalyse läßt sich „als das Bemühen verstehen, die formellen Bedingungen zu untersuchen, die die Produktion von Sinn steuern“ (Sarasin 2001: 60). Um einerseits das Diskursverständnis und andererseits das Vorhaben der Diskursanalyse präziser zu fassen, wenden wir uns nun den folgenden vier Aspekten zu: Sinn und Bedeutung im Diskurs, Strukturalität und Ereignishaftigkeit des Diskurses, der Praxis der Artikulation, Zielsetzung und Vorgehensweise der (politischen) Diskursanalyse.

Sinn und Bedeutung. Wenn von gesellschaftlicher Sinnproduktion gesprochen wird, so wird dabei ein formaler Sinnbegriff zugrunde gelegt. Es geht nicht etwa darum, dem gesellschaftlichen Leben „einen Sinn zu geben“; entscheidend ist vielmehr die Frage, wann und auf welche Weise etwas „Sinn ergibt“. Mit Niklas Luhmann, dessen Systemtheorie ein ähnlich formaler Sinnbegriff zugrunde liegt, ließe sich formulieren, daß Sinn dazu dient, die unfassbar hohe Komplexität der Welt verfügbar zu machen und zu halten (vgl. Luhmann 1987[1984]: 94).¹⁰ Sinn in dieser formalen Hinsicht ist im wesentlichen durch zwei Attribute gekennzeichnet: Differenzierung und Instabilität (vgl. ebd.: 98-101). Sinn entsteht, indem differenziert wird, indem also verschiedene Elemente *als* verschiedene Elemente und damit erst als Sinnelemente ausgezeichnet werden. Sinn ist eine Folge der Differenzierung und eine Eigenschaft der differenziellen Relation; im Gegensatz hierzu wird im folgenden (und nicht im Anschluß an Luhmann) immer dann, wenn von „Bedeutung“ die Rede ist, diese verstanden als die Eigenschaft eines einzelnen, in Relation gesetzten Elements. Die Sinnhaftigkeit als Differenzierung ist insofern selbstreferentiell, als niemals bestimmte Differenzen vorgegeben sind; vielmehr erreichen sie „ihre operative Verwendbarkeit [...] allein aus der Sinnhaftigkeit selbst“ (Luhmann 1987[1984]: 101). Gleichzeitig aber sind die jeweils aktuellen Differenzierungen „basal instabil“, weil alles Aktuelle einen Horizont des Möglichen in sich birgt und selbst wiederum nur vor diesem (in Differenz zu diesem) Horizont des Möglichen Sinn ergibt.¹¹ Das Mögliche tritt nach Luhmann als das Ereignis der Information in den Raum des Sinns ein. Sinn ist also beweglich, aber gleichwohl „immer schon da“.

Strukturalität und Ereignishaftigkeit. Blickt man auf den Diskurs, so wird in der Folge des eben Ausgeführten deutlich, daß dieser einer „structured totality“ nicht im Sinne einer fixen Struktur gleicht, sondern daß es sich um eine *bewegliche Struktur* handelt (die aber gleichwohl oft relativ beständig sein kann). Die Beweglichkeit rührt daher, daß wir es

10 Luhmann beschränkt diese Funktion des Sinns auf psychische und soziale Systeme. Weil es der politischen Diskurstheorie unter Verwendung eines anderen Vokabulars im wesentlichen ebenfalls um diese „Systeme“ geht, stellt eine solche Beschränkung jedoch kein Problem dar.

11 Die Beziehung zwischen Aktuellem und Möglichem betont auch Foucault, der das zukünftig Mögliche zu einem zentralen Element des assoziierten Feldes macht, das die diskursive Aussagefunktion (wir kommen gleich auf sie zu sprechen) erst zustande kommen läßt: Das assoziierte Feld wird neben anderen auch „durch die Menge der Formulierungen konstituiert, deren *spätere Möglichkeit* die Aussage bewerkstelligt und die als ihre Konsequenz oder ihre natürliche Folge oder ihre Erwiderung nach ihr kommen läßt“ (Foucault 1997[1969]: 143, Hervorhebung MN).

mit einer temporalisierten Struktur zu tun haben, mit einer Struktur, die von Ereignishaftigkeit und damit von Kontingenz durchdrungen ist. Dieses Phänomen haben viele namhafte DiskurstheorikerInnen herausgearbeitet, zum Beispiel Foucault, Pêcheux und auch Laclau/Mouffe.

Foucault stellt die Gleichzeitigkeit von Strukturalität und Ereignishaftigkeit im Diskurs durch seine Differenzierung von Äußerung und Aussage dar. „Die Äußerung ist ein Ereignis, das sich nicht wiederholt“, schreibt Foucault (Foucault 1997[1969]: 148) und meint damit nichts anderes als daß eine Äußerung immer an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit stattfindet, d.h. jeweils punktuell ist. Wird diese Äußerung reproduziert, wird sie dennoch im engeren Sinne nicht wiederholt (d.h. sie ist *nicht* mit der ersten Äußerung *identisch*), weil sie in einem neuen Kontext verortet wird (selbst wenn eine Äußerung nach ganz kurzer Zeit am selben Ort ein zweites Mal getätigt wird, findet sie eben das *zweite Mal* und damit in einem anderen Kontext statt). Anders die Aussage, deren Kennzeichen es ist, „daß sie nicht wie ein Ereignis behandelt werden darf“, eben weil sie wiederholt werden kann (ebd.: 152/53). Die Aussage, das „Atom des Diskurses“ (ebd.: 117), darf weder mit einem Satz noch mit einer Proposition und auch nicht dem „Inhalt“ eines Satzes bzw. einer Proposition verwechselt werden. Vielmehr bezeichnet Foucault die Aussage als eine *Funktion*, die darin besteht, daß sie eine Folge von diskursiven Elementen zu etwas anderem in Beziehung setzt (vgl. ebd.: 129).¹² Als derartige Funktion des In-Relation-Setzens ist sie wiederholbar, aber, wie Foucault einschränkt, nur „unter ganz strengen Bedingungen“ (ebd.: 153), denn sie ist eine „Funktion des *Anwendungsfeldes*, in das sie sich eingehüllt findet“ (ebd.: 152, Hervorhebung im Original). Die Wiederholbarkeit ist also begrenzt: Die Aussage ist nie „Aussage im allgemeinen“ (ebd.: 144), sie ist keine „ideale“ Funktion, die sich beliebig aktualisieren und wiederholen läßt, sondern nur in einem bestimmten Kontext. Während also die Wiederholbarkeit der Aussage die Strukturiertheit von Diskursen erlaubt, öffnet die *Begrenzung* der Wiederholbarkeit den Diskurs für die Ereignishaftigkeit der Äußerung und damit für den diskursiven Wandel.

Diese Ambivalenz der Aussage setzt sich fort, wenn wir das betrachten, was Foucault als „diskursive Formation“ bezeichnet (vgl. ebd.:

12 Foucault spricht an dieser Stelle anstatt von diskursiven Elementen von sprachlichen Zeichen. Auch sonst scheint Foucault in der *Archäologie des Wissens* auch dann, wenn er allgemeiner vom „In-Beziehung-Setzen von verschiedenen Elementen“ spricht (Foucault 1997[1969]: 80), sprachliche Elemente im Sinn zu haben. Wie später ausgeführt wird, ist die Reduzierung des Diskurses auf sprachliche Elemente einer der Kritikpunkte der Diskurstheorie von Laclau/Mouffe an Foucault. Diese Kritik nehme ich vorweg, indem ich hier und im folgenden von diskursiven Elementen spreche.

48-60, 156), denn diskursive Formationen bestehen aus Sequenzen oder Mengen von Aussagen. Somit kann die Aussage in dem Maße, in dem sie an der „Formationshaftigkeit“ des Diskurses teilhat, eben doch nicht ausschließlich als Funktion beschrieben werden. Man hat es mit einem seltsamen Zwitter zu tun: So ist die Aussage von einer besonderen Art der Formationshaftigkeit affiziert, einer Formationshaftigkeit, die nur erkennbar ist, insofern sie gleichzeitig den Charakter einer Funktion hat, die eine Veränderung im Prozeß der Sinnkonstituierung bewirkt. „Die Aussagen sind keine Wörter, Sätze oder Propositionen, sondern Formationen, die sich“, wie Gilles Deleuze in seiner Foucault-Monographie erklärt, „nur dann aus ihrem Korpus herauslösen, wenn die Subjekte der Sätze, die Objekte der Propositionen, die Bedeutungen der Wörter *ihre Natur verändern*, indem sie im ‚Man spricht‘ Platz nehmen und sich in der Dichte der Sprache verteilen“ (Deleuze 1997[1986]: 31). Wenig überraschend ist, daß sich die Spannung von Aussage und Äußerung bzw. die Ambivalenz der Aussage selbst auf die ganze diskursive Formation überträgt. Allerdings tendiert diese Ambivalenz bei der Übersetzung der französischen *formation*, die auch und vielleicht sogar vor allem den transitiven Bedeutungsaspekt der Formierung in sich birgt, in die deutsche oder englische, jeweils intransitiv zu lesende Formation/*formation* verloren zu gehen. Michel Pêcheux wies darauf hin, daß

[t]he notion of „discursive formation“ borrowed from Foucault has too often drifted toward the ideas of a discursive machine of subjection fitted with an internal semiotic structure and therefore bound to be repetitive. At the limit, this structural conception of discursivity would lead to an obliteration of the event through its absorption in anticipatory overinterpretation.

One should not pretend that any discourse would be a miraculous aerolite, independent of networks of memory and the social trajectories within which it erupts. But the fact that should be stressed here is that a discourse, by its very existence, marks the possibility of a destructuring-restructuring of these networks and trajectories (Pêcheux 1988: 648).

Diskursive Formationen-Formierungen (diesen Doppelbegriff möchte ich zur Verdeutlichung des Zwittercharakters der französischen *formation* im folgenden immer wieder verwenden) dürfen also nicht einfach als „unbewegliche Blöcke“ oder „statische Formen“ verstanden werden (Foucault 1997[1969]: 108). Sie sind immer auch durchdrungen von der Temporalität und der Plötzlichkeit des Ereignisses.¹³ Dies hängt eng

13 Dabei ist die Ereignishaftigkeit keine beliebige Eigenschaft von Diskursen, sondern eine äußerst beunruhigende Eigenschaft, weil sie die Sicherheit der fixen Struktur gefährdet. Aus diesem Grund stellen Diskurse immer auch Strategien zur Verfügung, „deren Aufgabe es ist, die Kräfte und

damit zusammen, daß sich in Diskursen diskursive Formation-Formierung und diskursive Praxis gegenseitig durchdringen: Eine diskursive Formation-Formierung bildet ein Bündel von Regeln für eine bestimmte diskursive Praxis und umgekehrt läßt sich ein Formierungssystem über die Beobachtung der Regelmäßigkeiten einer diskursiven Praxis beschreiben. „Als Gesamtheit von Regeln für eine diskursive Praxis ist das Formationssystem der Zeit nicht fremd“, schreibt Foucault (1997[1969]) und bringt damit die Temporalität und Ereignishaftigkeit eines Diskurses als nicht fortzudenkende Begleiterscheinung seiner Strukturalität zur Geltung. Wenn wir also von Diskursen im Sinne großflächiger Formationen sprechen, so ist dabei immer auch der Aspekt der Praxis und damit der Formierung mit zu denken, genauer: der kontinuierlichen, neuen Formierung von Sinn, indem diskursive Elemente differenziert und zueinander in Beziehung gesetzt werden (wodurch sie als Elemente eigentlich erst in Erscheinung treten). Mit anderen Worten: In Diskursen kreuzen sich die Ereignishaftigkeit der Differenzierung und die Strukturalität der Differenz.¹⁴

Artikulation. Genau diese Gleichzeitigkeit von Differenz und Differenzierung erfaßt der bei Laclau/Mouffe entlehnte Begriff der Artikulation (und der des aus Artikulationen bestehenden Diskurses). Wiederholen wir: „[W]e will call *articulation* any practice establishing a relation among elements such that their identity is modified as a result of the articulatory practice. The structured totality resulting from this articulatory practice, we will call *discourse*“ (Laclau/Mouffe 1985: 105). Mit Artikulation ist also wiederum ein formaler Begriff gemeint, der die Praxis des In-Beziehung-Setzens von Elementen und damit eine Praxis der Differenzierung beschreibt (der Akt des In-Beziehung-Setzens bedingt, daß die zueinander in Beziehung gesetzten Elemente als verschieden begriffen werden). Gleichzeitig greift jede Artikulation in eine immer schon vorhandene Struktur ein, denn die Identität der Elemente, die zueinander in Beziehung gesetzt werden (und damit auch die Differenz zwischen ihnen), wird im Zuge der Artikulation *modifiziert*, nicht *ex nihilo* neu geschaffen. Die Artikulation und damit der Diskurs – die strukturierte Totalität, die das (wie man hinzufügen möchte: immer vor-

die Gefahren des Diskurses zu bändigen [und] sein unberechenbar Ereignishaftes zu bannen“ (Foucault 1991[1972]: 11). Vgl. zum Begriff der diskursiven Strategie Abschnitt 5.1.

- 14 Die diskursive Gleichzeitigkeit von Strukturalität und Ereignishaftigkeit wird (trotz der angesprochenen Übersetzungsproblematik hinsichtlich der Formation/Formierung) auch in den deutschen Diskurswissenschaften thematisiert, so etwa wenn Hannelore Bublit (die sich freilich eng an Foucault anlehnt) Diskurse als „bewegliche Differenzstrukturen“ oder als „regelgeleitete Praktiken“ beschreibt (Bublit 2001: 239/256).

läufige) Ergebnis der Artikulationspraxis bildet – sind ohne diese immer-schon-daseiende, immer-unvollkommene und immer-weiter-perpetuierte Struktur undenkbar. Die Struktur geht der Artikulation immer voran und wird gleichzeitig durch diese stets aufs Neue, aber auch *als neue*, das heißt als niemals exakt gleiche reproduziert. Die strukturierte Totalität bleibt immer in Bewegung, auch wenn sie nie völlig im Fluß ist und auch angesichts zahlreicher Artikulationen immer ein relativ großes Maß an Stabilität aufweist. „[N]either absolute fixity nor absolute non-fixity is possible“, wie es Laclau/Mouffe (1985: 111) auf den Punkt bringen. Auch wenn demnach Bedeutungen und Sinn als relativ stabil gelten dürfen, sind sie doch grundsätzlich verhandlungsoffen (vgl. auch Torfing 1999: 85-87).

Die diskursive Logik gleicht gewissermaßen einer relationalen „Logik des zum-Teil“. Daß in Diskurse stets das Neue eindringt, ist nur möglich, weil die relationale Logik der Struktur immer unvollständig und für die Kontingenz des Ereignisses offen bleibt. Wir finden bei Laclau/Mouffe eine ähnliche Konzeption wie bei Luhmann: Während dieser das Aktuelle erst in Differenz zum Möglichen als sinnerfüllt begreift, gehen jene im Anschluß an Althusser von der „Überdeterminierung“ eines jeden diskursiven Elements aus, d.h. von einem ihm eigenen grundlegenden Bedeutungsüberschuß, den einzugrenzen der diskursiven Artikulation nur zum Teil und nur vorläufig gelingen kann. Das Terrain dieses Überschusses kann als das „Feld der Diskursivität“ bezeichnet werden (Laclau/Mouffe 1985: 111), das jeden Diskurs umgibt. Weil jedes diskursive Element als überdeterminiert verstanden werden muß, können Elemente artikulatorisch nicht nur rekonfiguriert werden, sondern auch in völlig neue Bezüge gestellt werden. Daß der Bedeutungsüberschuß zwar eingegrenzt, aber kein diskursives Element in seiner Bedeutung jemals *endgültig* fixiert sein kann, zeigt gleichzeitig, daß es immer *teilweise* Fixierungen geben muß – anderenfalls wären (angesichts eines völlig chaotischen Zustands des Fließens) Differenzen und damit sowohl Sinn als auch Bedeutung grundsätzlich unmöglich. Differenz benötigt einen (wenigstens temporär) fixen Kontrapunkt, selbst wenn dieser sich im Zuge einer Artikulation, das heißt im Zuge der Differenzverschiebung, bewegt: „Even in order to differ, to subvert meaning, there has to be *a* meaning“ (ebd.: 112, vgl. auch Howarth/Stavrakakis 2000: 7).

Diskurse bzw. Artikulationssequenzen haben folglich notwendigerweise die Funktion, den Fluß der Differenzen auf die eine oder andere Weise zu organisieren und so bestimmte Fixierungen vorzunehmen. Mit anderen Worten: Weil es immer um *Teil*-Fixierung geht, ist eine Artikulation einerseits ein Anzeichen für die Unmöglichkeit einer völligen

Fixierung von Differenzen. Andererseits zielt jeder Diskurs als Sequenz von Artikulationen darauf ab, der Teil-Fixierung eine bestimmte Form zu geben und bestimmte Differenzmuster zu stabilisieren. Diskurse bilden dabei Zentren aus, die den Ankerpunkt des Prozesses der Differenzierung und damit den Ankerpunkt des gesellschaftlichen Sinns bilden können. In Anlehnung an Lacans *points de capiton* (die Steppunkte, vgl. Lacan 1991[1966]: 27) bezeichnen Laclau/Mouffe diese Zentren als Knotenpunkte (*nodal points*) von Diskursen (Laclau/Mouffe 1985: 112).

Derartige Knotenpunkte spielen auch für die Konstituierung hegemonialer Formationen-Formierungen (so bezeichnet in Anlehnung an Foucaults Begriff der diskursiven Formation-Formierung) eine wichtige Rolle (vgl. auch Laclau/Mouffe 1985: 136; Laclau 2000: 53-59).¹⁵ Anders formuliert: Hegemoniale Formationen-Formierungen zeichnen sich durch eine bestimmte Regelmäßigkeit aus, in der sich Artikulationen um einen Knotenpunkt herum anordnen. Zwar kann dabei keine dieser Artikulationen mit einer vorangegangenen identisch sein (der Kontext ist nie in jeder Hinsicht gleich, und damit auch nie die Multi-Relationalität einer Artikulation), weshalb Artikulationen und ihre Auswirkungen eben ereignishaft und nie in Gänze vorhersehbar sind. Doch auch wenn zwei Artikulationen nie identisch (also gleich in jeder Hinsicht) sind, so können sie doch gleich in einer oder mancher Hinsicht sein, so etwa hinsichtlich der Beziehung eines bestimmten diskursiven Elements zum Knotenpunkt. Dies ist es, was trotz ihrer Ereignishaftigkeit als Regelmäßigkeit von Artikulationen bezeichnet werden kann. Diese Regelmäßigkeit, die keinesfalls mit exakter Reproduktion verwechselt werden darf, gestattet die Ausbildung von Artikulationsmustern bzw., um beim etablierten Begriff zu bleiben, ganz allgemein von diskursiven Formationen-Formierungen oder, spezifischer, von hegemonialen (diskursiven) Formationen-Formierungen. Wie im folgenden noch eingehender ausgeführt werden wird, ist auch das Konzept „Soziale Marktwirtschaft“ als ein Knotenpunkt zu begreifen, um den herum sich die hegemoniale Formation-Formierung des deutschen wirtschaftspolitischen Diskurses entwickelt hat.

Zwei wichtige Ergänzungen sind zum Begriff der Artikulation noch zu machen: Erstens darf der Begriff der Artikulation, der als formaler Begriff eingeführt wurde, um die Praxis des In-Beziehung-Setzens zu erfassen, nicht über diese formale Bedeutung hinaus strapaziert werden, indem wir ihm eine vielleicht naheliegende Konnotation als *rein*

15 Um die besondere Qualität von Knotenpunkten in hegemonialen Formationen-Formierungen präziser zu erfassen, hat Ernesto Laclau das Theorem des leeren Signifikanten entworfen, auf welches ich allerdings erst im dritten Kapitel genauer eingehen werde (siehe 3.3).

sprachliche Praxis zuschreiben. Denn „[i]f formalism strictly applies, this means that the *substantial* differences between the linguistic and the non-linguistic have [...] to be dropped“ (Laclau 1993: 21). Von Artikulationen ist zwar auch und im besonderen die Rede, wenn sprachliche Elemente bzw. sprachliche Zeichen miteinander in Beziehung gesetzt werden, allerdings ist die Rolle der Artikulation explizit *nicht* auf die sprachliche Artikulation eingegrenzt. Vielmehr erfaßt der Begriff der Artikulation auch das In-Beziehung-Setzen von dinglichen Einheiten bzw. Objekten, insofern Artikulation auch Objekte als Differenzen bzw. als sinnhafte Objekte hervorbringt (vgl. Laclau/Mouffe 1985: 108).¹⁶ Artikulation als Sinnproduktion erfaßt also sprachliche *und* tätige Sinnproduktion, auch wenn und gerade weil die Trennung zwischen Sprechen und Handeln keine klare ist, wie spätestens seit der Formulierung der Sprechakttheorien deutlich geworden sein sollte (vgl. Austin 1962). Hieraus folgt auch, daß Diskurs, sobald wir ihn als komplexe Praxis fortlaufender Artikulation begreifen, grundsätzlich nicht auf Sprache reduziert werden darf. Dies stellt einen wesentlichen Unterschied der Diskurstheorie Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes zu einem Großteil der übrigen Diskurswissenschaften dar. Insbesondere tut sich eine Kluft zu Foucault (1997[1969]: passim, z.B. 231) auf, der zwischen linguistischen, diskursiven Praktiken einerseits und allen nicht-linguistischen, nicht-diskursiven Praktiken andererseits trennt. Weil aber im Diskurs, verstanden als Sinnproduktion qua Differenzierung und Differenz, die Grenze zwischen Linguistischem und Nicht-Linguistischem, zwischen Sprechen und Handeln aufgehoben ist, wird im folgenden entgegen dieser Kategorisierung Foucaults keine Trennung zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken vollzogen (vgl. Laclau/Mouffe 1985: 107).¹⁷

Zweitens sei kurz darauf verwiesen, daß wir, indem wir Artikulation als Praxis beschrieben haben, scheinbar ein artikulierendes Subjekt mit gedacht haben. Hier deutet sich bereits die nicht unkomplizierte Rolle des Subjekts an: Zum einen muß seine Subjektivität grundsätzlich als Sinnelement oder als Arrangement von Sinnelementen gelten, das heißt das Subjekt konstituiert sich (im Gegensatz zum „Individuum“, das aber nie getrennt vom Subjekt gedacht werden kann) als eine Folge von Arti-

16 Es ließe sich auch formulieren, daß das Objekt als seiendes Objekt immer erst diskursiv generiert wird, was seine bloße physische Existenz außerhalb des Diskurses nicht grundsätzlich in Frage stellt. Allerdings begegnen wir Objekten stets nur als seienden Objekten: „[O]bjects are never given to us as mere existential entities; they are always given to us within discursive formations“ (Laclau/Mouffe 1990[1987]: 103).

17 Vgl. als Gegenstandspunkt zur hiermit vollzogenen Aufhebung der Trennung in diskursive und nicht-diskursive Praxis die Polemik von Eagleton (1991: 215-220).

kulationen und damit als ein Produkt des Diskurses. Zum anderen aber unterscheiden sich Subjekte maßgeblich von anderen Sinnelementen, weil Subjektivität stets mit Individuen oder auch mit Gruppen verbunden ist, die die Träger von Artikulationen und damit von Diskursen sind. An dieser Stelle muß es bei diesen vorläufigen Bemerkungen bleiben; ich werde aber auf die problematische Zwitterrolle des Subjekts im vierten Kapitel ausführlich zu sprechen kommen.

Zielsetzung und Vorgehensweise der (politischen) Diskursanalyse. Diskurse sind also gleichermaßen als großflächige Formationen-Formierungen, die gesellschaftlichen Sinn generieren, und als komplexe Artikulationspraxen, die den kontinuierlichen Wandel dieser Formationen-Formierungen bewirken, zu verstehen. Für Diskursanalysen aller Art heißt das, daß sie weder die strukturellen noch die dynamischen Aspekte von Diskursen aus den Augen verlieren dürfen: Einerseits gilt es, die Strukturen vergleichsweise stabiler Formationen-Formierungen, die sich im Fluß der Artikulationen herausbilden, zu rekonstruieren. Andererseits aber muß ein Verständnis des Wandels dieser Formierungen, ihres Entstehens und Vergehens, gewonnen werden. Nur durch die Verbindung dieser *beiden* Analyseebenen kann man dem allgemeinen *Funktionieren* von Diskursen nachspüren, und darum geht es hier letztlich: um eine funktionale Analyse von Diskursen, genauer von politischen Diskursen.

Die spezifische Funktion des politischen Diskurses, die hier interessiert, ist das Entstehen von Sinnformationen, die innerhalb einer politischen Ordnung relativ dauerhaft und mit hohem Wirkungsgrad „beste“ oder „vernünftigste“ politische Alternativen generieren, beziehungsweise wenigstens die „Unausweichlichkeit“, „Notwendigkeit“ oder „Natürlichkeit“ von langfristigem politischem Handeln produzieren. Die hierauf ausgerichtete Erforschung politischer Diskurse läßt sich – in Anlehnung an Laclau/Mouffe – im weitesten Sinn als Hegemonieforschung begreifen: In ihrem Zentrum steht die Rekonstruktion des allgemeinen Funktionierens von hegemonialen Formationen-Formierungen sowie der Beschaffenheit einzelner solcher Formationen-Formierungen (wie jener um die „Soziale Marktwirtschaft“).

Der Zugang zu den Formationen-Formierungen und zu ihrem Wandel ist nur über die Untersuchung der Artikulationen möglich, d.h. über jene Akte, die durch Relationierung einzelner Elemente diese zu bedeutungsvollen Sinnelementen machen und so Sinn generieren. Artikulationen können demnach – in Analogie zur bereits zitierten Feststellung Foucaults (1997[1969]: 117), daß die Aussagen die Atome des Diskurses seien – als die kleinsten Einheiten des Diskurses verstanden werden. Um die diskursive Funktion der Hegemonie zu untersuchen, wendet sich die Diskursanalyse also der Betrachtung von Artikulationen und Arti-

kulationssequenzen zu; sie vollzieht nach, zwischen welchen Elementen welche Arten von Relationen artikuliert werden; und schließlich fragt sie, welche Artikulationsmuster sich als relativ beständig erweisen.

Indem sie Artikulationen, Artikulationssequenzen, Artikulationsmuster und diskursive Formationen-Formierungen zum Untersuchungsgegenstand macht, betreibt Diskursanalyse im wesentlichen Oberflächenanalyse – was freilich nicht dahingehend mißverstanden werden darf, die Diskursanalyse betreibe oberflächliche Analyse. Doch im Gegensatz zum hermeneutischen Verfahren sucht die Diskursanalyse weder danach, was ein Autor „sagen wollte“, noch sucht sie nach einer tieferen Bedeutung jenseits der diskursiven Oberfläche. Foucault hob diesbezüglich hervor, daß die Diskursanalyse sich jeder Interpretation enthalte:

[S]ie fragt die gesagten Dinge nicht nach dem, was sie verbergen, was in ihnen und trotz ihnen gesagt wurde, nach dem Nicht-Gesagten, dem Gewimmel von Gedanken, Bildern oder Phantasmen, die sie bewohnen. Sondern umgekehrt, auf welche Weise sie existieren, was es für sie heißt manifestiert worden zu sein, Spuren hinterlassen zu haben und für eine eventuelle Wiederverwendung zu verbleiben; was es für sie heißt, erschienen zu sein – und daß keine andere an ihrer Stelle erschienen ist (Foucault 1997[1969]: 159).

Überhaupt nicht zu interpretieren muß in diesem Zusammenhang wohl eher als Zielvorgabe gelten, die nie vollständig zu erreichen ist, weil allein die Auswahl der Fälle, aus denen Artikulationen rekonstruiert werden, natürlich in gewisser Weise schon ein interpretatorisches Eingreifen bedeutet. Gleichwohl bleibt das Bemühen um ein deskriptives und gleichzeitig rekonstruierendes Verfahren leitend. Diskursanalyse interessiert sich nicht für die auf die Tiefe zielende, interpretatorische Frage, *welcher* Sinn im Text verborgen ist; vielmehr interessiert sie das Oberflächenproblem, *wie* Sinn generiert wird, d.h. welche Relationen zur Konstituierung von Sinn führen und welche Strategien die Sinnkonstituierung anleiten. Diese Relationen, ihre Artikulation und damit letztlich den Diskurs zu rekonstruieren und zu beschreiben, ist für das diskursanalytische Verfahren kennzeichnend (vgl. auch Foucault 1997[1969]: 41). Während man die Hermeneutik als rekonstruktiv-verstehende Methode bezeichnen kann, muß die Diskursanalyse als rekonstruktiv-deskriptive Methode verstanden werden (eine ähnliche Einordnung der Diskursanalyse nehmen Keller et al. 2003b: 11 vor).

Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß Diskursanalyse und Hermeneutik eine strukturelle Gemeinsamkeit haben: Wenn die Hermeneutik als interpretatorisches Verfahren danach fragt, welcher Sinn vorhanden ist, so bedingt die Rekonstruktion des Sinns stets auch eine Kon-

struktion des Sinns. Auf ähnliche Weise gehen auch, worauf Hannelore Bubnitz (2001: 246) aufmerksam macht, in der Diskursanalyse Rekonstruktion und Konstruktion, Beschreibung und Fortschreibung von Diskursen Hand in Hand. Eng hiermit zusammen hängt die Problematik der Konstituierung eines angemessenen (Text-/Artikulations-)Korpus, der der Rekonstruktion eines Diskurses zugrunde gelegt wird (siehe dazu genauer 6.1). Aber insbesondere geht es auch um die Frage, weshalb ein Knotenpunkt als Knotenpunkt ausgemacht wird. Ein „Beweis“ für die „Knotenpunkthaftigkeit“ eines diskursiven Elements kann nicht erbracht werden, ist doch diese Zuschreibung selbst eine diskursive Zuschreibung – im Rahmen eines wissenschaftlichen Diskurses. Also muß es letztlich um Plausibilität gehen. Die Plausibilität der Behauptung, ein diskursives Element habe sich zum hegemonialen Knotenpunkt eines politischen Diskurses entwickelt, hängt im wesentlichen davon ab, ob es in einem bestimmten Kontext erfolgreich die „beste“ politische Alternative zu repräsentieren vermag. Hierzu gehört, wie im folgenden detailliert ausgeführt werden wird, einerseits das Vermögen dieses Elements, in irgendeiner spezifischen Form etwas wie das „Ganze“, das „Gemeinwohl“ oder die „Gerechtigkeit“ zu repräsentieren (so wie die Soziale Marktwirtschaft unter dem Slogan „Wohlstand für alle!“); es umfaßt aber andererseits auch, daß dieses Element regelmäßig in wirkmächtigen institutionellen Kontexten auftaucht (so wie „Soziale Marktwirtschaft“ im ersten Bundestagswahlprogramm und den Grundsatzprogrammen der ersten und langjährigen Kanzlerpartei CDU, oder auch im Vertrag zur Währungs- und Wirtschaftsunion zwischen BRD und DDR im Jahr 1990). Darüber hinaus liegt die Anerkennung der Plausibilität jedoch – und dies ist nicht zu vermeiden – in der Hand der LeserInnen von diskursanalytischen Studien.

2.1.4 Heuristische Einschränkungen

Die Erfindung der Sozialen Marktwirtschaft war zuallererst die (publikumswirksame) Erfindung dessen, was man für gewöhnlich einen Begriff nennt – des Begriffs der Sozialen Marktwirtschaft zunächst durch Alfred Müller-Armack im Jahr 1946. Oder um genauer zu sein: Der politische Diskurs der Sozialen Marktwirtschaft konnte sich erst konstituieren, nachdem die semantische Einheit, das sprachliche Zeichen „Soziale Marktwirtschaft“ in der Welt war. Der Diskurs ist durch dieses eine – aus zwei Worten bestehende – Zeichen weder festgelegt noch begrenzt, besteht er doch vielmehr aus einem komplexen beweglichen Beziehungsnetz ganz verschiedener Elemente. Aber der Eingang des Zeichens „Soziale Marktwirtschaft“ in die politische Sprache bildet zwei-

fellos eine notwendige Bedingung dafür, daß man vom politischen Diskurs der Sozialen Marktwirtschaft sprechen kann.

Dies hat Konsequenzen für das weitere Vorgehen in diesem Kapitel. Wir hatten eben festgestellt, daß die diskursanalytische Vorgehensweise Artikulationen untersucht und daß diese Artikulationen als Akte des In-Beziehung-Setzens keineswegs auf sprachliche Artikulationen beschränkt sind. Um jedoch die zentrale Rolle des sprachlichen Zeichens „Soziale Marktwirtschaft“ besser verstehen zu können, blenden wir beide Feststellungen zunächst aus.

Zum einen werden im folgenden die *sprachlichen* Artikulationen – das heißt: das In-Beziehung-Setzen von sprachlichen Zeichen – in den Vordergrund gerückt. Dies läßt sich damit rechtfertigen, daß der politische Diskurs, der sich in der Bundesrepublik Deutschland um den Knotenpunkt „Soziale Marktwirtschaft“ entsponnen hat, vor dem spezifischen Hintergrund einer liberalen Demokratie stattfindet. Aufgrund einer Vielzahl von institutionellen Vorkehrungen müssen wirkungsvolle Artikulationen in den politischen Diskursen liberaler Demokratien sprachliche Artikulationen sein oder doch wenigstens über eine maßgebliche sprachliche Dimension verfügen. Hierfür sprechen vor allem das Postulat der Rechtsstaatlichkeit und die damit einhergehende sprachliche bzw. schriftliche Fixierung politischer Handlungsanweisungen in allgemeinen und öffentlichen Gesetzen, aber auch das Postulat des liberal-demokratischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesses, der ja auf sprachlichen Mechanismen wie öffentlichen Diskussionen (in den Medien, in Partei- oder Bürgerversammlungen), parlamentarischen Debatten oder korporatistischen Verhandlungen beruht. Hinzu kommt, daß es sich bei den Handlungen, die direkt mit dem politischen Prozeß verknüpft sind, für gewöhnlich um performative Sprechakte handelt (am deutlichsten vielleicht die Handlung der Gesetzesverabschiedung und -verkündung oder die der Wahl), und daß nicht-sprachliche Handlungen, die von politischen (bzw. staatlichen) Institutionen ausgeführt werden, üblicherweise nur als Folge von Sprechhandlungen erfolgen.¹⁸ Aus diesen Gründen wird im Vordergrund jeder Untersuchung eines politischen Diskurses die Betrachtung seiner sprachli-

18 Natürlich spielen in der Politik nicht nur sprachliche Zeichen eine Rolle. Als markantestes Diskurselement gerade nationalstaatlich organisierter Politik kann vielleicht die Flagge gelten, deren Signifikationsreichweite in Kombination mit anderen Zeichen z.B. Roland Barthes in seinen *Mythen des Alltags* eindrucksvoll dargestellt hat (Barthes 1964[1957]). Allerdings sind es in der mediatisierten und verrechtlichten, d.h. in jedem Fall: der verschriftlichten Politik der gegenwärtigen liberalen Demokratien zuallererst und zum weitaus größten Teil sprachliche bzw. schriftliche Zeichen, mit denen wir es zu tun haben.

chen Artikulationen stehen. Allerdings bedeutet dies nicht, daß Institutionen, Objekte oder Sachverhalte im Rahmen des Diskurses der „Sozialen Marktwirtschaft“ keine Rolle spielen würden. Ganz im Gegenteil: Ohne den Sachverhalt des Wohlstands ist das Sprechen von der „Marktwirtschaft“ ebenso unverständlich wie das Sprechen von der „Sozialen Sicherung“ ohne das Objekt des hungernden und frierenden Körpers oder ohne die Institution der Sozialversicherung. Wichtig ist hierbei aber, daß diese Sachverhalte, Objekte und Institutionen mit sprachlichen Zeichen grundsätzlich eines gemeinsam haben: Sie konstituieren sich erst im Zuge artikulatorischer Differenzierung (d.h. diskursiv) als sinnhafte und damit als vermittelbare Sachverhalte, Objekte und Institutionen.¹⁹ Insofern sind Institutionen, Objekte und Sachverhalte auch dann nie ganz ausgeblendet, wenn nun vor allem sprachliche Zeichen betrachtet werden: Indem wir die Logik der Differenz und Differenzierung, die der Generierung des Sinns im Zuge sprachlicher Artikulation zugrunde liegt, genau untersuchen, untersuchen wir gleichzeitig eben jene Logik, die zur diskursiven (nicht notwendigerweise sprachlichen) Produktion von sinnhaften Institutionen, Objekten und Sachverhalten führt.

Zum zweiten hatten wir festgestellt, daß Artikulationen die kleinsten diskursiven Einheiten bilden. Die scheinbar noch kleineren Einheiten, nämlich jene Elemente, die eine Artikulation in Beziehung setzt, existieren genau genommen nur mit und in der Artikulation, weil erst diese sie als differente Elemente hervorbringt. Aber auch wenn man dies konzediert, kommt man dennoch aus heuristischen Gründe nicht umhin, immer wieder von einzelnen Elementen zu sprechen. Es ist – in gleichsam propädeutischer Absicht – notwendig, die Eigenschaften der Elemente eingehend zu untersuchen, das heißt, ihre grundlegende Relationalität und deren Konsequenz für die strategischen Möglichkeiten, die Diskurse bieten (und teils auch nicht bieten), auszuleuchten.

Das Element, um das es hier vor allem geht, ist natürlich der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“: Wie sich die Bedeutung dieses Begriffs konstituiert und wie um ihn herum Sinn produziert wird, soll im folgenden eingehend untersucht werden. Zwar wurde der analytischen Hervorhebung von Begriffen – namentlich durch Michel Foucault (Foucault 1997[1969]: 53/54, 83-93) – entgegengehalten, daß allein ihre regelmäßige Verwendung Diskurse weder konstituieren noch abgrenzen könne. Dennoch scheint es naheliegend, daß „einzelne Begriffe oder ‚Leitvokabeln‘ [...] als [...] diskursstrukturierende und Diskursströmungen be-

19 Hierbei ist zu ergänzen, daß wenigstens Sachverhalte und Institutionen ganz offensichtlich zahlreiche Elemente zueinander in Beziehung setzen und so für sich schon als diskursive Formationen-Formierungen gelten dürfen.

nennende Elemente aufgefaßt werden [können], die einen Teil der diskursiven Beziehungen widerspiegeln“ (Busse/Teubert 1994: 22) – solange man stets bedenkt, daß derartige Begriffe nichts anderes sind als diskursive Elemente, die ihren spezifischen Wert erst in spezifischen Artikulationen und Artikulationsmustern erlangen.

2.2 Zur Bedeutung des Zeichens „Soziale Marktwirtschaft“

Zeichen bedeuten etwas. Etwas steht für etwas anderes, aliquid pro aliquo, wie man im Anschluß an Augustinus formulierte. *Was* sie bedeuten können, hängt dabei allerdings untrennbar damit zusammen, *wie* sie bedeuten, das heißt, auf welche Weise ein Zeichen in der Lage ist, auf etwas anderes zu verweisen. Das „Was?“ und das „Wie?“ der Bedeutung des Zeichens „Soziale Marktwirtschaft“ werden im folgenden Abschnitt im Mittelpunkt stehen.

Üblicherweise finden sich auf die (meist nur implizit gestellte) Frage, was „Soziale Marktwirtschaft“ bedeute, drei verschiedene Arten von Antworten: (1) Zahlreiche Darstellungen in Wissenschaft und Politik sind durchdrungen von der Überzeugung, daß „Soziale Marktwirtschaft“ über eine bestimmte, eine eigentliche Bedeutung verfüge. (2) Nicht minder häufig ist die Auffassung aufzufinden, „Soziale Marktwirtschaft“ habe eine Vielzahl von begründbaren Bedeutungen, die parallel und/oder in zeitlicher Abfolge existieren, ohne daß sich eine eigentliche Bedeutung ausmachen ließe. (3) Schließlich findet sich auch die Auffassung, daß „Soziale Marktwirtschaft“ letztlich auf gar keine Bedeutung verweise, daß es sich um ein leeres Zeichen, um eine Leerformel handele.

Daß die Antwortmöglichkeiten (1) und (3) vor allem unter Einbeziehung einer zeitlichen Dimension nicht so weit auseinander liegen, wie es zunächst den Anschein hat, zeigt ein Beispiel. So beklagen die beiden Wirtschaftswissenschaftler Dieter Cassel und Siegfried Rauhut in einem Band über *50 Jahre Soziale Marktwirtschaft*, daß „[d]ie Idee der Sozialen Marktwirtschaft [...] weitgehend diskreditiert und zur Leerformel degeneriert [sei]“ (Cassel/Rauhut 1998: 24)²⁰ und propagieren gleichzeitig eine „Rückbesinnung auf die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft“ (ebd.: 25), um verschiedene wirtschaftliche Mißstände

20 Cassel/Rauhut stehen mit dieser Auffassung für weite Teile der ordoliberal inspirierten Wirtschaftswissenschaft. Aber auch von anderer, gewerkschaftsnaher Seite wurde erst kürzlich eine „fortschreitende programmatische Entleerung der Sozialen Marktwirtschaft“ konstatiert (Ptak 2004: 298). Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen auch Föste/Janßen (1999: 352/53).

zu bewältigen. Einerseits ist demnach in den Augen der beiden Autoren „Soziale Marktwirtschaft“ heute de facto eine Leerformel, d.h. ein Begriff, den jeder in beliebiger Weise verwendet und der genau deshalb bedeutungslos geworden ist. Andererseits aber steht dieser heutigen leerformelhaften Verweisung eine *eigentliche* Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ gegenüber, sei es in der metaphysisch sublimierten Form, die sich im quasi-platonischen Sprechen von der „Idee der Sozialen Marktwirtschaft“ andeutet, oder sei es im weniger mystischen Bezug auf eine historisch-ursprüngliche Bedeutung. So stellte auch Ludwig Erhard selbst 1972 eine „geistige und moralische Substanz“ der „Sozialen Marktwirtschaft“ fest:

Gewiß hat sich die Soziale Marktwirtschaft seit 1948 gemäß den Anforderungen und den gegebenen Möglichkeiten wohl dem äußeren Erscheinungsbild nach, nicht aber in ihrer geistigen und moralischen Substanz gewandelt. Gerade das ist aber das Entscheidende (Erhard in: Erhard/Müller-Armack 1972: 19)!

Jenseits der Leerformel ruht also eine Substanz, das Entscheidende und Eigentliche der „Sozialen Marktwirtschaft“. Mit der „Degeneration“ zur Leerformel jedoch geht diese eigentliche Bedeutung verloren; auf sie und die durch sie repräsentierten Grundprinzipien gilt es sich rückzubesinnen. Die von Cassel/Rauhut repräsentierte Position ließe sich als die eines klaren Entweder-Oder beschreiben: Entweder hat ein Begriff eine klare, eine eigentliche Bedeutung oder er hat gar keine Bedeutung und ist damit eine Leerformel.

Die Gegenposition, die weitgehend der zweiten genannten Antwortmöglichkeit entspricht, geht dagegen eher davon aus, daß die Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ sich nie auf eine eigentliche Bedeutung reduzieren läßt – ohne deswegen allerdings zur Leerformel zu werden. Im Gegenteil, sie müsse als das sich stets weiter entwickelnde Ergebnis eines dynamischen Prozesses gedacht werden (vgl. z.B. Borchardt 1981: 37). Als Grund hierfür wird beispielsweise angegeben, daß das theoretische, an sich geschlossene Konzept „Sozialer Marktwirtschaft“ (mit großem ‚S‘) sich im politischen, vor allem auf Wahlen ausgerichteten Diskurs mit der populären, aber völlig unverbindlichen Vorstellung einer „sozialen Marktwirtschaft“ (mit kleinem ‚s‘) vermengt habe (vgl. Hartwich 1996: 418). Sturm hingegen formuliert allgemeiner, daß es sich bei der Sozialen Marktwirtschaft eben von Beginn an um „eine politisch interpretierte und interpretierbare Ordnung“ (Sturm 1995: 84/85) gehandelt habe und „daß das heutige Verständnis der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ ebenso ein historisch-politisches Konstrukt [sei] wie seine ursprüngliche Interpretation“ (Sturm 1999: 196).

Auf der Basis einiger der oben ausgeführten diskurstheoretischen Grundannahmen – Ereignishaftigkeit des Diskurses, Instabilität von Sinn und Bedeutung etc. – ist die Vermutung plausibel, daß die besseren Gründe für die Annahme der zweiten Position sprechen. Ich möchte diese Plausibilität im folgenden argumentativ unterfüttern. Hierzu ist es erforderlich, die existierende politik- und sozialwissenschaftliche Forschung zum Verhältnis von Sprache und Politik stärker als bisher mit dem Kenntnisstand von Sprachwissenschaft und Semiotik abzugleichen. Daher werde ich nun zunächst einige verbreitete, aber problematische Annahmen zu „Sprache und Politik“ rekonstruieren, wobei sich die eben erwähnte Unterstellung von eigentlichen Bedeutungen als das zentrale Problem herauskristallisiert. Könnte man von eigentlichen Bedeutungen ausgehen, so würde jedoch der hier vertretene Diskursansatz grundsätzlich in Frage gestellt. Deshalb werden anschließend die drei möglichen Ansprüche auf Eigentlichkeit (der metaphysische, der objektive und der historische) eingehend untersucht und – v.a. unter Rekurs auf die strukturalistisch informierte Sprachwissenschaft und die Semiotik – letztlich verworfen. Als Beispiel greife ich dabei regelmäßig auf das Zeichen „Soziale Marktwirtschaft“ zurück, so daß auch die Mechanismen und Prozesse deutlich werden, die dieses für die vorliegende Untersuchung zentrale Zeichen in diskursiver Bewegung halten.

2.2.1 Probleme des Verhältnisses von Sprache und Politik

Daß Politik und Sprache miteinander in einer unauflösbaren Verbindung stehen, gilt als eine der ältesten Erkenntnisse der politischen Philosophie (vgl. hierzu einführend Stammen 1995: 443),²¹ deren Gültigkeit insbesondere für die liberalen Demokratien der Gegenwart immer wieder betont wird. Häufig findet sich in diesem Zusammenhang der Hinweis auf

21 So konstatiert natürlich bereits Aristoteles (NE 1253a/Aristoteles 1981: 4) die Gleichzeitigkeit von *zoon logon echon* und *zoon politikon*. Doch die Ideengeschichte nimmt durchaus nicht nur auf die europäische Tradition Bezug. Häufig findet sich z.B. der Verweis auf Konfuzius, der auf die Frage, was er tun würde, wenn man ihm die Regierung anvertraute, antwortet: „Unbedingt die Namen richtigstellen“, und dies solchermäßen begründet: „Stimmen die Namen und Begriffe nicht, so ist die Sprache konfus. Ist die Sprache konfus, so entstehen Unordnung und Mißerfolg. Gibt es Unordnung und Mißerfolg, so geraten Anstand und gute Sitten in Verfall. Sind Anstand und gute Sitten in Frage gestellt, so gibt es keine gerechten Strafen mehr. Gibt es keine gerechten Strafen mehr, so weiß das Volk nicht, was es tun und was es lassen soll. Darum muß der Edle die Begriffe und Namen korrekt benutzen und auch richtig danach handeln können. Er geht mit seinen Worten niemals leichtfertig um“ (Konfuzius 1998: 79).

das Zusammenspiel von Meinungs- und Pressefreiheit mit der demokratischen Wahl, oder darauf, daß nur in der Sprache Konsens hergestellt bzw. Kompromisse ausgehandelt werden könnten (vgl. z.B. Kaltenbrunner 1975: 7; Bergsdorf 1977: 41). Grundsätzlich aber müsse sich jede Politik wenigstens des Symbolwertes der Sprache bedienen, stellt Wolfgang Bergsdorf (1991: 19) fest.

In der Politik- und der Sozialwissenschaft setzt man sich also seit vielen Jahren regelmäßig mit dem Zusammenhang von Politik und Sprache auseinander.²² Dennoch läßt sich vor allem für die Politikwissenschaft feststellen, daß es kaum zur Rezeption der linguistischen und der semiotischen Forschung gekommen ist (eine Parallele zur Nichtbeachtung der Diskurswissenschaft).²³ Zwar ist es angesichts einer Vielzahl von Studien nicht mehr angemessen, grundsätzlich von einer „defizitären Bilanz“ des Forschungsfeldes „Sprache und Politik“ zu sprechen (so Schumann 1991: 14). Dennoch ist – trotz einzelner Versuche zur Etablierung einer „Politolinguistik“ (vgl. Burckhardt 1996) – der Mangel an interdisziplinärem Austausch zwischen Politischer Wissenschaft und Sprachwissenschaft immer wieder zu Recht beklagt worden (vgl. z.B. Latniak 1986: 29; Klein/Dickmannshenke 1996: vi). Und auch Ulrich

22 Dabei werden der Sprache, und vor allem den politischen Leitbegriffen, insbesondere zwei politisch relevante Funktionen zugeschrieben: zum einen die Funktion, das eine politische Gemeinschaft Verbindende zu repräsentieren und so Gemeinschaft, Einigkeit und Einheit erst zu vergegenwärtigen oder zu generieren bzw. Gefolgschaft zu sichern (vgl. für viele Bergsdorf 1977: 41; Edelman 1971: 9; 1972[1964]: 114; Lasswell/Leites 1968[1949]: 12/13; Sarcinelli 1987: 66); zum anderen die Funktion, politische Konflikte mit Worten auszutragen oder als Konflikte um Worte auszutragen (vgl. für viele Connolly 1983[1974]; Göhler et al. 2004; Greiffenhagen 1980; Lübke 1975[1967]). Ich werde auf diese beiden politischen Funktionen im dritten Kapitel ausführlich zu sprechen kommen, wenn ich untersuche, was das Politische an politischen Diskursen ausmacht.

23 Neben der Funktionsanalyse von (politischer) Sprache, auf die ich im folgenden ausführlich eingehe, wurden durch die sprachwissenschaftliche Forschung auch zahlreiche historische Analysen politischen Vokabulars vorgenommen. Im hiesigen Zusammenhang besonders hervorzuheben sind die wertvollen begriffsgeschichtlichen Arbeiten zu Struktur und Entwicklung des politischen Vokabulars in der Bundesrepublik Deutschland (vgl. z.B. Böke et al. 1996; Greiffenhagen 1980; Stötzel/Wengeler 1995), von denen für diese Untersuchung vor allem die Arbeiten von Martin Wengeler (1994; 1995; 1996) zur Entwicklung des wirtschaftspolitischen Vokabulars, und hierbei insbesondere zur „Sozialen Marktwirtschaft“, von großem Interesse sind (vgl. auch Greiffenhagen 1980: 447-480). Auch sind verschiedene Untersuchungen zur Sprachverwendung in den Programmen deutscher politischer Parteien vorgenommen worden, auf die im folgenden rekuriert werden kann (vgl. z.B. Ballnuß 1996; Hermanns 1989; Hermanns 1991).

Sarcinellis frühere Feststellung, die „Semiotik als Grundlagendisziplin der Politikwissenschaft [sei] noch kaum entdeckt“ (Sarcinelli 1987: 55, Fn. 4), ist leider noch heute weitestgehend gültig. Es ist vielleicht nicht nur, aber doch auch diesem Mangel an Interdisziplinarität geschuldet, daß sich in der politikwissenschaftlichen Forschung zu Politik und Sprache immer wieder Mißverständnisse andeuten, die damit zu tun haben, was Sprache – in der Politik wie auch anderswo – zu leisten imstande ist und was nicht. Dabei sind die folgenden drei Mißverständnisse besonders verbreitet.

Problematisch ist zum ersten die bei sehr vielen politik- und sozialwissenschaftlichen AutorInnen anzutreffende Ansicht, daß die politische Sprache (oder allgemeiner die politische Symbolik) dazu diene, die Wirklichkeit einzufangen – jedenfalls solange dabei von einer Art Ursprünglichkeitsverhältnis der Wirklichkeit ausgegangen wird, die der Sprache bzw. der Symbolik vorausginge, so etwa wenn Ulrich Sarcinelli von der verbreiteten „Wirklichkeitsresistenz“ der politischen Symbolik spricht (Sarcinelli 1987: 59). Aus diskurstheoretischer Sicht müssen Sprache und Symbolik als integraler Bestandteil einer immer nur diskursiv (und das heißt – auch auf die Gefahr einer Tautologie hin – symbolisch!) zu erfassenden und vermittelbaren Wirklichkeit gelten. Wirklichkeit wird zur sinnhaften und gesellschaftlich relevanten Wirklichkeit erst im Zuge von Differenzierung und Differenz, und funktioniert damit gemäß den selben Mechanismen wie Diskurs und Sprache. Ich komme hierauf im folgenden zurück, wenn ich zentrale Elemente der strukturalistischen und poststrukturalistischen Linguistik diskutiere. Es sei aber hier schon vermerkt, daß es *nicht* darum geht, die Existenz einer objektiven Wirklichkeit jenseits des (hier vornehmlich sprachlich gedachten) Diskurses zu bestreiten. Nur in einer bestimmten Weise wird „alles zum Diskurs“ (Derrida 1997[1967]: 424), nämlich insofern die diskursiv-symbolische Logik von Differenz und Differenzierung die Wirklichkeit grundsätzlich affiziert, und zwar die sprachliche wie die objektive Wirklichkeit (vgl. z.B. Bhaskar/Laclau 1998: 9). Daher kann es genau genommen nicht die Aufgabe des Diskurses sein, die Wirklichkeit zu vermitteln oder abzubilden. Diskurs *ist* Wirklichkeit.

An das erste Mißverständnis schließt ein zweites an, und zwar die weit verbreitete Annahme der Instrumentalität der Sprache. Die eben angesprochene Vorstellung, die Sprache diene als Instrument zur Vermittlung der Wirklichkeit, bildet nur einen Aspekt dieser Problematik. Der zweite Aspekt findet sich in der Auffassung wieder, Sprache könne als „Steuerungsinstrument“ (Sarcinelli 1987: 66) zur Vermittlung zwischen Subjekten oder Gruppen von Subjekten eingesetzt werden – etwa, wie Edelman (1972[1964]: 5) postuliert, zwischen den Eliten und der

Masse, wobei letztere Politik nur als „a passing parade of abstract symbols“ wahrnehme. Sicher läßt sich weder der eine noch der andere Aspekt völlig von der Hand weisen, stellt aber doch eine grobe Vereinfachung dar. Denn Artikulationen und insbesondere sprachliche Artikulationen stellen komplexe Relationen her. Kein einzelnes Element einer solchen Relation, nicht das Artikulierte und nicht der Rezipient der Artikulation, aber auch nicht der Artikulator ist für sich genommen in der Lage, den Sinn dieser Artikulation festzulegen. Keine sprachliche Artikulation und damit auch nicht die Sprache selbst kann daher in dem Sinn als Instrument fungieren, daß sie in nur eine Richtung (etwa vom Artikulator auf den Rezipienten) und in einer vorhersehbaren Weise funktioniert. Dies gilt um so mehr, als Artikulationen alle Elemente, die sie zueinander in Beziehung setzen (und hierzu gehört auch der Artikulator selbst!), durch eben diesen Akt in ihrer Bedeutung verändern. Die Komplexität und die Beweglichkeit von Artikulationen und Bedeutungen stehen einem einfachen Instrumentaldenken der Sprache entgegen.

Drittens schließlich ist, wie bereits kurz am Beispiel „Soziale Marktwirtschaft“ gezeigt wurde, die Ansicht weit verbreitet, Sprache erlaube die Generierung von Sinn in eindeutiger und einheitlicher Weise, berge mithin eigentliche Bedeutungen. Diese Auffassung fand sich in fast idealtypischer Weise in der politischen Sprachkritik, insbesondere konservativer Provenienz, der 1970er Jahre wieder.²⁴ Zudem wurde hier die Einheitlichkeit und Eigentlichkeit der Bedeutung mit einem präskriptiven Gehalt versehen: Begriffe müßten derart verwendet werden, daß sie eindeutig und präzise auf Dinge oder Sachverhalte verweisen und die Wahrheit zu repräsentieren vermögen. Prägnant formulierte diese Forderung etwa Helmut Kuhn (1975: 11): „Worte sind dazu da, Dinge zu bezeichnen. Sie sollen sagen, was ist; und sofern ihnen das gelingt, sagen sie die Wahrheit“. Jede Begriffsverwendung jenseits der „eigentlichen“ Bedeutung ließ sich dann als unzulässige politische Manipulation werten (vgl. z.B. Dietz 1975: 43). Es ging den Sprachkritikern zwar nicht unbedingt immer darum, eine „wahre“ Bedeutung zu konservieren; das Ziel bestand aber doch wenigstens darin, eine „Normalbedeutung“ zentraler politischer Begriffe als unhintergebar zu fixieren. Denn wenn zum Beispiel, wie etwa Hans Maier argumentierte, die Begriffe der deutschen Verfassung ihre Bedeutung gegenüber der „Ursprungszeit“ (Hans Maier 1977: 20) änderten, so führe diese Bedeutungspluralität

24 Einen Überblick hierzu bieten die Beiträge in Kaltenbrunner (1975) und Heringer (1982), einige Gegenpositionen finden sich in Fetscher/Richter (1976). Die deutsche Nachkriegstradition der politischen Sprachkritik ging vor allem auf das *Wörterbuch des Unmenschen* zurück, in dem Sternberger/Storz/Süskind (1968[1945]) die NS-Sprache der Kritik unterzogen.

nicht nur zu „wechselseitigen Verständnisschwierigkeiten zwischen Politikern, Wissenschaftlern, Literaten“ (ebd. 37), sondern habe weitreichende, destabilisierende Folgen für die gesamte politische Ordnung. „[O]hne Einhelligkeit im Sprachgebrauch“, schreibt Maier, „muß die Formkonstanz von Institutionen früher oder später verloren gehen“ (ebd. 25). Politische Konflikte, in denen tradierte Bedeutungen in Frage gestellt werden, sind vielen Sprachkritikern ein Greuel, weil es, wie etwa Heinrich Dietz anmerkte, „das Denken verunsichert, wenn das Übereinkommen über den traditionellen Sinn eines Schlüsselbegriffs nicht eingehalten wird“ (Dietz 1975: 21).

Das Zeichenverständnis der politischen Sprachkritik und das (meist nur implizit zum Tragen kommende) Zeichenverständnis derjenigen Kommentatoren des Diskurses der „Sozialen Marktwirtschaft“, die in der einen oder anderen Form von einer Fehlentwicklung der Bedeutung dieses Zeichens sprechen, ähneln sich strukturell stark. Würde man versuchen, dieses Zeichenverständnis systematisch (und idealtypisch) zusammenzufassen, so ließen sich folgende fünf Aspekte ausmachen: Erstens verweisen Zeichen auf eine eigentliche (d.h. allgemeingültige und einheitliche) Bedeutung. Daher können Zeichen auch richtig oder falsch gebraucht werden – falsch dann, wenn sie nicht unter Bezug auf die eigentliche Bedeutung Verwendung finden. Wenn die Bedeutung dem Zeichen als solchem aneignet, bedeutet dies zweitens, daß ein Zeichen selbstgenügsam ist, das heißt es erfüllt seine Funktion des Bezeichnens ausschließlich aus seiner eigenen Beziehung Zeichen–Bezeichnetes, unabhängig von anderen Zeichen. Drittens haben wir es mit einem triadischen Zeichenkonzept zu tun, bei dem im Prozeß des Bezeichnens Wort (das in diesem Verständnis eigentliche Zeichen), Konzept und Ding verbunden werden. Viertens besteht zwischen diesen drei Komponenten eine Folge hierarchisch geordneter Relationen der Abbildung, insofern das Wort das Konzept repräsentiert und dieses wiederum das Ding.²⁵ Fünftens schließlich geht die Sprachkritik offensichtlich von einer fixen Beziehung zwischen Wort und Konzept aus, wenn sie von einer „eigentlichen Bedeutung“ von Worten spricht; oder aber sie geht wenigstens von einer durch ursprüngliche Setzung und durch Konvention dauerhaft gefestigten Beziehung aus, wenn sie von „Normalbedeutung“ spricht.

Aus dieser Rekonstruktion der politischen Sprachkritik ergibt sich, daß jede Position, die postuliert, „Soziale Marktwirtschaft“ im besonderen und sprachliche Zeichen im allgemeinen hätten eine eigentliche Bedeutung, ein solches Postulat im wesentlichen auf drei Begründungen

25 Man könnte mithin sagen, daß sich in sprachkritischen Positionen immer wieder die für gewöhnlich als überholt angesehene Abbildtheorie der Zeichen wiederfindet (vgl. Kopperschmidt 1991: 78).

stützen könnte. Erstens ließe sich eine metaphysische Eigentlichkeit von Bedeutung behaupten, in dem Sinne, daß ein sprachliches Zeichen mit einer Idee im platonischen Sinne unauflösbar verbunden sei. Allerdings wird diese Behauptung explizit kaum aufgestellt und deutet sich eher implizit gelegentlich an, etwa im oben genannten Zitat von Cassel/Rauhut, daß „[d]ie Idee der Sozialen Marktwirtschaft [...] weitgehend diskreditiert und zur Leerformel degeneriert [sei]“ (Cassel/Rauhut 1998: 24). Zweitens ließe sich eine objektive Eigentlichkeit von Bedeutung behaupten, die sich aus der Beziehung von Zeichen mit den von ihnen bezeichneten objektiven Sachverhalten oder Dingen ergebe. Drittens findet sich regelmäßig der Hinweis, die eigentliche Bedeutung sei die historisch-ursprüngliche Bedeutung. Auf den folgenden Seiten werden diese drei Eigentlichkeitsansprüche eingehend untersucht.

2.2.2 Die metaphysische Begründung einer eigentlichen Bedeutung und ihr Scheitern angesichts der Strukturalität der Sprache

Die metaphysische Form des Eigentlichkeitsanspruches geht von der natürlichen Angemessenheit bestimmter Wörter (d.h.: sprachlicher Zeichen) für bestimmte Dinge, Sachverhalte oder Konzepte aus, damit und weil nur diese Wörter das Wesen der Dinge erfassen können, was wiederum das Ziel von Wörtern sei. Der vielleicht prominenteste Bezugspunkt einer solchen Auffassung ist Sokrates, der in Platons Dialog *Kratylos* von einer „Natur des Benennens und Benanntwerdens“ spricht (Platon 1994: 20 [387d]). Wer Worte einführen und ihren Gebrauch festlegen will – dazu befähigt ist allein der Gesetzgeber –, muß, „indem er auf jenes sieht, was das Wort wirklich ist, alle Worte machen und bilden, wenn er ein tüchtiger Bildner der Worte sein will“ (ebd.: 24 [389d]). Worte müssen also – in Entsprechung zur platonischen Ideenlehre – „die Idee des Wortes“ wiedergeben (ebd. [390a]). Dementsprechend muß sich die Natur der Dinge in den Worten, in ihren Silben und Buchstaben widerspiegeln, denn das Zeichen muß das Ding ebenso nachahmen wie ein Bild (vgl. ebd.: 76 [430e]). Es besteht eine quasi-organische Verbindung von Zeichen und bezeichnetem Ding – auch wenn es manchmal so scheinen mag, wie es Hermogenes zu Beginn des *Kratylos*-Dialogs behauptet, als ob Zeichen und Bezeichnetes nur durch Vertrag und Gewohnheit zueinander gehören.

Doch Platons Sokrates wird selbst am Ende des Dialogs unsicher, ob er nicht die Fähigkeit sprachlicher Zeichen überschätzt, wenn er ihnen auferlegt, universale Ideen wiederzugeben oder Dinge gleich einem Bild abzubilden. So resümiert er, daß man das Wesen der Dinge mit Worten

letztlich nicht erfassen kann (Platon 1994: 86 [438d]), sondern daß man die Dinge durch die Dinge selbst erkennen muß. Allerdings hat der platonische Sokrates keine Antwort auf die Frage, wie, wenn nicht mit Worten, der Zugang zu den Dingen möglich sei. So spricht er abschließend zu Kratyllos: „Auf welche Weise man nun Erkenntnis der Dinge erlernen oder selbst finden soll, das einzusehen sind wir vielleicht nicht genug, ich und du; es genüge uns aber schon, darin übereinzukommen, daß nicht durch Worte, sondern weit lieber durch sie selbst man sie erforschen und kennenlernen muß als durch die Worte“ (ebd.: 87 [439b]). Das Problem eines sprachlosen Erkennens der Dinge muß sich natürlich vor allem dann verschärfen, wenn es sich um „Dinge“ handelt, die für das gemeinschaftliche und das politische Leben von zentraler Bedeutung sind, über die sich also mehrere Menschen austauschen müssen. Dies gilt für das Zeichen der „Sozialen Marktwirtschaft“ ebenso wie für die wohl noch wesentlich diffuseren Zeichen des „Guten“ und des „Gerechten“, um deren Klärung es Platon vor allem geht (vgl. Platon 1994: 51-54 [411a-413d]). Es ist also, vor allem wenn politische Diskurse den Untersuchungsgegenstand bilden sollen, augenfällig, daß die platonische Variante der bereits oben genannten allgemeinen Zeichenformel „aliquid pro aliquo“, in der ein Wort in fixierter Weise für eine Idee steht, nicht weiterhelfen kann.

Eine radikal andere Anfüllung des „aliquid pro aliquo“ finden wir in der strukturalistischen Linguistik Ferdinand de Saussures, der das Zeichen als die Beziehung zwischen Signifikant (dem Bezeichnenden, d.h. einem Laut- oder Schriftbild) und Signifikat (dem Bezeichneten, d.h. einer Vorstellung) beschreibt (Saussure 1967[1916]: 78/79).²⁶ Dabei liegt der Unterschied zu Platon auf den ersten Blick weder im aliquid, dem Wort oder Zeichenträger, noch im aliquo, das auch bei Saussure – bei allen Unterschieden zwischen Idee und Vorstellung, ich komme hierauf zurück – eine im weitesten Sinne idealistische Qualität hat. Insofern unterscheiden sich beide Modelle vom aristotelischen und scholastischen Modell, in welchem das (materielle) Ding für das aliquo zumeist eine zentrale Rolle spielt. Saussure aber begreift beide Teile des Zeichens – die Vorstellung ebenso wie das Lautbild – als „psychische Eindrücke“. ²⁷ Anders gewendet: Saussures Zeichenverständnis ist rein mentalistisch,

26 Vgl. zu Saussure u.a. Barthes (1981[1964]), Nöth (2000[1985]: 71-77), Prechtel (1994); speziell zum Verhältnis von Signifikant und Signifikat vgl. Wunderli (1981: 116-120).

27 Dies dürfte mit Blick auf die Vorstellung selbsterklärend sein. Mit Blick auf das Lautbild schreibt Saussure, daß es sich hierbei letztlich auch nur um „das innere Bild der lautlichen Erscheinung“ handelt, denn man könne ja auch etwa, ohne Laute von sich zu geben, mit sich selbst reden und verwende dann stumm die gleichen Lautbilder (Saussure 1967[1916]: 77).

die Materialität von Zeichenträgern spielt ebenso wenig eine Rolle wie die Dinglichkeit der Vorstellungen: „Das sprachliche Zeichen vereinigt in sich nicht einen Namen und eine Sache, sondern eine Vorstellung und ein Lautbild“ (Saussure 1967[1916]: 77).²⁸

Der radikale Unterschied zwischen dem Zeichenverständnis Saussures und dem Platons aber liegt in der Konzeption der Art der Beziehung zwischen dem Zeichenträger und dem Bezeichneten, also im pro des „aliquid pro aliquo“. Saussure verdeutlicht, daß sich eine notwendige, quasi-organische Einheit von Zeichenträger und Bezeichnetem in der Art, daß einem bestimmten Signifikat qua Natur nur ein bestimmter „richtiger“ Signifikant entspräche, nicht nachweisen läßt. Zwar sind ein Signifikant und ein Signifikat auch nach Saussure die untrennbaren Bestandteile eines Zeichens, so untrennbar wie etwa die Vorder- und die Rückseite eines Blattes Papier (vgl. ebd.: 134). Allerdings ist im Gegensatz zu Platons Überlegungen die Beziehung zwischen einem bestimmten Signifikant und einem bestimmten Signifikat nicht natürlichen Ursprungs und quasi-organisch, sondern beliebig. Dies heißt nicht, daß die Verwendung von Signifikanten für bestimmte Signifikate innerhalb einer gefestigten Sprachgemeinschaft in das Belieben eines einzelnen Sprechers gestellt wäre. Die Beziehung von Signifikant und Signifikat ist aber insofern beliebig, als sie unmotiviert ist: Es läßt sich kein natürlicher Zusammenhang zwischen den beiden Teilen eines Zeichens herstellen. Es gibt beispielsweise keine Notwendigkeit, die Vorstellung *Baum* mit dem Lautbild „Baum“ zu verbinden (vgl. ebd. 79/80). Schließlich erfordert das Funktionieren sprachlicher Zeichen gerade aufgrund der Arbitrarität der Bedeutung eine soziale Akzeptanz innerhalb einer bestimmten Gesellschaft – wodurch sich auch begründet, daß kein einzelner Mensch Signifikanten und Signifikate beliebig kombinieren kann, will er verstanden werden (vgl. ebd.: 135). Zeichen im Sinne einer Zusammenführung von Inhalts- und Ausdrucksebene beruhen demnach auf sozialer Konvention. In ganz ähnlicher Weise hat bereits Aristoteles in seiner Abhandlung über die Interpretation diese Auffassung verdeutlicht und sich damit in eine zwar nur teilweise, aber doch

28 Die Frage nach der Notwendigkeit eines dinglichen Bezugs für das Funktionieren von Zeichen, die im Zusammenhang mit der durch die politische Sprachkritik vertretene Sprachauffassung von Bedeutung zu sein scheint – wir erinnern uns: „Worte sind dazu da, Dinge zu bezeichnen“ –, soll daher aus zwei Gründen vorerst ausgeklammert werden: zum einen, weil Saussures Antwort in diesem Zusammenhang ein klares Nein ist, zum anderen aber, weil es in unserem Zusammenhang zunächst die „Idee der Sozialen Marktwirtschaft“ ist, die der Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ zu bezeichnen scheint, also – auf den ersten Blick jedenfalls – kein materielles Ding. Wir kehren jedoch zu diesem Problem zurück.

grundlegende Opposition zum platonischen Verständnis sprachlicher Zeichen gebracht: „[Ein] ‚Name‘ ist nun also eine übereinstimmungsgemäß etwas bezeichnende Lautform [...]. *Übereinstimmungsgemäß* meint, daß keine der Benennungen von Natur aus besteht, sondern erst dann dazu wird, wenn sie [Zeichen]²⁹ von etwas ist [...]“ (Aristoteles 1998: 99 [16a 19-28]). Mit Blick auf unseren Gegenstand bedeutet dies: Man kann in keinem Fall davon ausgehen, daß dem bloßen Laut- oder Schriftzeichen „Soziale Marktwirtschaft“ eine Essenz der „Sozialmarktwirtschaftlichkeit“ innewohne.

Allerdings ist mit diesem Ergebnis nicht viel gewonnen. Denn die Ausgangsfrage, ob die Funktion des Zeichens im Erfassen einer eigentlichen Bedeutung liege, d.h. in der Verknüpfung des Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ mit dem eindeutigen Signifikat „Soziale Marktwirtschaft“, ist unabhängig von der Frage, welcher Art die Beziehung zwischen Signifikant und Signifikat sei. Anders formuliert: Wenn man problemlos von einem eindeutigen und allgemeingültigen Signifikat der „Sozialen Marktwirtschaft“ ausgehen könnte, wäre es im weitesten Sinne gleichgültig, ob die Beziehung des Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ zu diesem Signifikat eine quasi-organische bzw. natürliche oder eine konventionelle darstellt. In jedem Fall wäre eine Verwendung des Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ dann im Sinne einer politischen Sprachkritik fehlerhaft, wenn er nicht auf das allgemeingültige Signifikat – die eigentliche Bedeutung, die „Idee der Sozialen Marktwirtschaft“ – verwiese.

Zweierlei steht einer solchen Kritik allerdings entgegen: die Relationalität der Bedeutung und der nicht eingrenzbare Verweisungsprozeß der Bedeutung. Die Relationalität von Bedeutung ist ein weiterer Aspekt des radikalen Unterschieds zwischen Platon und Saussure, diesmal in bezug auf das Verständnis von aliquid und aliquo, wo wir zunächst noch eine gewisse Ähnlichkeit festgestellt hatten. Die Eigentlichkeit der Bedeutung im platonischen Sinn kann nämlich nur behauptet werden, wenn es eine kontextunabhängige Bedeutung wäre, eine sich aus sich selbst konstituierende positive Bedeutung, die sowohl grundsätzlich, also im Sprachsystem, wie auch in jeder einzelnen sprachlichen Artikulation zum Tragen käme. Dies ist aber, wie Saussure herausarbeitet, aus zwei Gründen unmöglich. Denn erstens hängen Bedeutungen in den einzelnen Sprechakten (der *parole*) von der bestimmten Art und Weise ab, in der

29 Im griechischen Original heißt es an dieser Stelle „σύμβολον“. Die zitierte Übersetzung von Hans Günter Zekl schreibt „Ausdruck“, Hermann Weidemann übersetzt mit „Symbol“ (Aristoteles 1994: 4). Allerdings erscheint in unserem Zusammenhang „Zeichen“ die angemessenere und am wenigsten aufgeladene Übersetzung zu sein.

die Zeichen kombiniert und gereiht werden (Ebene der Diachronie); und zweitens ist jedes Zeichen Teil eines Sprachsystems (der *langue*) und hat innerhalb dieses Systems stets auch die Eigenschaft eines Wertes, von dem seine Bedeutung abhängt (Ebene der Synchronie, vgl.: Saussure 1967[1916]: 136). Werte ergeben sich ausschließlich dadurch, daß sie innerhalb eines Systems *in Relation zu anderen Werten* verortet werden. In ähnlicher Weise kann auch Bedeutung sich nur auf negative Weise, das heißt in einem Raum von Nicht-Bedeutung und Anders-Bedeutung konstituieren. Somit

stoßen wir also statt auf von vornherein gegebene Vorstellungen auf Werte, die sich aus dem System ergeben. Wenn man sagt, daß sie Begriffen entsprechen, so deutet man damit zugleich an, daß diese selbst lediglich durch Unterscheidungen bestehen, die nicht positiv durch ihren Inhalt, sondern negativ durch ihre Beziehungen zu den anderen Gliedern des Systems definiert sind. Ihr bestimmtestes Kennzeichen ist, daß sie etwas sind, was die andern nicht sind (Saussure 1967[1916]: 139/140).

Man erkennt in dieser Betonung der negativen Konstituierung von Bedeutungen aufgrund dessen, was ein Zeichen nicht bedeutet, die oben angesprochene zentrale diskursbegründende Funktion der Differenz. Werfen wir nun einen Blick auf unseren Gegenstand, so ließe sich diese Funktion folgendermaßen veranschaulichen: der Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ kann nicht aus sich heraus über eine eigentliche Bedeutung verfügen, sondern diese Bedeutung konstituiert sich allein deshalb, weil sie sich gegenüber „Planwirtschaft“, „freie Marktwirtschaft“ oder „Tauschwirtschaft“ abgrenzen kann; aber ebenso weil der Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ eben nicht auf „blühende Volkswirtschaft“, „unsoziale Betriebswirtschaft“ oder „flourierende Fischwirtschaft“ verweist; und schließlich auch, weil er nicht „Soziale Basarwirtschaft“, „Soziale Marktkneipe“ oder „Somalische Marktwirtschaft“ bedeutet. Zu dieser unvollendeten Liste der Abgrenzungen gegenüber Bedeutungen, die auf die eine oder andere Weise eine Ähnlichkeit zur „Sozialen Marktwirtschaft“ aufweisen, kommen nun die Abgrenzungen gegenüber offensichtlich unähnlichen Bedeutungen wie „gehen“, „Wörterbuch“, „schwarz“, „auf“ oder „Grünspan“ hinzu. Es wird schnell deutlich, daß sich diese negativen Abgrenzungen wohl endlos fortsetzen ließen. Selbst wenn man vorläufig den Aspekt der *parole* bzw. der jeweils neuen diskursiven Artikulation ausklammert und mit Saussure der synchronischen Sprachwissenschaft den Vorzug gibt, wird deutlich, daß auch auf der reinen Systemebene (sofern man hiervon sprechen darf) die Bestimmung der eigentlichen, durch das Zeichen „Soziale Marktwirtschaft“ signifi-

zierten Bedeutung ein äußerst schwieriges und umfangreiches Unterfangen von zweifelhaftem Erfolg darstellt, weil sie die genaue Kenntnis des gesamten Systems voraussetzt.

Saussure hat es dennoch für möglich gehalten, innerhalb des abgeschlossenen Differenzsystems der *langue* ein Signifikat „richtig“ zu bestimmen und so Bedeutungseindeutigkeit in der Relationalität zu erhalten (Saussure 1967[1916]: 138). Diese Auffassung kann jedoch einer kritischen Überprüfung nicht standhalten, denn es bleibt völlig unklar, wie ein Sprachsystem als völlig abgeschlossenes System zu denken oder als solches herzustellen wäre. Zudem wäre ein geschlossenes System auch ein fixiertes System, was den alltäglichen diskursiven Prozeß der Artikulation verunmöglichen würde. Bedeutungseindeutigkeit in der Relationalität ist deshalb unmöglich, weil Bedeutung nicht nur in der Relationalität, sondern fortwährend in einem nicht eingrenzenden Prozeß des Weiterverweisens bzw. der Relationierung generiert wird. Dieser Prozeß hat zwei Aspekte:

Erstens verweisen sprachliche Zeichen letztlich immer auf andere sprachliche Zeichen, oder genauer: Die bezeichnenden Teile der Zeichen, die Signifikanten, können nicht anders, als auf andere Signifikanten zu verweisen – ohne in diesem sich perpetuierenden Prozeß je einen letzten Schritt hin zum endgültigen Signifikat bzw. zur eigentlich-einheitlichen Bedeutung tun zu können. Bereits Charles Sanders Peirce, auf den der zweite breite Strang des semiotischen Denkens des 20. Jahrhunderts (neben Saussure) zurückgeht, hatte den Prozeß des Bezeichnens als niemals endend beschrieben, als Prozeß *ad infinitum* (vgl. Peirce 1960: 2.303; vgl. zur unbegrenzten Semiose bei Peirce: Eco 1991[1976]: 101-106). Jacques Derrida führte seinen Begriff der *différance* als „nicht-volle[r], nicht-einfache[r] Ursprung der Differenzen“ (Derrida 1988[1972]: 37), dem der Name „Ursprung“ nicht mehr zusteht, ein, um das unaufhörliche Spiel der Zeichen zu erklären. Das Spiel der *différance*, das existierende Differenzen (und damit Bedeutungen) immer aufs Neue destabilisiert, ergänzt, wenn man so will, die strukturelle oder räumliche Dimension des Bezeichnens um eine historisch-zeitliche Dimension: „[Wir] bezeichnen [...] mit *différance* jene Bewegung, durch die sich die Sprache oder jeder Code, jedes Verweisungssystem im allgemeinen ‚historisch‘ als Gewebe von Differenzen konstituiert“ (Derrida 1988[1972]: 38).

Vielleicht am einflußreichsten wurde der Aspekt der Bewegung im System jedoch von Jacques Lacan beschrieben, als er von einer „Signifikantenkette“ sprach (z.B. Lacan 1991[1966]: 22-32). Lacan nennt für eine solche Kette von Signifikanten die eingängigen Beispiele des Lexikons und der Grammatik, die beide nicht umhin können, die Bedeutung von Signifikanten durch neue, meist umfangreiche Kombinationen von

anderen Signifikanten zu erklären (ebd.: 26, vgl. zu den sprachwissenschaftlichen Überlegungen Lacans Lang 1973, zur Signifikantenkette v.a. 234-246; Teichmann 1983: 100-118; Pagel 1999[1989]: 37-53). Dies hat zur Folge, daß man auf der Suche nach dem Signifikat immer weiter an den sich ineinander kettenden Signifikanten entlang gleitet (vgl. Lacan 1991[1966]: 27) und sich Bedeutung nur diffus in Abgrenzung zu einem sich bewegenden Geflecht einer Vielzahl von Signifikanten konstituieren kann.³⁰ Es liegt angesichts sich verzweigender Verweise auf andere Signifikanten auch nahe, sich ein in verschiedene Richtungen ausdehnendes Netz von Signifikanten anstelle einer linearen Signifikantenkette vorzustellen (vgl. Lacan 1996: 48-58; Pagel 1999[1989]: 43; Teichmann 1983: 106/107).

Zweitens kommt nun aber, gerade weil auf der Ebene der *langue* der Zeichenprozeß auf dem Spiel der *différance* beruht und durch das Gleiten entlang der Signifikantenkette bzw. durch das Signifikantennetz nie zum Stillstand kommen kann, der Ebene der *parole* bzw. dem Moment der Artikulation eine sonderbare Zwitterrolle zu. Zum einen nämlich beschreibt die Artikulation einen diskursiven Punkt, an dem ein komplexes Relationsnetz von Differenzen punktuell etabliert wird. Mit anderen Worten: Die Artikulation verortet die diskursiven Elemente, in diesem Fall die sprachlichen Zeichen, in einem Hier und Jetzt, in einem Kontext, der es den Diskursteilnehmern üblicherweise (wenngleich oft unscharf) erlaubt, einen Sinn und eine Bedeutung des Artikulierten zu rekonstruieren. Es hat also den Anschein, als ob im Moment der Artikulation dem Gleiten des Signifikanten Einhalt geboten wird. Der Punkt, an dem ihm Einhalt geboten wird, ist aber kein notwendiger oder berechenbarer Punkt, an dem sich eine „eigentliche Bedeutung“ konstituieren würde; vielmehr ist er kontingent. Die Eigenschaft der Kontingenz mag gemildert erscheinen durch die Gewohnheit (vgl. z.B. Peirce 1960: 5.486-5.491;

30 Einen Beleg für dieses Gleiten liefert ironischerweise Platons Sokrates selbst im bereits oben zitierten Dialog *Kratylos*, in welchem er eine Vielzahl von Wörtern durch andere Wörter erklärt, so etwa indem die Seele als das erläutert wird, was das Sein leitet, das „Seileit“. „Und dann kann man es noch schön machen und ‚Seele‘ sagen“, spricht Sokrates (Platon 1994: 37 [400b]). Daß sich der Übersetzer ebenso wie Platon um eine Ähnlichkeit des Klangs der Wörter bemüht, kann hierbei nicht verdecken, daß der Signifikant „Seele“ durch die Signifikanten „Sein“ und „Leiten“ erklärt wird, die selbst bei einer Nachfrage wieder einer Erläuterung durch andere Signifikanten bedürften. Sokrates’ bzw. Platons Erklärungsprozeß des Wortes durch das Wort bricht mehr oder weniger willkürlich mit der Feststellung ab, daß die nicht ableitbaren Wörter nichts anderes sein könnten als „Urbestandteile der übrigen sowohl Sätze als Worte“ (Platon 1994: 64 [422a]).

vgl. auch Eco 1991[1976]: 102)³¹, mit der – nichtsdestotrotz willkürlich – der Verweisungsprozeß regelmäßig an bestimmten Punkten angehalten wird, aber grundsätzlich kann Gewohnheit Kontingenz nicht beseitigen. Obwohl sie nun aber auf der einen Seite eine punktuelle Stabilisierung von Bedeutung ermöglicht, ist die Artikulation auf der anderen Seite der dynamische diskursive Mechanismus schlechthin. Wenn man über den einzelnen diskursiven Punkt (der vielleicht ohnehin als solcher nicht zu erfassen ist) die temporale Ebene des Diskurses mitdenkt, und wenn man weiterhin bedenkt, daß Artikulationen immer kleine Verschiebungen oder Modifikationen in der Identität diskursiver Elemente bewirken (weil der Kontext stets mindestens ein wenig abweicht), dann wird deutlich, daß angesichts der Bewegung des Diskurses durch Artikulationen von einer eigentlichen Bedeutung diskursiver Elemente im allgemeinen wie sprachlicher Zeichen im speziellen nicht die Rede sein kann.

Vielleicht könnte man eine Art diskursiver Unschärferelation postulieren: Zum einen gewinnt man, wenn man einen Punkt in seinem momentanen Kontext betrachtet, Aufschluß darüber, weshalb die Bedeutungen diskursiver Elemente und der durch sie generierte diskursive Sinn nicht in einem völlig chaotischen (Ent-)Gleiten entlang der Signifikantenkette (oder vielleicht allgemeiner: der Kette diskursiver Elemente) verloren gehen. Aber man kann sich bei der Betrachtung eines Punktes keinen rechten Aufschluß darüber verschaffen, daß derartige Punkte immer in temporal-diskursiver Bewegung stehen und daher nie die Stabilität aufweisen, die die punktuelle Betrachtung vermeintlicherweise herstellt. Umgekehrt aber gilt zum zweiten, daß die Betrachtung der diskursiven Bewegung, die durch *viele* Artikulationen vorangetrieben wird, ohne eine Berücksichtigung des Punktes *einer* Artikulation in ihrem Kontext nicht erklären kann, weshalb eine meistens ausreichende Verständigung der Diskursteilnehmer zustande kommt. Die Betrachtung des Diskurses gemäß eines solchen Modells diskursiver Unschärfe kann Aufschluß darüber geben, was diskursive Subjekte tun, wenn sie sich darum bemühen, das Spiel der *différance* durch Definitionen, Begriffsbildungen, Begriffsbesetzungen und ähnliches auszusetzen oder anzuhalten. Sie fertigen eine Art Photographie einer Bewegung an und blenden dabei die Zeitebene der Bewegung aus – Bedeutung wird gewissermaßen verräumlicht. Der Gegenstand auf der Photographie mag über lange Zeit verständlich bleiben, weil es seinen eigenen Kontext immer

31 Peirce spricht nicht, wie der erst später schreibende Saussure, von Signifikanten, sondern von einem unendlichen Ineinandergreifen einer Unzahl von Interpretanten (vgl. zu Peirce Nöth 2000[1985]: 59-70; speziell zu Stellung und Funktion des Interpretanten im Peirceschen Denken vgl. Eco 1991[1976]: 101-107).

mitbringt, insbesondere die Tatsache, daß er als Photographie bzw. Definition oder Begriffsbildung auftritt. Aber die Photographie kann nie erhellen, woher ein Gegenstand kommt, wohin er sich bewegt und warum er sich in Bewegung befindet. Eine Photographie kann weder verhindern, daß ein Gegenstand sich bewegt, noch daß er in einem völlig anderen zeitlichen und/oder räumlichen Kontext eine völlig neue Bedeutung annimmt. Ebenso muß jede Fixierung des Entlanggleitens an der Signifikantenkette immer temporär bleiben, denn die Signifikanten drängen auch jenseits dieses Punktes weiter und fordern eine fortgesetzte Reihe von signifikanten Verweisen ein.

Das Zeichen „Soziale Marktwirtschaft“ kann also sicherlich nicht auf eine eigentliche Bedeutung verweisen. Selbst Definitionen welcher Art auch immer können dies nicht bewirken. Das heißt wiederum nicht, daß „Soziale Marktwirtschaft“ bedeutungslos wäre, doch der Prozeß der Bedeutungsgenerierung ist komplex, er ist relational und artikulatorisch zu verstehen. Ihre Bedeutung ist eine Folge von Relationen, die sich in den Signifikantenketten bzw. Signifikantennetzen entwickeln, bleibt dabei aber stets diffus, brüchig und oft sprunghaft. Darüber hinaus läßt sich jede Bedeutung höchstens vorläufig und temporär im Rahmen des signifikanten Kontextes einer Artikulation fixieren.

Aus verschiedenen Gründen ist die metaphysische Begründung einer eigentlichen Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ somit gescheitert. Wenn dennoch immer wieder der Eindruck erweckt wird, es ließe sich eine derartige eigentliche Bedeutung ausmachen, so kann das nur als Teil einer hegemonialen Strategie verstanden werden, die alle anderen Deutungen und die grundsätzliche Unsicherheit hinsichtlich der Bedeutung zu verdrängen sucht (vgl. zu hegemonialen Strategien ausführlich Kapitel 5). Diskursbeiträge, die von einer solchen eigentlichen Bedeutung ausgehen, tun nichts anderes als diese selbst im Rahmen der Signifikantenkette zu fixieren und dem Diskurs als Postulat zu injizieren.

2.2.3 Die objektive Begründung einer eigentlichen Bedeutung und ihr Scheitern an der Kontextualität oder Kulturalität der Zeichen

Obwohl die grundlegende Relationalität und Fragilität der Bedeutung sprachlicher Zeichen (und damit diskursiver Elemente im allgemeinen) nun geklärt ist, drängt sich offensichtlich ein Einwand auf, der sich schon im Rahmen der kurzen Skizze der politischen Sprachkritik anzeigte und den man in etwa wie folgt skizzieren könnte: „In Ordnung, wir akzeptieren, daß es die Relationalität im sprachlichen Zeichenprozeß nicht gestattet, von eigentlichen und einheitlichen Bedeutungen zu reden, aber

übersehen wir dabei denn nicht, daß Sprache die Bedeutung von Dingen, von realen Gegenständen beschreibt? Ist nicht die Notwendigkeit eines letztlichen Objektbezugs bei diesen ganzen ‚mentalistischen‘ Überlegungen zum Verhältnis von Zeichenträger und Bedeutung, von Signifikant und Signifikat, vergessen worden? Wenn wir von ‚Sozialer Marktwirtschaft‘ sprechen, schlägt sich das nicht nieder in einer Kombination äußerst realer, am wirtschaftlichen Wohlergehen unserer Volkswirtschaft meßbarer und durch die soziale Absicherung bestätigter Elemente, wie etwa die Monopolkontrolle oder die gesetzliche Krankenversicherung? Können wir also nicht die eigentliche Bedeutung eines Zeichens schlicht und ergreifend damit eindeutig und einheitlich fixieren, daß wir sie am real vorhandenen Objekt, am wirklichen Ding festmachen?“

Der Problematik dieses Einwandes können wir uns mit Hilfe einer häufig rezipierten Typologie annähern, die Walter Dieckmann (1975 [1969]) von Wörtern mit unbestimmtem Inhalt und deren Auswirkungen auf das politische Sprechen erstellt hat. In seiner Typologie unterscheidet er zwischen weitgespannten, abstrakten, komplizierten, unscharfen, relativen, mehrsinnigen und mehrdeutigen Wörtern (ebd.: 61-70). Hier interessieren vor allem die Typen des abstrakten und des komplizierten Wortes, weil Dieckmanns diesbezügliche Definitionen jeweils einen Bezug zur objektiven Wirklichkeit bzw. zu einem Referenzobjekt aufweisen. Abstrakte Wörter sind demnach von unbestimmtem Inhalt, da sie „etwas bezeichnen, was *in der materiellen Wirklichkeit* nicht existiert“ (ebd.: 62, Hervorhebung MN). Hier wird zum einen deutlich, daß Zeichen, um zu bedeuten, nicht notwendigerweise ein materielles Referenzobjekt benötigen. Zum anderen läßt sich aber vor der Folie einer solchen Definition ein lange bekanntes Problem erkennen, denn sie ist natürlich nicht nur auf jene Wörter (oder, um genauer zu sein, jene Substantive) anwendbar, die man für gewöhnlich abstrakt nennt. Neben zahlreichen Wörtern, die nicht in die Kategorie der Substantive fallen (viele Verben, Fragepartikel etc.), umfaßt das materiell nicht Wirkliche im Sinne eines nicht anhand der Sinne Wahrnehmbaren offensichtlich auch Substantive aus dem Bereich dessen, was früher wahrscheinlich existiert hat (z.B. Dinosaurier), des Mythischen (z.B. der Wolperdinger oder die Bundeslade) oder des Physikalisch-Spekulativen (z.B. Quarks und Strings). Die Wirklichkeit des mit diesen sprachlichen Zeichen Signifizierten läßt sich wohl nur mit Erklärungen anhand einer Kette weiterer Signifikanten verteidigen oder attackieren. Hinzu kommt aber ein Zweites: Dieckmann geht davon aus, daß die unbestimmten Abstrakta (wohl gemeint im „üblichen“ Sinne: Vernunft, Freiheit, Liebe, Haß etc.) sich dann ihrer in der politischen Sprache störenden Unbestimmtheit entledigen und eindeutig zu handhaben sind, wenn man sie definitorisch

festlegt (ebd.). Auf die Problematik der Definition zum Zweck der eindeutigen oder eigentlichen Bestimmung von Bedeutungen sind wir bereits eingegangen: Keine Definition – und sei sie in noch so großer Übereinstimmung gewonnen – kann etwas anderes sein als der von Lacan erwähnte Lexikonartikel, in dem eine Vielzahl von Signifikanten für die Festlegung der Bedeutung eines anderen Signifikanten verwendet wird. Durch eine Definition läßt sich das Drängen des Signifikanten, an der Kette oder im Netz der Signifikanten immer weiter zu gleiten, von Ring zu Ring, von Knotenpunkt zu Knotenpunkt, nicht anhalten. Ganz im Gegenteil: Je mehr sich eine Definition um die Exaktheit eines Begriffs bemüht, das heißt je ausführlicher, mit je mehr Worten sie ihn definiert, desto mehr läßt sie den Effekt des Gleitens ansteigen, weil sich ja immer mehr Anknüpfungspunkte für neue Signifikantenketten finden.

Kompliziert sind Wörter nach Dieckmann (ebd.: 62/63) dann, wenn sie „Ordnungen bezeichnen, die der unmittelbaren Erfahrungswelt des Durchschnittsbürgers entrückt sind“, z.B. „Demokratie“, „Sozialismus“ oder „Planwirtschaft“, auch „Soziale Marktwirtschaft“ ließe sich wohl – analog zur „Planwirtschaft“ – hier einordnen.³² Auch bei komplizierten Wörtern liegt dieser Lesart zufolge die Ursache des Verständigungsproblems nicht in der Sprache, sondern in der Wirklichkeit, genauer in der Komplexität der Wirklichkeit, die sich vom „Durchschnittsbürger“ nicht ohne weiteres in einem Wort fassen läßt. Doch wenn dem so wäre, müßten all jene, die keine „Durchschnittsbürger“ sind, sondern – als „Experten“ vielleicht – eine komplexe Wirklichkeit korrekt zu erfassen vermögen, komplizierte Wörter in eindeutiger Weise verwenden. Offensichtlich aber existiert eine solche Expertenübereinstimmung bei den für die Kategorie „kompliziert“ in Frage kommenden Wörtern in den Fällen „Demokratie“ oder „Soziale Marktwirtschaft“ (und nicht nur in diesen) nicht, denn es treffen ja kontinuierlich verschiedene Deutungen aufeinander. Das würde wiederum bedeuten, daß es niemanden gibt, der die komplexe Wirklichkeit in all ihren Facetten erfaßt. Wenn aber niemand die komplexe Wirklichkeit als Wirklichkeit erfassen kann, kann sie oder er nicht anders als zu versuchen, sie symbolisch bzw. durch (sprachliche) Zeichen zu repräsentieren und zu vermitteln, also zum Beispiel zu definieren – womit wir erneut bei einer Signifikantenkette angekommen wären. Somit hängt das Komplizierte nicht mit der komplizierten Wirklichkeit zusammen – auch wenn, wie ich weiter unten noch zeigen möchte, die Klassifizierung „kompliziert“ im Fall von zentralen Begriffen in politischen Diskursen (etwa „Soziale Marktwirtschaft“) durchaus sinnvoll sein kann.

32 Martin Greiffenhagen hat in seiner Anthologie umkämpfter Wörter genau diese Einordnung der „Sozialen Marktwirtschaft“ vorgeschlagen (vgl. Greiffenhagen 1980: 28).

Beleuchten wir nun aber die grundsätzliche Problematik, die Dieckmanns Aussagen zugrunde liegt, genauer und gehen wir mit Hilfe der Semiotik der Frage nach, inwieweit Zeichen auf wirkliche Referenzobjekte verweisen, inwieweit sie damit eventuell an Eindeutigkeit gewinnen und ob somit vielleicht doch noch die Eigentlichkeit der Bedeutung von Zeichen fixiert werden kann:

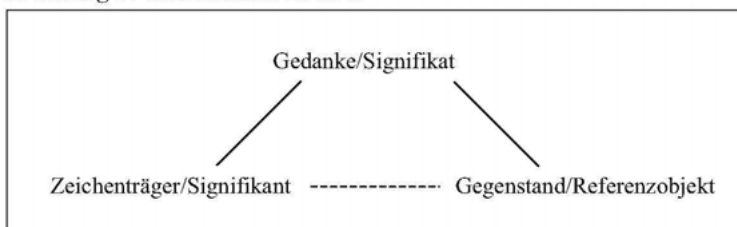
Wenn man von einer für die Zeichenfunktion notwendigen Beziehung des Zeichens zu einem Referenzobjekt ausgeht, so impliziert dies zwei Annahmen, die bereits am Beispiel der politischen Sprachkritik expliziert wurden: Die erste Annahme besteht darin, daß sich die Funktion des Bezeichnens in einem Raum abspielt, der aus Wort (das in diesem Verständnis eigentliche Zeichen), Konzept und Ding besteht. Gemäß der zweiten Annahme besteht zwischen diesen drei Komponenten eine Folge hierarchisch geordneter Relationen der Abbildung, insofern das Wort das Konzept repräsentiert und dieses wiederum das Ding. Im weitesten Sinne kann man daher auch von einem abbildtheoretischen Zeichenverständnis sprechen. Ein solches Zeichenverständnis entspricht im wesentlichen dem Zeichenverständnis, das bereits Aristoteles in seiner Abhandlung über die Interpretation ausgeführt hatte. Aristoteles spricht hierbei von Konzepten als Empfindungen in der Seele, und er fügt der Abbildungshierarchie Ding – Konzept – gesprochenes Wort noch die Schrift als Abbild des Wortes hinzu (vgl. zur Zeichentheorie des Aristoteles mit umfangreichen Literaturhinweisen Nöth 2000[1985]: 5/6):

Es sind also die gesprochenen Laute (φωνή) Zeichen (σύμβολα) der in der Seele (ψυχή) hervorgerufenen Empfindungen (πάθηματα), und die Schrift ist wieder ein Zeichen der Laute. Und wie nicht alle dieselbe Schrift haben, so sind auch die Laute nicht bei allen dieselben. Aber das, wofür sie in erster Linie Zeichen sind, nämlich die Empfindungen der Seele, sind bei allen Menschen dieselben; und das, wovon diese Empfindungen Abbilder sind, nämlich die eigentlichen Dinge (πράγματα), ist ebenfalls gleich (vgl. Aristoteles 1998: 97 [16a 3-8]; Übersetzung nach Nöth 2000[1985]: 5).

Ich gehe an dieser Stelle nicht näher auf die Relation von Schriftlichkeit und Gesprochenheit der sprachlichen Zeichen ein, sondern nehme eine weitgehend ähnliche Funktion gesprochener und schriftlicher Sprachzeichen an.³³ Unter dieser Prämisse läßt sich das aristotelische Zeichenverständnis unter Zuhilfenahme der Terminologie der heutigen Semiotik in die Form eines semiotischen Dreiecks übertragen:

33 Dennoch ist die Annahme einer Hierarchie, die das Wort über die Schrift setzt, nicht unproblematisch. Vergleiche hierzu die Dekonstruktion genau dieser hierarchisierten Opposition von Wort und Schrift in Jacques Derrida *Grammatologie* (Derrida 1996[1967]).

Abbildung 1: Semiotisches Dreieck



Quelle: Nöth (2000[1985]: 140)

Die Darstellung der Zeichenfunktion in dieser Form eines Dreiecks ist dem semiotischen Dreieck von Ogden und Richards vergleichbar (vgl. Ogden/Richards 1949[1923]: 10/11; vgl. auch Eco 1991[1976]: 89/90; Nöth 2000[1985]: 139/140). Ogden und Richards gehen davon aus, daß sowohl zwischen Referenzobjekt und Gedanke als auch zwischen Gedanke und Zeichenträger eine kausale Verbindung besteht, während „[b]etween the symbol and the referent there is no relevant relation other than the indirect one“ (Ogden/Richards 1949[1923]: 11). Die oben zitierte Formel von Helmut Kuhn, daß Worte dazu da seien, Dinge zu bezeichnen, wird also prinzipiell bestätigt, aber doch etwas lockerer gehandhabt, da eben nur eine indirekte Verbindung zwischen Wort und Ding postuliert wird. Weil aber Wort und Ding über den Gedanken mit zwei *kausalen* Verbindungen verknüpft sind, also sehr festen Ableitungsbeziehungen, läßt sich wohl doch annehmen, daß man die eigentliche Bedeutung eines Wortes (also den mit ihr eigentlich verknüpften Gedanken) in eindeutiger Weise durch die Verbindung zum Objekt festmachen könnte. Die referenztheoretische Grundannahme lautet: Der Gegenstand führt zum Gedanken, der Gedanke zum Wort – deshalb bedeutet das Wort den Gedanken und der Gedanke den Gegenstand.

Nun verhält es sich in der Tat offensichtlich so, daß sprachliche Zeichen in Diskursen regelmäßig mit dem Ziel verwendet werden, auf etwas „da draußen“, ein konkretes Ding, ein „Wirkliches“ zu verweisen. Daß eine solche Sprechintention nicht ungewöhnlich ist, kann jedoch kein Beleg dafür sein, daß die Referenzobjekte die Bedeutung der verwendeten Zeichen in einer Weise determinieren würden, die das Sprechen von einer „eigentlichen Bedeutung“ erlauben würde. Dagegen spricht schon, daß – wie mehrfach ausgeführt – die Referenzobjekte, um als solche sinnhaft zu erscheinen, genau wie alle diskursiven Elemente der fluktuierenden Logik von Differenz und Differenzierung unterliegen. Es kommt aber noch hinzu, daß die Bedeutung, um die Eigentlichkeitsforderung zu saturieren, vom Objekt emanieren müßte, d.h. es müßte eine *feste* und *allein maßgebliche* Verbindung zwischen Objekt und Be-

deutung bestehen. Bei der Verifizierung der Annahme, daß sich eine eigentliche Bedeutung von Zeichen aus den Gegenständen ergebe, auf die sie verweisen, geht es also letztlich vor allem um die Frage: Ist der Bezug zum Referenzobjekt eine notwendige Bedingung der Bedeutungsfunktion sprachlicher Zeichen, sind also sprachliche Zeichen, um zu bedeuten, auf den sprachexternen Ankerpunkt angewiesen? Wenn Zeichen nämlich auch ohne diesen Bezug ihre Bedeutungsfunktion ausfüllen, läßt sich nicht schlüssig argumentieren, daß Zeichen eine eigentliche Bedeutung hätten, die vom Referenzobjekt herrühre.

Die Referenztheorie hat sich lange Zeit bemüht, den notwendigen Zusammenhang der Bedeutung von Zeichen und ihrem Referenzobjekt nachzuweisen. Bertrand Russell etwa vertrat als einer der prominentesten Vertreter der Referenztheorie die Ansicht, daß die Bedeutung eines Wortes ausschließlich das Objekt sein könne, auf das es direkt verweist (vgl. zu Russells Referenztheorie Martinich 1984: 133-148; Nöth 2000 [1985]: 152/153). Er setzte sich auch mit dem naheliegendsten Einwand gegen die Referenztheorie auseinander, der bereits im Zusammenhang mit der Dieckmannschen Typologie verdeutlicht wurde, nämlich dass zahlreiche sprachliche Zeichen nicht über ein konkret erfahrbares Referenzobjekt verfügen. Russell kommt nun etwa mit Blick auf die sogenannten „non-entities“ (wie „Apollo“ oder „Hamlet“; auch die „Quarks“ würden wohl in diese Kategorie fallen) zu dem wenig überzeugenden Schluß, daß diese letztlich eben auf nichts verweisen (Russell 1974[1905]: 156), weil sie nicht auf ein Objekt verweisen. Gegen diese Argumentation spricht vor allem eines: Zeichen, die auf nichts verweisen, würden aufhören, als Zeichen zu existieren, weil ein Zeichen ja genau durch diesen Verweisungszusammenhang besteht (aliquid pro aliquo). Abstrakta wiederum versucht Russell in den „objektiven“ Griff zu bekommen, indem er auch Konzepte oder Universalien als Objekte akzeptiert (vgl. Martinich 1984: 138); gemäß der obigen Argumentation muß dies jedoch über den Schritt der Definition immer wieder zu einem endlosen Spiel der Signifikanten führen. Schließlich sind es neben bestimmten Substantiven aber vor allem die anderen Wortarten, die einer Referenztheorie Probleme bereiten müssen, etwa Adjektive oder Verben. Hier ließe sich mit Russell argumentieren, daß auch Wörter, die Objekte oder Eigenschaften von Objekten zusammenfassen (wie viele Adjektive), oder Begriffe, die Objekte zueinander in Beziehung setzen (wie viele Verben), ihre Bedeutung letztlich aus dem Bezug auf die Referenzobjekte gewinnen (vgl. ebd.: 138/139).

Auf eine ähnliche Argumentation baute Dieckmanns Erläuterung der komplizierten Wörter, die deshalb kompliziert seien, weil sie eine komplexe Wirklichkeit repräsentierten, sprich: eine Vielzahl wirklicher Ob-

jekte zeichenhaft miteinander in Beziehung setzen. Diese Erklärung ist zwar schon bei Dieckmann am Insistieren der Signifikantenkette gescheitert, aber es läßt sich gerade am Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ neben der Signifikantenkette noch ein weiteres Problem aufzeigen, das mit der Konstruktion eines vermeintlich mehrere Objekte zueinander in Beziehung setzenden Zeichens entsteht. Zunächst treten alle Anzeichen der Signifikantenkette bzw. des Signifikantennetzes auf: Natürlich werden durch „Soziale Marktwirtschaft“ eine Vielzahl anderer Begriffe zueinander in Beziehung gesetzt – etwa die Begriffe „Wohlstand“, „Geldwertstabilität“, „Leistungswettbewerb“, „freie Preisbildung“ und „Monopolkontrolle“ –, aber auch diese Begriffe verfügen nicht über offensichtliche konkrete Referenzobjekte. Es scheint in jedem Fall notwendig, ein sehr weit verzweigtes Netz von Begriffen nachzuverfolgen, bis man bei Begriffen endet, die scheinbar konkrete Objekte bezeichnen, wie etwa „wohlgenährter Körper“ oder „Obdach“. Aber ist man erst einmal der Kette so weit nachgegangen, dann wird eines schnell deutlich: Die scheinbar konkreten Objekte sind nie bloße Objekte, sondern sie sind als sinnhafte Objekte stets verknüpfte Objekte, die im Zuge der Verknüpfung einen bestimmten Wert annehmen, der vom Kontext der jeweiligen diskursiven Artikulation abhängt. Dabei können Objekte im Zuge der Artikulation mit anderen Objekten, mit Zeichen, aber auch mit Subjekten verknüpft sein; ganz allgemein hängt die sinnhafte Beschaffenheit des artikulierten Objekts genauso vom (situationalen, politischen, sozialen, kulturellen etc.) Kontext der Artikulation ab wie die sinnhafte Beschaffenheit jedes anderen diskursiven Elements. Einfach gewendet: Der „wohlgenährte Körper“, über den eine Ernährungsberaterin spricht, ist ein anderer als der, den eine Beamtin des Sozialamts oder eine Sozialhilfe empfangende, alleinerziehende Mutter im Kopf hat, und wiederum ein anderer als der, über den man sich bei einem Wohltätigkeitsbankett des Rotary Clubs unterhalten mag. In jedem Fall ist das Referenzobjekt kein einfaches Objekt, von dem aus eine eindeutige bzw. eigentliche Bedeutung emanieren könnte, sondern immer ein situational, politisch, sozial, kulturell usw. gewertetes Objekt, das in seiner reinen, diskurs-externen Materialität nie in Erscheinung tritt. Wichtig ist ein Referenzobjekt oder auch ein Referenzsachverhalt nicht als Materie, sondern als ein in einem bestimmten diskursiven Kontext etabliertes Element. Umberto Eco spricht nicht von in diskursiven Kontexten etablierten Elementen sondern von kulturellen Einheiten, aber er verdeutlicht denselben Sachverhalt, indem er die Perspektive des Lesers bzw. des Empfängers eines Zeichens betrachtet. Damit der Leser eines Zeichens dieses versteht, ist es uninteressant, ob dem Wort ein faktisches Ding oder ein tatsächlicher Sachverhalt entspricht. „Aber er

muß wissen, welche kulturelle Einheit dem Inhalt eines Wortes entspricht“ (Eco 1991[1976]: 93). Das gilt nicht nur für den von Russell erwähnten „Appollo“ oder für Ecos Beispiel der „Transsubstantiation“; es gilt vor allem, was in unserem Zusammenhang entscheidend ist, für die Zeichen, die im Zentrum von politischen Diskursen stehen. Nicht umsonst ist für ein wenigstens diffuses Verständnis dessen, was „Soziale Marktwirtschaft“ bedeuten könnte, eine Sozialisierung im deutschsprachigen politischen Raum hilfreich (vgl. für einen Blick von außen auf das spezifisch Deutsche der Sozialen Marktwirtschaft Nicholls 2000; Foucault 2004b).

Eco weist auch noch auf einen weiteren entscheidenden Aspekt hin, der die Annahme einer notwendigen Beziehung zwischen Zeichen und Referenzobjekt und damit die Überlegung, eine eigentliche Bedeutung sprachlicher Zeichen von diesen Objekten abzuleiten, konterkariert. Es funktionieren nämlich auch jene Zeichen wunderbar ohne Referenzobjekt, denen man für gewöhnlich einen notwendigen Bezug zum Referenzobjekt nachsagt, etwa „Tisch“ oder „Hammer“. Daß der Objektbezug keine notwendige Bedingung für die Zeichenfunktion ist, zeigt sich am deutlichsten im Modus der Lüge, der in Umberto Ecos Erläuterung dessen, was er Referenten-Fehler nennt, eine zentrale Rolle spielt: „Eine Zeichenfunktion“, so Eco, „liegt immer dann vor, wenn es eine Möglichkeit zum Lügen gibt: das heißt, wenn man etwas signifizieren (und dann kommunizieren) kann, dem kein realer Sachverhalt entspricht“ (Eco 1991[1976]: 89, vgl. auch ebd.: 167). Wörter bzw. Sprachzeichen sind also im Gegensatz zur bereits mehrfach zitierten Formel von Helmut Kuhn genau *nicht* dazu da, Dinge zu bezeichnen. Vielmehr werden sie zu Sprachzeichen erst dadurch, daß sie auch ohne jeden Dingbezug oder sogar unter der Bedingung eines vorsätzlich vorgegaukelten Dingbezugs funktionieren.

Dies alles bedeutet jedoch nicht – wie man wohl nicht häufig genug betonen kann –, daß es für eine diskurstheoretische Herangehensweise keine äußere Welt jenseits des Diskurses gebe. Mit diesem „common misunderstanding“ (Torfing 1999: 94) sieht sich gerade die Diskurstheorie Laclau/Mouffescher Provenienz (aber nicht nur diese) immer wieder konfrontiert. Auf der Basis des semiotischen Dreiecks hält zum Beispiel Roy Bhaskar, der sich im Paradigma des kritischen Realismus verortet, die intransitive Dimension der Referenten entgegen; diese könne die Diskurstheorie nicht erfassen. Die Referenten, so Bhaskar, existierten unabhängig vom Diskurs (vgl. Bhaskar in Bhaskar/Laclau 1998: 12-14). Dies ist jedoch, wie Laclau verdeutlicht, keine valide Kritik an der Diskurstheorie, die ein Existieren der äußeren Welt (auch unabhängig vom Diskurs, selbst wenn das nicht viel *Sinn macht*) in keiner Weise

in Abrede stellt. Für die Diskurstheorie ist aber entscheidend (und insofern ist sie anthropozentrisch!), wie menschliche Subjekte die externe Welt differenzieren und klassifizieren, um sie mit Sinn zu versehen. Dabei gleicht die Differenzierung der Objekte der Differenzierung der diskursiven Elemente im allgemeinen (vgl. Laclau in Bhaskar/Laclau 1998: 14; vgl. auch Laclau/Mouffe 1985: 108/09). Insofern darf man nicht davon ausgehen, der Diskurs etabliere die Welt der Objekte, wohl aber kann man von einer diskursiv bedingten „instability of objects“ sprechen (Laclau/Mouffe 1990[1987]: 109).³⁴

Aus diesem Grund muß die Analyse politischer Diskurse von einem „objektiven“ Zeichenverständnis Abstand nehmen: Wenn sie etwa den Diskurs der „Sozialen Marktwirtschaft“ untersucht, muß sie diese diskursive Einheit stets als kontextuell verortetes Element – im Sinne Ecos als kulturelle Einheit – untersuchen. Die Diskurstheorie darf sprachliche Zeichen nicht in Abhängigkeit von Referenzobjekten begreifen – vielmehr befaßt sie sich in Anlehnung an die Semiotik „hauptsächlich mit Zeichen als sozialen Kräften“ (Eco 1991[1976]: 98). Kurz: Als politisch-diskursive Einheit ist die Bedeutung des Zeichens „Soziale Marktwirtschaft“ weder als quasi-metaphysische „Idee“ fixiert noch durch den Bezug auf Referenzobjekte, sondern sie entsteht und wandelt sich in Abhängigkeit von kulturellen, sozialen und politischen – und damit diskursiven – Kontexten.

Greifen wir an dieser Stelle nochmals die Dieckmannsche Typologie und speziell den Typ des komplizierten Wortes bzw. sprachlichen Zeichens auf. Es wurde gezeigt, daß man mit der theoretischen Geste, die Unbestimmbarkeit von Zeichen auf die komplexe Wirklichkeit zu reduzieren, aus zeichentheoretischer Sicht nicht weit kommt (zumal dann, wenn wie bei komplizierten Wörtern in politischen Diskursen eine Komponente der Dieckmannschen Mehrdeutigkeit, also der ideologischen Polysemie, stets mitschwingt). Zu sehr landen wir immer wieder bei der kontextbedingten Ereignishaftigkeit der Artikulation und bei der Logik der immer weiter drängenden Signifikantenkette; zu deutlich müssen wir erkennen, daß auch und gerade die Begriffe, die Dieckmann kompliziert nennt, in politischen Diskursen im Modus der Lüge gebraucht werden können, also gerade keinen Bezug zur Wirklichkeit benötigen – wie komplex auch immer diese sein mag. Auch und gerade

34 Eine weitere Kritik an der Diskurstheorie, die ebenfalls die vermeintlich mangelnde Berücksichtigung der materiellen Wirklichkeit hervorhebt, artikuliert Norman Geras (1987); vgl. zur Replik auf Geras den Aufsatz „Post-Marxism without Apologies“ von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (1990[1987]), der auch grundsätzlich als knapper Überblick über wichtige frühe diskurstheoretische Positionen lesenswert ist.

komplizierte Wörter sind im Rahmen ihres Kontextes als kulturelle Einheiten und als soziale Kräfte zu begreifen.

Allerdings läßt sich eine gewisse Überzeugungskraft der Unterscheidung zwischen verschiedenen Komplexitätsgraden von Wörtern nicht leugnen, wenn man beispielsweise „Soziale Marktwirtschaft“ und „Apfel“ nebeneinander stellt (dies gilt wohl wiederum nur innerhalb eines bestimmten Kontextes, hier des Kontextes politischer Diskurse; so mag innerhalb eines biologischen oder eines landwirtschaftlichen Diskurses der „Apfel“ durchaus genauso komplex sein wie die „Soziale Marktwirtschaft“). Das ist in unserem Zusammenhang von Bedeutung, weil es so scheint, als ob politische Diskurse für gewöhnlich um eine bestimmte Gruppe von Begriffen kreisen, die Dieckmann entweder als „abstrakt“ („Freiheit“, „Gerechtigkeit“ etc.) oder als „kompliziert“ („Demokratie“, „Soziale Marktwirtschaft“ etc.) klassifizieren würde; politische Diskurse kreisen eben für gewöhnlich nicht um den „Apfel“, die „Büroklammer“ oder den „Halbschuh“ (wenngleich gelegentlich um „schwarze Koffer“).

Es ist daher sinnvoll, die Kategorie des komplizierten Wortes gerade auch für die „Soziale Marktwirtschaft“ wenigstens aus heuristischer Motivation beizubehalten und gleichzeitig aus den weiter oben genannten Gründen die von Dieckmann als „abstrakt“ klassifizierten Wörter in der Kategorie „kompliziert“ einzuschließen – solange wir die Qualität der Kompliziertheit von der Bestimmung durch die komplexe Wirklichkeit ablösen. Grundsätzlich nehmen komplizierte Wörter keine andere Stellung ein als andere Wörter, insofern sie, der Logik der *différance* und der Logik der Artikulation folgend, notwendigerweise sowohl in das gesamte Sprachsystem als auch in eine nie gleichbleibende Signifikantenkette bzw. ein dynamisiertes Signifikantennetz eingebunden sind. Allerdings zeichnen sich Wörter wie „Demokratie“, „Freiheit“ oder auch „Soziale Marktwirtschaft“ durch einen geradezu explosiven Verweisungszusammenhang aus. Man muß zwischen der Räumlichkeit des Verweisens, der spezifischen Position eines Zeichens in dieser Räumlichkeit und der mit dieser Position zusammenhängenden Zeitlichkeit des Verweisens unterscheiden: Alle sprachlichen Zeichen sind Teile der gleichen kontinuierlich artikulierten und reartikulierten Struktur, der Sprache. Aber, auch wenn letztlich jedes Zeichen auf die Totalität der Sprache Bezug nehmen müßte, um sich als eindeutiges Zeichen zu konstituieren (ein unmöglicher, aber dennoch beständig stattfindender Prozeß), so befinden sich einzelne Signifikanten doch an unterschiedlichen Positionen in dieser Struktur. Komplizierte Zeichen lassen sich in der Art verstehen, daß sie im Rahmen des Zeichensystems dem Flottieren des Signifikanten eine wesentlich größere Zahl von primären Verknüpfungspunkten zur Verfügung stellen als andere Zeichen; gleichzeitig

sind sie häufig über diese primären Verknüpfungspunkte eng mit weiteren komplizierten Zeichen verbunden, von denen wiederum eine große Zahl von primären Verknüpfungen weiterführt.³⁵ Aufgrund des sehr eng geknüpften Netzes befinden sich komplizierte Zeichen auf einer zeitlichen Achse wesentlich schneller in einem äußerst „komplizierten“ Verweisungszusammenhang als andere Zeichen, so daß die spezifische Struktur des Sprachraums zu einer Geschwindigkeitserhöhung beiträgt (ähnlich wie man in einem eng geknüpften Straßennetz schneller von A nach B kommt als in einem rudimentär ausgebauten). Beide Aspekte, eng verknüpfter Raum und eine im Vergleich zu anderen Zeichen ungleich höhere Geschwindigkeit des Verweisens, konstituieren komplizierte Zeichen wie „Soziale Marktwirtschaft“. Mit einer zu erfassenden komplexen Wirklichkeit hat dies allerdings nichts mehr zu tun.

2.2.4 Die Ursprungsbegründung einer eigentlichen Bedeutung und ihr Scheitern an der Pluralität der Ursprünge und der Autorität des Lesers

Das Unterfangen, die eigentliche Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ mit Hilfe des Referenzobjekts festzuzurren, ist also ebenso gescheitert wie das Unterfangen, selbiges mit Hilfe eines metaphysischen Grundes der Bedeutung zu erreichen. Aber es gibt offensichtlich noch einen letzten Einwand, der auf die Rettung der eigentlichen Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ abzielt – der Verweis auf die „ursprüngliche Bedeutung“ dieser Leitvokabel. Dieser Einwand könnte in etwa lauten: „Genau genommen ist ja mit eigentlicher Bedeutung nicht das gemeint, was nun im Sinne einer metaphysisch-eigentlichen oder einer objektiv-eigentlichen Bedeutung widerlegt wurde, sondern es geht vielmehr um die *ursprüngliche* Bedeutung, so wie das Konzept eben von seinen Urhebern verstanden wurde. Diese vielleicht willkürlich gesetzte, aber doch originäre Bedeutung muß man dann als eigentliche Bedeutung verstehen und dementsprechend sollte sie für Diskurse maßgeblich sein, oder?“ Dieser Einwand nimmt also Bezug auf die schwächste Stufe der Eigentlichkeit, die historische: Ein Begriff hat eine bestimmte Bedeutung, weil er von seinen Erfindern, Urhebern und Autoren einst so ge-

35 Eine ähnliche Argumentation läßt sich bei William Connolly finden, der die „terms of political discourse“ als „cluster concepts“ identifiziert und dies am Beispiel von „politics“ selbst erläutert: „To make the concept of politics intelligible we must display its *complex* connections with a host of other concepts to which it is related; clarification of the concept of politics thereby involves the elaboration of the broader conceptual system within which it is implicated. We shall call a concept with these characteristics a cluster concept“ (Connolly 1983[1974]: 14, Hervorhebung MN).

dacht war. Von dieser Urheberintention abweichende Verwendungen gelten dann als falsch oder, gerade in politischen Diskursen, als interessegeleitet.

Um diese Ansicht zu überprüfen, muß man sich zwei Fragen stellen: Zum einen, ist es von der textempirischen Warte aus möglich, eine einheitliche, ursprüngliche Bedeutung zu rekonstruieren? Zum zweiten, kann ein an Ursprung und Urheber fixiertes Zeichenverständnis überhaupt Sinn ergeben? Vor der Untersuchung dieser Fragen noch eine Bemerkung vorweg: Es geht hier wiederum nicht um bestimmte empirische Sachverhalte, sondern es geht um die diskursive Relevanz und den Sinn dieser Sachverhalte. Daß nach der gesamten zur Verfügung stehenden Quellenlage und der übereinstimmenden Meinung der relevanten Wissenschaften Alfred Müller-Armack als der Erfinder des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“ gelten kann; daß die Konzeption Müller-Armacks sich dabei wohl aus verschiedenen Quellen speiste, vor allem aus dem Ordoliberalismus und der katholischen Soziallehre; daß die „Soziale Marktwirtschaft“ durch die Düsseldorfer Leitsätze der CDU von 1949 erstmals auf parteiprogrammatischer Ebene in die Arena des politischen Diskurses eingeführt wurde; daß sie sich unter der Regierung Adenauer/Erhard zum Leitbegriff deutscher Ordnungspolitik entwickelte; all das ist hier nicht Gegenstand der Diskussion. Es geht ausschließlich darum, ob diese Fakten hinreichend sind, um von einer historisch-eigentlichen Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu sprechen, einer ursprünglichen, diskursiv nicht hintergehbaren Bedeutung.

Ein Ursprung ist qua Definition singular, und nur als einer kann ein Ursprung *eine* eigentliche Bedeutung generieren. Dies wirft freilich schon für die Beantwortung der ersten Frage, der Frage nach der Einheitlichkeit dieses Ursprungs aus textempirischer Sicht, Schwierigkeiten auf, die unschwer auszumachen sind, sobald wir uns die Vielzahl der im vorangegangenen Absatz genannten Sachverhalte in Erinnerung rufen. Denn diese Vielzahl deutet bereits an, daß wir es mit einer ebensolchen Vielzahl möglicher Ursprünge und vor allem mit einer Vielzahl „ursprünglicher Bedeutungen“ zu tun haben. Ohne an dieser Stelle die Diskursanalyse der Frühzeit des Sprechens von der „Sozialen Marktwirtschaft“ bereits vorwegzunehmen, läßt sich diese Pluralität möglicher Ursprünge recht leicht nachzeichnen (wir begnügen uns mit drei Beispielen):

Wählten wir den Ursprung eines ersten theoretischen Entwurfes, so müßten wir uns natürlich Alfred Müller-Armack zuwenden, auf den die erste gezielte Verwendung der Wortkombination „Soziale Marktwirtschaft“ im Jahr 1946 zurückgeht. Unter dem Titel „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ hatte Müller-Armack damals eine programmatische Schrift zur zukünftigen Wirtschaftsordnung des besetzten Deutsch-

lands verfaßt (Müller-Armack 1966[1946]). Diese Wirtschaftsordnung sollte sich als „eine neue dritte Form“ zwischen liberaler, als Laissez-faire verstandener Marktwirtschaft und Lenkungswirtschaft positionieren und erhielt den Namen „Soziale Marktwirtschaft“ (ebd.: 109). Grundsätzlich zeichnet sich diese „Soziale Marktwirtschaft“ dadurch aus, daß sie zwar eine auf dem Marktmechanismus basierende Ordnung ist, in der Angebot und Nachfrage die Preise bestimmen; daß sie aber gleichwohl regulierende Eingriffe staatlicher Wirtschaftspolitik zuläßt, solange sie „marktgerecht“ sind (ebd.: 115). Dabei verträgt sie sich sowohl mit der Umverteilung von Einkommen (vgl. ebd.: 114) als auch mit staatlichen Eingriffen in den Wettbewerb (vgl. ebd.: 116-120) und sogar – was nur scheinbar ein Widerspruch zum eben Gesagten ist – mit „gewisse[n] konstruktive[n] Verbesserungen“ der Marktpreise (ebd.: 120). Insgesamt ist die von Müller-Armack als „Soziale Marktwirtschaft“ skizzierte Wirtschaftsform wenig geneigt, „den Marktmechanismus als Ganzes kritiklos hinzunehmen“ (ebd.: 122).

Andererseits läge es auch nahe, bei Ludwig Erhard den Ursprung der Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu suchen, kommt ihm doch (als Hauptverantwortlichem für die Währungsreform im Juni 1948 und als Wirtschaftsminister der Adenauer-Ära) nach der vorherrschenden Meinung der deutschen Wirtschaftswissenschaft „für die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft zweifellos das größte Verdienst“ zu (so etwa Schlecht 1981: 18). Damit würde man den Ursprung der „Sozialen Marktwirtschaft“ statt im ersten theoretischen Entwurf in der anfänglichen Nachkriegsimplementierung einer marktwirtschaftlich orientierten Politik suchen. Eine solche Ursprungssuche muß freilich ein Problem bewältigen: Ludwig Erhard sprach in den Jahren 1947/48 in keinem seiner maßgeblichen Aufsätze und keiner seiner einflußreichen Reden von „Sozialer Marktwirtschaft“, sondern für gewöhnlich einfach von „Marktwirtschaft“ oder „freier Marktwirtschaft“ (vgl. Erhard 1992: 19-95). Als die tragenden Prinzipien dieser freien Marktwirtschaft begriff er „Leistungswettbewerb und freie Preisbildung“ (ebd.: 24), eine explizit soziale bzw. sozialpolitische Komponente erwähnte er hingegen in diesen frühen Jahren allenfalls kursorisch. Erhards erste Ansätze einer praktischen „Sozialen Marktwirtschaft“ weisen also einerseits das Problem auf, daß ihnen dieses Etikett erst im Nachhinein angeheftet wird und daß sie demnach streng genommen keineswegs als Ursprung einer Bedeutung gelten können.³⁶ Zum anderen tun sich aber bereits hier Gräben zwischen der theoretischen Skizze Müller-Armacks und dem Verständnis Erhards auf. So räumte Erhard im Rahmen seiner „freien

36 Vgl. auch Hentschel (1999), der die Entwicklung der Legende von Ludwig Erhard als „Vater der Sozialen Marktwirtschaft“ überzeugend rekonstruiert.

„Marktwirtschaft“ etwa der Freiheit der Preise von Anfang an eine höhere Bedeutung ein als Müller-Armack ca. zwei Jahre früher. Daß sich aus dem kombinierten Denken Müller-Armacks und Erhards keine einheitliche Bedeutung „Sozialer Marktwirtschaft“ gewinnen läßt, wurde in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren verstärkt augenfällig, als Müller-Armack eine zweite, gesellschaftspolitische Phase der Sozialen Marktwirtschaft einforderte (vgl. Müller-Armack 1966[1960]), ein Ansinnen, dem Erhard so kritisch gegenüberstand, daß man von einer „tendenzielle[n] Entfremdung zwischen dem Theoretiker der Sozialen Marktwirtschaft und dem politischen Praktiker Ludwig Erhard“ (Zinn 1992: 48) sprechen kann.

Ohne hiermit die Liste möglicher Ursprünge erschöpfen zu können, ließe sich der Ursprung der „Sozialen Marktwirtschaft“ aber auch in dem Moment erkennen, in welchem sie zum politisch langfristig relevanten Leitkonzept wurde. Dieser Schritt war erst mit der parteipolitischen Institutionalisierung getan, die mit der Übernahme des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“ in das erste Bundestagswahlprogramm der CDU, die Düsseldorfer Leitsätze vom 15. Juli 1949, erfolgte (CDU 1963[1949]). Wieder wird die „Soziale Marktwirtschaft“ als Mittelweg zwischen Planwirtschaft und „freier Wirtschaft“ verortet; der Vorrang des Marktes wird betont, aber gleichzeitig eine aktive staatliche Wirtschaftspolitik und Kontrolle des Marktes befürwortet. Neben die schon bekannten Leitprinzipien des Leistungswettbewerbs und der freien Marktpreise treten eine Reihe weiterer Prinzipien, von denen vielleicht am ehesten die Tariffreiheit sowie die Förderung und die gerechte Verteilung von Privatvermögen als Ergänzungen hervorzuheben sind (ebd.: 64/65). Gerade die Frage der Vermögensverteilung ist jedoch im Lauf der Erhardschen Umsetzung der „Sozialen Marktwirtschaft“ zugunsten der Anhebung des Wachstums und des absoluten „Wohlstands für alle“ zurückgetreten (vgl. Zinn 1992: 78/79).

Wo wollte man also den einen Ursprung suchen, der für die Eindeutigkeit und Eigentlichkeit eines Begriffs der „Sozialen Marktwirtschaft“ bürgen könnte? Die genannte empirische Vielfalt möglicher Ansatzpunkte muß letztlich in die Aporie des mehrfachen Ursprungs führen. Nun könnte man entweder einwenden, daß es eben nicht auf diese empirische Vielfalt der Ursprünge ankomme, sondern auf die Idee, die ursprünglich hinter dieser Vielfalt stand; daß diese Suche nach der „Idee der Sozialen Marktwirtschaft“ aber notwendigerweise an den Signifikationsbedingungen scheitern muß, wurde bereits aufgezeigt (abgesehen davon, daß sich auch in den genannten Texten bereits solche Spannungen andeuten, daß wohl kaum von *einer* Idee gesprochen werden kann). Oder aber man könnte auf den ideengeschichtlichen Ursprung verwei-

sen, auf den wiederum die „Soziale Marktwirtschaft“ für gewöhnlich zurückgeführt wird, das Konglomerat von Ordoliberalismus, Neoliberalismus und katholischer Soziallehre bzw. christlicher Sozialethik (vgl. z.B. Gutmann 1998). Es liegt aber nahe, daß ein solches Konglomerat von Wurzeln kaum für eine ursprünglich-eigentliche Bedeutung taugt. Dies wird etwa deutlich, wenn man sich die Schmähungen eines führenden Vertreters des Neoliberalismus, Friedrich August von Hayek, gegen das Attribut „sozial“ auch im Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ in Erinnerung ruft. „Das Wort [„sozial“], schrieb Hayek (Hayek 1981: 113), „ist in der Tat zu einer der Hauptquellen der Konfusion im politischen Diskurs geworden und kann wahrscheinlich nicht länger für irgendeinen nützlichen Zweck in Anspruch genommen werden.“ Er bedauerte das Sprechen von der „Sozialen Marktwirtschaft“ ausdrücklich, obwohl es hierdurch einigen „seiner Freunde“ gelungen sei, die Art von liberaler Gesellschaftsordnung, für die er eintrete, dank dieses Wortgebrauchs „weiteren Kreisen schmackhaft zu machen“ (ebd.: 113/Endnote 26). Die Ordnung, die Hayek präferierte und für die nach seiner Aussage seine Freunde in Deutschland unter dem Namen „Soziale Marktwirtschaft“ eintreten, ist eine „spontane“ oder „katallaktische“ Wirtschaftsordnung möglichst ohne jede staatliche Lenkung und Maßregelung (vgl. ebd.: passim, v.a. 150/151). Demgegenüber betonte Oswald von Nell-Breuning, der wohl einflußreichste Verfechter der katholischen Soziallehre in Deutschland, in einem 1952 gehaltenen Grundsatzreferat,³⁷ daß mit dem Bekenntnis zur „Sozialen Marktwirtschaft“ stets auch die Überzeugung einhergehe, daß es möglich *und* erforderlich ist, die Wirtschaft zu lenken (Nell-Breuning 1956[1952]: 55). Ohne den Namen zu nennen, formuliert Nell-Breuning dennoch eindeutig gegen Hayek: „*Kurz: Katallaktik ist noch keine Wirtschaft; Wirtschaft ist wesentlich mehr als Katallaktik*“ (ebd.: 54; Hervorhebung im Original).

Es ist offensichtlich: Das Konglomerat möglicher Vorgänger der Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft“ ist nicht nur voller Reibungspunkte, sondern voller formidabler Gegensätze. Somit muß die Suche nach einer eigentlichen Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ auch am ideengeschichtlichen Ursprung scheitern! Der kleine Blick in die Genealogie der Konzeption „Soziale Marktwirtschaft“ zeigt auf, daß es von einem (willkürlich gewählten) Anfang an eine Pluralität „Sozialer Marktwirtschaften“ gab. Wie man es auch betrachtet – es gibt stets noch einen weiteren Blickwinkel, eine weitere Facette, eine kleine Verschiebung, eine andere Bedeutungszuschreibung, die von der vor-

³⁷ Das besagte Grundsatzreferat war von besonderer Bedeutung, weil es im Jahr 1952 für den Wissenschaftlichen Beirat von Ludwig Erhards Bundesministerium für Wirtschaft geschrieben wurde.

hergehenden (oder nachkommenden) um einen Tick oder auch um Längen abweicht.

Doch neben dieses empirisch-genealogische Ergebnis tritt ein theoretischer Grund, dem von der Warte der Diskurstheorie gar nicht genügend Bedeutung beigemessen werden kann. Nehmen wir vorübergehend – und, wie aus dem eben Gesagten hervorgeht, recht willkürlich – an, Alfred Müller-Armacks früher Text „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ sei die einzig denkbare Quelle für eine eigentliche Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“. Wann im sich anschließenden politischen Diskurs würde sich diese Bedeutung herausbilden? Und wer wäre dafür verantwortlich: der Autor, der Text, die Leserin? Die letzte Instanz im Prozeß der Bedeutungszuschreibung wird wohl niemand anders als die Leserin sein können. Denn die Matadore des Ursprungs von Schriftlichkeit und Textualität, die SchriftstellerInnen und AutorInnen müssen ihre Texte freigeben, um in die Arena des Diskurses einzutreten. Ist aber der Text erst einmal publiziert, obliegt es der Leserin, ihn mit Bedeutung zu versehen. Diese muß dabei insofern stets vorläufig bleiben, als auch sie – infolge ihrer Diskursivität – wiederum einem Lese-prozeß unterliegen wird.

Mit dem heute weit verbreiteten Schlagwort vom „Tod des Autors“ versuchte Roland Barthes (2000[1968]) prägnant zum Ausdruck zu bringen, daß Bedeutung erst durch den Leser hervorgebracht werden kann. „Die Einheit eines Textes liegt nicht in seinem Ursprung, sondern in seinem Zielpunkt“, lautet Barthes’ zunächst aristotelisch anmutende Formulierung (ebd.: 192). Solchermaßen wäre auch die für die Eigentlichkeit der „Sozialen Marktwirtschaft“ notwendige Einheit nicht am Ursprung, sondern erst am Zielpunkt zu finden. Der aristotelische Anschein trägt allerdings, denn das Barthesche Text-Telos kann keine eigentliche Bedeutung qua Einheit stiften, vielmehr führt es zu einer unendlichen Pluralität möglicher „Einheiten“: Zum einen kann die Einheit immer nur die vorläufige Einheit sein, solange bis der Empfänger des Zeichens wieder Sender wird; und zum zweiten diffundiert der Zielpunkt durch die Pluralisierung der Leserschaft (gegenüber der vermeintlichen Einheit des Autors).

Man mag nun einwenden, daß es den Autor als empirisch vorhandenen Menschen doch wohl offensichtlich gegeben habe, daß er weiterhin nach allem Ermessen einen bestimmten Text mit einer bestimmten Absicht geschrieben habe und daß seine Auffassung von der Bedeutung des Textes deshalb auch maßgeblich sei. Die Existenz eines empirischen Schriftstellers soll in keiner Weise in Frage gestellt werden, ebenso wenig die Tatsache, daß ein Text mit größter Wahrscheinlichkeit der Feder oder der Tastatur dieses empirischen Autors entsprungen ist. Daß ein

Autor aber dennoch kein grundsätzlicher Maßstab für die Bedeutung von Texten sein kann, zeigt sich an zwei Punkten. Erstens gibt es offensichtlich eine äußerst große Anzahl von Texten, die auf keinerlei identifizierbaren Autoren angewiesen sind, um ihrer Bedeutungsfunktion nachzukommen, etwa Gesetzestexte, Werbetexte oder Bedienungsanleitungen. Zweitens nimmt der Autor, wie Michel Foucault eindrucksvoll gezeigt hat, für ähnliche Gruppen von Texten im Lauf der Zeit eine unterschiedliche Rolle ein: War bis in die frühe Neuzeit der Name des Autors unabdingbar für den Wahrheitswert einer naturwissenschaftlichen Abhandlung, so verlor sich dieser Bezug zum Namen später. Literarische Texte haben im Verhältnis zum Autoren eine entgegengesetzte Bewegung vollzogen, von der wohlgeleiteten Anonymität oder Quasi-Anonymität (etwa Homers) hin zu einer nahezu untrennbaren Verbindung mit dem Autor seit der späten Neuzeit (vgl. Foucault 1991[1972]: 20/21; 1997[1969]: 134-136; 2001[1969]: 1016/1017).

Man mag weiter einwenden, daß der Empfänger nichts völlig Beliebiges in ein Zeichen legen und daß der Leser nicht alles in einen Text „hineinlesen“ könne. Auch das ist nicht behauptet worden – weder der Tod des Autors noch die Stärkung der Position des Lesers führt zu dieser Art von Beliebigkeit. Es ist wohl wahr, Müller-Armacks oben erwähnte Schrift „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ als Kochrezept, als Telefonbuch oder als Lyrikband zu lesen, scheint den Text deutlich überzustrapazieren. Solchen Lesarten mangelt es an Plausibilität, aber nicht weil der Autor eine notwendige Lesart fixiert hätte, sondern weil Lektüre immer in einem Kontext stattfindet, der die Variationsbreite der Interpretation einschränkt. Eine völlige Beliebigkeit könnte nur vor dem Hintergrund einer *tabula rasa* in die Interpretation einziehen. Doch die Situation einer *tabula rasa* existiert niemals, weil ein Text immer in ein bereits vorhandenes diskursives Feld und damit in ein Feld diskursiv-kulturellen Wissens eintritt. Er ist ein Pastiche vorhandener Texte oder wird doch wenigstens stets vor dem Hintergrund des bereits Vorhandenen gelesen. Dabei drängt der Text die immer schon kulturell vorgebildete Leserin in einen bestimmten, nie völlig fixen, aber eben auch nicht völlig freien Interpretationskorridor. „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ etwa verweist auf bestimmte, einer bestimmt vorgebildeten Leserin bekannte, ökonomische und ordnungspolitische Konzeptionen (namentlich die Wilhelm Röpkes und Friedrich August von Hayeks, vgl. Müller-Armack 1966[1946]: 19), und nicht auf Gewürznelken und Zimt, auf Notrufnummern oder auf die Form des Sonetts. Umberto Eco hat in diesem Zusammenhang von der Textintention (die strikt von der Intention des Autors zu trennen ist!) gesprochen, die der Bartheschen Apotheose der Leserin etwas die Schärfe nimmt (vgl. v.a.

Eco 1996[1992]: 75-98). Doch nicht nur die stets gegebene Einbindung eines Textes in ein bereits vorhandenes Textgeflecht, auch die Tatsache, daß Leser stets Teil eines gemeinschaftlichen Interpretationsumfeldes sind,³⁸ schränkt die Möglichkeit von Willkür bei der Lektüre stark ein. Somit kann zwar, soweit es überhaupt – also nur vorübergehend – möglich ist, die Bedeutung eines Textes zu fixieren, nur die Leserin dies vollbringen; sie bewegt sich aber, will sie in ihrer Interpretation ernst genommen werden, in einem Plausibilitätskorridor.

Wir können damit festhalten, daß auch die Kategorie der ursprünglich-eigentlichen Bedeutung für eine Analyse politischer Diskurse keine Rolle spielen kann. Empirisch ist die Pluralität von Ursprüngen, die der Singularität des Ursprungs entgegensteht, offenkundig. Und theoretisch ließ sich zeigen, daß Bedeutung nicht am Ursprung, nicht beim Urheber entsteht, sondern im Zusammenspiel von Text und Interpretation durch die Leser.

Noch eine naheliegende Anmerkung vor dem Hintergrund der generellen Intention einer Analyse politischer Diskurse: Daß sich eine ursprünglich-eigentliche Bedeutung von „Sozialer Marktwirtschaft“ weder empirisch noch theoretisch fundieren läßt, bedeutet selbstverständlich nicht, daß nicht ein imaginärer Ursprung einen wichtigen Knotenpunkt im Netz eines politischen Diskurses bilden kann. Der Rekurs auf den Ursprung von Begriffen und Konzepten (oder die Etablierung eines Ursprungs) ist gewiß eine diskursive Strategie – eine Strategie mit durchweg hegemonialem Anspruch. Die eingangs zitierten Cassel/Rauhut etwa stellen auch die Forderung nach einer „Rückbesinnung auf die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft“ (Cassel/Rauhut 1998: 25) auf, weil nur so eine Vielzahl ökonomischer Mißstände zu beseitigen sei. Zwei Dinge sind dabei augenfällig: Erstens legen sie dieser Forderung nach einer Rückkehr zum Ursprünglichen offensichtlich eine äußerst selektive Wahrnehmung zugrunde. Denn zwei der zentralen Grundprinzipien der Frühkonzeption, (Markt-)Konformität und Subsidiarität, kritisieren sie selbst nur einige Absätze vorher als „diffuse wirtschaftspolitische Entscheidungsregeln“ und damit als „Konzeptionsdefekte“. Diese ursprünglichen Defekte haben nach Cassel/Rauhut zur Folge gehabt, „daß die gesamte Konzeption [der Sozialen Marktwirtschaft] Gefahr läuft, zu einer ‚Leerformel‘ zu degenerieren, auf die sich in der praktischen Wirtschaftspolitik jeder berufen kann oder zumindest

38 Siehe hierzu auch die Argumentation im *Reader Response Criticism*, wonach LeserInnen stets Teil von *Interpretative Communities* sind, die willkürliche Interpretationen zwar nicht unmöglich machen, aber zum intersubjektiven Scheitern verurteilen (vgl. Fish 1980; vgl. zum Reader Response Criticism Eagleton 1994[1983]: 40-54).

glaubt, sich zu Recht darauf berufen zu können“ (vgl. ebd.: 17-20, Zitat 20). Was also der Ursprung ist, zu dem zurückgekehrt werden soll, entspringt wohl eher strategischen Überlegungen der jeweiligen Gegenwart, auf deren Grundlage der Ursprung konstruiert wird. Zweitens verbinden sie die Rückkehrforderungen mit der an Erhards Frühschriften (und an Hayeks Mißbilligung des Beiworts „sozial“) erinnernden Überlegung, daß es notwendig sein könnte, von der „Sozialen Marktwirtschaft“ „zu einem ‚adjektivlosen‘ marktwirtschaftlichen System“ überzugehen (ebd.: 26, Fn. 34). Auch hier wird die Strategie, den Ursprung so zu konstruieren, daß er zum jeweiligen diskursiven Ziel paßt, deutlich. Solche und andere diskursive Strategien zu untersuchen, ist eine der Aufgaben der politischen Diskursanalyse (näheres hierzu im 5. Kapitel).

2.2.5 Die unvermeidbare Bedeutungspluralität der „Sozialen Marktwirtschaft“

Stellvertretend für diskursive Elemente im allgemeinen haben wir nun sprachliche Zeichen und insbesondere das Zeichen „Soziale Marktwirtschaft“ aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Diese Betrachtung hat verdeutlicht, daß die Rede von der „eigentlichen Bedeutung“ der „Sozialen Marktwirtschaft“ aus zahlreichen Gründen scheitert. Damit wird auch die diskurstheoretische Überlegung bestätigt, daß sich kein diskursives Element vollständig als fixes Element konstituieren kann – dies verhindern die strukturelle Relationalität, die artikulatorische Ereignishaftigkeit und die Kontextualität des Diskurses. Die Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ läßt sich niemals endgültig fixieren, weder im Sinne einer metaphysischen „Idee der Sozialen Marktwirtschaft“, noch durch eine objektive Dinglichkeit, noch durch eine ursprüngliche Begriffsprägung. Das Signifikat des Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ steht in einer relationalen Abhängigkeit innerhalb des Systems der Sprache und kann somit nicht als „Eigenes“ signifizieren. Auch diffundiert das Signifikat des Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ unausweichlich in eine Signifikantenkette bzw. in ein Signifikantennetz. Artikulationen treiben einerseits den Prozeß des Gleitens voran, andererseits verorten sie das Zeichen punktuell vor einem Kontext; sie bringen damit den Prozeß des Gleitens auch ins Stocken und ermöglichen die Generierung von Bedeutung und Sinn – aber eben nur punktuell. Das Signifikat des Zeichens „Soziale Marktwirtschaft“ variiert damit – wie alle diskursiven Elemente – in Abhängigkeit von einem niemals verallgemeinerbaren (textuellen, situationalen, kulturellen, politischen etc.) Kontext der Artikulation.

Daß Bedeutung im Unklaren bleibt, hat nichts damit zu tun, daß ein Zeichen auf einen komplizierten und deshalb unklaren objektiven Sach-

verhalt verweist; vielmehr funktionieren Zeichen auch ohne jeden Bezug zur „Sache“. Ebenso wenig wie der Verweis auf eine objektive Bedeutung hilft der Hinweis auf die *ursprüngliche* Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ weiter, denn eine solche ist weder empirisch aufzufinden, noch läßt sich theoretisch davon sprechen, Bedeutung würde am Ursprung entstehen.

Das Gleiten des Signifikanten und die Unmöglichkeit, diesem Gleiten durch die Fixierung am Objekt oder am Ursprung Einhalt zu gebieten, bewirken, daß das Zeichen „Soziale Marktwirtschaft“ seine Bedeutungsfunktion in unvermeidbar pluraler Weise erfüllt. Der Aufhebung dieser Pluralität widersetzt sich die „Soziale Marktwirtschaft“ als Zeichen, womit sie beispielhaft für jedes diskursive Element steht. Somit ist Cassel/Rauhuts Auffassung einer Degeneration der Idee der Sozialen Marktwirtschaft einem Mißverständnis dessen geschuldet, wozu sprachliche Zeichen und diskursive Elemente im allgemeinen in der Lage sind. Demgegenüber ist dem politischen Ökonomen Roland Sturm zuzustimmen, wenn er betont, „daß das heutige Verständnis der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ ebenso ein historisch-politisches Konstrukt [sei] wie seine ursprüngliche Interpretation“ (Sturm 1999: 196).

2.3 „Soziale Marktwirtschaft“ im Netz diskursiver Elemente

Wir haben nun in recht allgemeiner Weise ausgeführt, unter welchen Bedingungen sich die Bedeutung des Zeichens „Soziale Marktwirtschaft“ konstituiert. Hieran anschließend soll im folgenden ein grober Überblick darüber vermittelt werden, wie die „Soziale Marktwirtschaft“ konkret im Netz der Zeichen verortet ist (ohne daß damit die detaillierte Analyse der spezifischen diskursiven Formationen und Bewegungen vorweggenommen werden soll). Natürlich kann es hier nicht um eine umfassende Beschreibung des Zeichennetzes um die „Soziale Marktwirtschaft“ gehen, denn eine solche ist aus zwei Gründen nicht möglich: Erstens würde das Projekt einer umfassenden Beschreibung an der schier Quantität der Verweisungszusammenhänge, als Teil derer die „Soziale Marktwirtschaft“ auftritt und aufgetreten ist, scheitern. Doch Quantität ist nicht der einzige problematische Faktor. Ein mindestens ebenso großes Problem besteht in der oben beschriebenen Eigenschaft des Netzes, keine fixe, sondern eine temporalisierte Struktur zu sein, die aufgrund diskursiver Artikulationen beständig neue Möglichkeiten der Sinngenerierung – d.h. der Verknüpfung von Signifikanten – bietet und somit stets in (meist sanfter) Bewegung ist. Aus diesem Grund gilt für

das Folgende ein Caveat: Wenn nun das Zeichennetz um die „Soziale Marktwirtschaft“ skizziert wird, so handelt es sich im oben ausgeführten Sinn um die Photographie einer Bewegung. Diese Photographie kann natürlich die den Diskurs dynamisierenden Artikulationen, und von diesen insbesondere die hegemoniebildenden, nicht erfassen (der Versuch, dies zu tun, bleibt der Diskursanalyse in Kapitel 6 vorbehalten); sie ist somit nicht mehr als ein heuristisches Hilfsmittel, aber als solches sehr hilfreich, weil es uns eine erste konkrete Orientierung verschafft.

Ich „entwickle“ die „Photographie“ in zwei Schritten: In einem ersten Schritt werden einige unmittelbare Verweisungszusammenhänge des Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“, die in verschiedenen bereits vorliegenden Untersuchungen zur Semantik des Feldes zutage treten, rekonstruiert. Angesichts der soeben erwähnten Unendlichkeit diskursiven Verweisens mag sich eine solche Rekonstruktion dem Vorwurf einer willkürlichen Hervorhebung bestimmter Verweisungszusammenhänge unter Berücksichtigung eines willkürlich gewählten und eingeschränkten Textkorpus, bestehend nur aus wissenschaftlichen Texten, aussetzen. Diesem Vorwurf läßt sich mit dem mehr oder weniger pragmatischen Argument begegnen, daß die gewählten wissenschaftlichen Texte, auch wenn jeder für sich neue Relationen artikuliert, eine Art Aggregat anderer Texte darstellen, so daß zu hoffen ist, daß sie einen großen Teil der Semantik der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu erfassen vermögen. Sie stellen ein geeignetes Anfangssample für die ohnehin stets vorläufige Rekonstruktion dar. Zu diesem pragmatischen tritt aber noch ein maßgebliches theoretisches Argument: Welche spezifischen Signifikanten den unmittelbaren und mittelbaren Verweisungszusammenhang der „Sozialen Marktwirtschaft“ konstituieren, ist letztlich von minderer Bedeutung, solange es gelingt, anhand eines Samples die allgemeinen Funktionen dieser Signifikanten festzustellen; diese kommen jedoch nicht in den einzelnen Elementen, sondern in den Relationen der Elemente untereinander zum Tragen. Eine Netzstruktur besteht immer aus Punkten und aus den Verbindungen zwischen den Punkten, ohne daß die beiden Elemente vollends zu trennen wären. Im Gegensatz zur unendlichen Vielfalt der Punkte des Netzes bzw. signifikanten Elemente lassen sich aber die Relationen zwischen den Elementen auf einige wenige Formen reduzieren. Demnach soll als zweiter Schritt die Ebene der Relationen zwischen den verschiedenen Punkten erörtert werden.

Beginnen wir aber mit einer Skizze der spezifischen Beschaffenheit der Verbindungspunkte des Signifikantennetzes um die „Soziale Marktwirtschaft“; diese Skizze kann sich auf drei Arten von Vorarbeiten stützen: Zum einen wird im Rahmen von linguistischen und politikwissenschaftlichen Untersuchungen zum Verhältnis von Sprache und Politik

häufig auf den Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ Bezug genommen. Hierbei werden implizit und in wenigen Fällen auch explizit Überlegungen zum Begriff und zum Begriffsfeld der „Sozialen Marktwirtschaft“ angestellt. Zum zweiten steht vor allem aus jüngerer Zeit sozialwissenschaftliches empirisches Material zur Verfügung, das untersucht, mit welchen anderen Begriffen „Soziale Marktwirtschaft“ von der Öffentlichkeit in Verbindung gebracht wird. Wirtschaftswissenschaftliche Literatur betrachtet das Phänomen „Soziale Marktwirtschaft“ fast nie unter semantischen Gesichtspunkten; exemplarisch ist es dennoch sinnvoll, auf diese Literatur zurückzugreifen, eben weil sie Verweisierungszusammenhänge der „Sozialen Marktwirtschaft“ oft paradigmatisch formuliert. Bei der Betrachtung der Positionierung des Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ im Signifikantennetz fallen nun wenigstens folgende sechs Aspekte auf:

a. *Das spannungsreiche Doppelgestirn.* Wenn im Laufe dieses Kapitels konstatiert wurde, daß die Erfindung der Sozialen Marktwirtschaft zuerst die Erfindung des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“ war, so gilt es nun, diese Aussage zu qualifizieren. Wie Petra Ballnuß (1996: 35) in ihrer Untersuchung über Begriffsbesetzungen in Parteiprogrammen festgestellt hat, kommt es in der politischen Sprache fast nie zu völlig neuen Wortbildungen, aber „es bestehen [...] vielfältige Möglichkeiten der Kreation neuer Wörter und Wendungen durch Kombination bereits vorhandener Wörter und Morpheme.“ Dies gilt auch im Fall „Soziale Marktwirtschaft“, deren „Erfindung“ natürlich nicht in der Kreation der dann zusammengefügteten Signifikanten „sozial“ und „Marktwirtschaft“ bestand, sondern genau im Akt des Zusammenfügens zum neuen signifikanten Doppelgestirn. Das Zentrum des sich relational ausformenden Signifikantennetzes konstituiert sich also nicht als monolithischer Zeichenträger, sondern bildet selbst eine zweipolige Relation. Dabei handelt es sich nicht um eine beliebige Relation, sondern um eine spannungsreiche Relation zwischen zwei bis dahin sehr konträren Bedeutungskontexten zugeordneten Signifikanten (vgl. Klein 1991: 52/53; unter Bezug auf Klein auch Ballnuß 1996: 64; Wengeler 1996: 397). Entsprechend verbinden sich um die „Soziale Marktwirtschaft“ die Signifikantennetze des „Sozialen“ und der „Marktwirtschaft“ zu einem Netz, in das sich dann zusätzlich Signifikanten eingliedern, die sich spezifisch der „Sozialen Marktwirtschaft“ zuordnen lassen.

b. *Funktionale Benennungen.* Der Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ wird häufig in Verbindung mit weiteren Signifikanten artikuliert, die nicht unmittelbar zur semantischen Dichte des Begriffs beitragen, sondern auf seine zentrale Funktion im Signifikantennetz bzw. im politischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland verweisen. Als Beispiele

für derartige funktionale Benennungen können etwa die häufigen Charakterisierungen der „Sozialen Marktwirtschaft“ als „Schlüsselwort“ (z.B. bei Behrens et al. 1982: 224) oder „Leitvokabel“ (z.B. Busse/Teubert 1994: 22; Wengeler 1996) gelten. Einzelne funktionale Benennungen verknüpfen die Hervorhebung der hohen Bedeutung des Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ mit einer normativen Hervorhebung durch die Verbindung mit einem positiv konnotierten Signifikanten des Wirtschaftsvokabulars oder mit allgemeinen Hochwertbegriffen. So spricht etwa Hans Maier (1977: 46) vom „Schlüsselwort des Wiederaufbaus“, und auch die auf Alfred Müller-Armack selbst zurückgehenden Charakterisierungen der „Sozialen Marktwirtschaft“ als „irenische Formel“ oder „Integrationsformel“ werden gerne aufgegriffen (vgl. z.B.: Müller-Armack 1966[1962]: 300/301). Aber es finden sich auch negativ konnotierte funktionale Benennungen, so z.B. wenn „Soziale Marktwirtschaft“ als „Ideologie der sozialen Marktwirtschaft“ artikuliert wird (vgl. Klein 1989: 10).

c. *Verortung als ordnungspolitische Leitvokabel.* Als „Leitvokabel“ gewinnt die „Soziale Marktwirtschaft“ erst Sinn, indem sie regelmäßig in Differenz zu anderen möglichen Leitvokabeln artikuliert wird. „Planwirtschaft“ und „freie Marktwirtschaft“ wurden im ersten Bundestagswahlprogramm der CDU, den Düsseldorfer Leitsätzen von 1949 (vgl. Hintze 1995: 27-29), als alternative Leitvokabeln abgelehnt. In den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* wird nur wenig später die „Soziale Marktwirtschaft“ in Abgrenzung zur „Sozialistischen Marktwirtschaft“ diskutiert (vgl. Weber 1950).³⁹ Doch um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Differenz bedeutet nicht notwendigerweise Kontrarität. Die „Soziale Marktwirtschaft“ z.B. steht auch in Differenz zu den Leitvokabeln „Neoliberalismus“, „Ordoliberalismus“ und „Katholische Soziallehre“,⁴⁰ obwohl hier häufig Beziehungen der Verwandtschaft bzw. der Äquivalenz artikuliert werden (vgl. z.B. Blum 1969; Gutmann 1998). Ähnliches gilt in anderen Kontexten für die gemeinsame Artikulation von „Sozialer Marktwirtschaft“ und „Globalsteuerung“ (vgl. z.B.

39 Der Begriff „Sozialistische Marktwirtschaft“ blieb zwar für mindestens ein Jahrzehnt in Gebrauch (vgl. auch Nemitz 1960), konnte sich aber letztlich nicht als Alternativbegriff zur „Sozialen Marktwirtschaft“ behaupten.

40 Daß mit „Neoliberalismus“, „Ordoliberalismus“ und „Katholischer Soziallehre“ für gewöhnlich wissenschaftliche und/oder moralische Paradigmen, und mit „Sozialer Marktwirtschaft“, „Planwirtschaft“ und „freier Marktwirtschaft“ für gewöhnlich umgesetzte Wirtschaftsordnungen bezeichnet werden, darf in diesem Zusammenhang nicht stören. Es ist leicht einsichtig, daß beide Gruppen als Leitvokabeln für die Bezeichnung von Wirtschaftsordnungen Verwendung finden können, zumal es beispielsweise durchaus üblich ist, von einer „neoliberalen Wirtschaftsordnung“ zu sprechen.

Sturm 1999: 198; Schlecht 1998: 41). Wie schon erwähnt, kann sicher keine Liste der Abgrenzungen vollständig sein, nicht einmal die wohl noch recht übersichtliche Liste der ordnungspolitischen „Leitvokabeln“. Allerdings läßt der Blick in diesen noch sehr eng gefaßten Ausschnitt des Signifikantennetzes bereits zwei zentrale Schlußfolgerungen zu:

Zum einen scheinen diskursive Artikulationen zwei verschiedene Arten von Beziehungen zwischen Signifikanten zu etablieren, und zwar treten neben die grundlegende Beziehung der Differenz zwischen zwei Signifikanten immer wieder verschiedene Überformungen dieser Differenz, im vorliegenden Fall als Kontrarität oder als Äquivalenz. Zum zweiten aber sind diese Überformungen alles andere als stabil und werden in verschiedenen Kontexten unterschiedlich artikuliert. Die meisten genannten Leitvokabeln sind sowohl in Kontrarität zu als auch als Äquivalenz mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ artikuliert worden. Hierzu einige Beispiele: Der im CDU-Programm vorgenommenen Abgrenzung zur „freien Marktwirtschaft“ steht die liberale Überzeugung (auch immer wieder von Ludwig Erhard vertreten) gegenüber, wonach „Soziale Marktwirtschaft“ letztlich nur „freie Marktwirtschaft“ sein könne (vgl. Gutmann 1998: 51; Wengeler 1996: 397/98). Auch die Beziehung von „Ordoliberalismus“ oder „Neoliberalismus“ zur „Sozialen Marktwirtschaft“ wird gelegentlich als Kontrarität artikuliert (vgl. Lange-von Kulesa/Renner 1998). Wir können also festhalten, daß unterschiedliche Artikulationen nicht nur verschiedene Elemente in Relation zueinander setzen, sondern daß zudem nicht alle Relationen einfach nur Differenzrelationen sind und daß zwischen zwei Elementen verschiedene Relationen artikuliert werden können.

d. Ordnungs-, wirtschafts-, und sozialpolitische Konkretisierungen. Einen großen Anteil an der Sinngenerierung des Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ haben Artikulationen, die eine Verknüpfung von „Sozialer Marktwirtschaft“ mit ordnungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Konkretisierungen herstellen. Entsprechende Listen sind immer zu lang und nie erschöpfend, daher nur zwei Beispiele.

Verschiedene linguistische Untersuchungen stellen zwischen dem Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ und u.a. folgenden Signifikanten des ordnungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Vokabulars Äquivalenzrelationen fest: „freie Berufswahl“, „freie Preisbildung“, „Freizügigkeit“, „Geldwertstabilität“, „Gewerbefreiheit“, „Leistungswettbewerb“, „Marktwirtschaft“, „Monopolkontrolle“, „Niederlassungsfreiheit“, „Soziale Sicherheit“, „Sozialpartnerschaft“, „Sozialstaat“, „Tarifautonomie“, „Wettbewerb“, „Wettbewerbsordnung“. Mögliche Kontraritätsrelationen sind: „Kartell“, „Monopol“, „Sozialisierung“ und viele mehr (vgl. für viele die Aufzählung des Kernvokabulars der Sozialen Marktwirtschaft

Klein 1989: 10; für eine Einordnung der „Sozialen Marktwirtschaft“ im wirtschaftspolitischen Vokabular der Ära Adenauer Wengeler 1995; für mögliche Beziehungen im wirtschaftspolitischen Vokabular der Bundesrepublik die umfangreiche Liste bei Wengeler 1996: 89-91).

Ein ähnliches Resultat ergibt sich beim Blick in viele wirtschaftswissenschaftliche Darstellungen. Otto Schlecht, langjähriger Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, artikuliert in seiner knappen Zusammenfassung des Konzepts der „Sozialen Marktwirtschaft“ diese zusammen mit folgenden Signifikanten des ordnungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Vokabulars: „Wettbewerb“, „Marktprozeß“, „Konsumfreiheit“, „Innovation“, „effiziente Produktion“, „Leistung“, „sozialpolitische Leistungen“, „bewußte staatliche Gestaltung“, „Wettbewerbspolitik“, „Wohlstand“, sowie in Anlehnung an Walter Eucken konstituierende Prinzipien (vgl. Eucken 1952: 254-291) „Privateigentum“, „Haftungsregelungen“, „konvertibles und stabiles Geld“, „freie Preisbildung“, „offene Märkte“, „Vertrags- und Niederlassungsfreiheit“, „Konstanz und Verlässlichkeit der Politik“ (vgl. Schlecht 1998: 37/38). Auch das im Stabilitätsgesetz festgehaltene magische Viereck grundlegender gesamtwirtschaftlicher Ziele – „Geldwertstabilität“, „möglichst hohe Beschäftigung“, „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“ und „angemessenes Wirtschaftswachstum“ – wird regelmäßig als mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ äquivalent artikuliert (vgl. z.B. Hickel 1980: 452; Thieme 1994: 35-56).

e. Politische Verortung. „Soziale Marktwirtschaft“ war, wie dargestellt, immer ein politischer und politisch interpretierter Begriff. Somit verwundert es kaum, wenn sich im Signifikantennetz um den Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ immer wieder Signifikanten aus dem Vokabular der parteilich orientierten Politik finden. Typische Verknüpfungen sind die mit Eigennamen von Politikern (wie „Ludwig Erhard“ und „Alfred Müller-Armack“) oder mit den Namen politischer Parteien. Besonders die (Differenz-)Relationen des Signifikanten zu letzteren werden häufig durch Äquivalenz- oder Kontraritätsrelationen überformt, wobei die Beziehung zur „CDU“ üblicherweise und häufig auch die zur „FDP“ als Äquivalenzrelation artikuliert wurde, jene zur „SPD“ allerdings je nach Kontext sehr unterschiedlich. Nicht nur politische Parteien, auch andere politische Akteure werden in großer Regelmäßigkeit artikuliert mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ verknüpft, insbesondere Gewerkschaften, Arbeitgeber-, Handwerks und Industrieverbände, sowie die Kirchen (vgl. Delhaes-Guenther 1998; sowie verschiedene Beiträge in Lenel et al. 1997: 655-784).

f. Verankerung im Wertgefüge. Schließlich zeichnen sich viele der in Frage kommenden Artikulationen dadurch aus, daß sie eine Verknüp-

fung zwischen dem Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ und einem oder mehreren der verbreiteten Hochwertbegriffe herstellen. Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang jedoch, daß die „Soziale Marktwirtschaft“, wie Wilga Föste und Peter Janßen in einer umfangreichen empirischen Untersuchung gezeigt haben, von großen Teilen der Bevölkerung mit den „Grundwerten einer offenen Gesellschaft“ – nämlich „Freiheit“, „Gleichheit“, „Verantwortung“ und „Gerechtigkeit“ – in enge Verbindung gebracht wird, daß „Soziale Marktwirtschaft“ zudem in der Lage ist, diese Werte in ausgeglichener Weise zu erfassen. Gerade die kontinuierliche Artikulation von „Sozialer Marktwirtschaft“ mit den genannten Grundwerten scheint die Konsensfähigkeit der „Sozialen Marktwirtschaft“ zum Ausdruck zu bringen (vgl. Föste/Janßen 1999: v.a. 72-142, 281-316). Aber die Verknüpfung mit normativ stark aufgeladenen Signifikanten wird auch schon in der bereits oben erwähnten Bezeichnung der „Sozialen Marktwirtschaft“ als „irenische Formel“ deutlich, die die „Soziale Marktwirtschaft“ mit der Beförderung des „Friedens“ verknüpft.

Das letzte Beispiel verdeutlicht, daß die Aspekte *b.* bis *f.* des Signifikantennetzes um die „Soziale Marktwirtschaft“ sich keineswegs gegenseitig ausschließen. Neben dem Fall der Verschmelzung von funktionaler Benennung und Verknüpfung mit Hochwertbegriffen wird dies besonders deutlich in den Fällen, in denen Begrifflichkeiten des wirtschafts- und ordnungspolitischen Vokabulars Wertcharakter erlangt haben. Das gilt in der Bundesrepublik vielleicht am stärksten für das im Stabilitätsgesetz von 1967 fixierte sogenannte magische Viereck aus „Geldwertstabilität“, „möglichst hoher Beschäftigung“, „außenwirtschaftlichem Gleichgewicht“ und „angemessenem Wirtschaftswachstum“ (vgl. Thieme 1994: 35-56). Die artikulatorische Verknüpfung des Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ mit den genannten Hochwertbegriffen scheint eine wichtige Rolle zu spielen, weil sich damit die Entwicklung des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“ selbst zum Hochwertbegriff andeutet (vgl. für eine Bestimmung von „Soziale Marktwirtschaft“ als eigenen Hochwertbegriff Fritz Kuhn 1991: 103). Auf diesen Aspekt wird zurückzukommen sein.

Zunächst jedoch wenden wir uns den Relationen zu, die in Signifikantennetzen – oder allgemeiner in Netzen diskursiver Elemente – hergestellt werden. Hierbei interessieren weniger die einzelnen Relationen als die Typen regelmäßig auftretender Relationen. Darauf, daß es nur eine relativ begrenzte Anzahl von diskursiven Beziehungsarten gibt, haben mehrere Autoren hingewiesen – wenn auch mit verschiedenem Vokabular und mit unterschiedlicher Betonung. Michel Foucault etwa stellt trotz der unendlichen Kombinierbarkeit sprachlicher Einheiten ein „Ge-

setz der Seltenheit“ der Aussagen, also der regelmäßigen Kombinationsmuster fest (vgl. Foucault 1997[1969]: 172-175). Ernesto Laclau und Chantal Mouffe gehen noch einen Schritt weiter und reduzieren die unbestimmte Seltenheit für den Fall des politischen Diskurses – und um diese Fälle geht es hier ja – auf eine konkrete Dualität von Beziehungsarten: die Beziehung der Differenz und die Beziehung der Äquivalenz (vgl. v.a. Laclau/Mouffe 1985: 127-134). Allerdings hat es, gerade im Anschluß an die eben vorgenommene Skizze des Signifikantennetzes um die „Soziale Marktwirtschaft“, den Anschein, als ob man mit nur zwei Beziehungsarten – Differenz und Äquivalenz – doch zu knapp kalkulieren würde. Ich möchte stattdessen eine Typologie von vier Typen von Relationen vorschlagen: Differenz, Superdifferenz, Äquivalenz und Kontrarität.

a. Differenz. Die grundlegende Beziehung zwischen allen diskursiven Elementen ist die der Differenz („x ist anders als y“; „Schalke ist anders als Dortmund“), weil diskursive Elemente erst durch diese Beziehung als erkennbare Elemente generiert werden. Ohne Differenz wären zwei Elemente miteinander identisch und somit letztlich nicht zwei, sondern nur ein Element.

Die Differenzrelation ist eine komplexitätsstiftende Relation, insofern als ein gedachtes, nur durch reine Differenzrelationen verknüpftes Netz diskursiver Elemente potentiell unendlich, unüberschaubar und ohne markante Orientierungspunkte wäre. (Anders als ein – unmöglicher, aber zur Veranschaulichung denkbarer – amorpher Raum ist ein von Differenzen durchzogener Raum ein strukturierter Raum, gleichwohl ist er kein übersichtlich strukturierter Raum, sondern eben nur eine unendliche Masse von Differenzen ohne markante Orientierungspunkte.) Wäre Differenz die einzige vorherrschende Beziehung zwischen Signifikanten, dann wären Veränderungen im Signifikantennetz nur durch das Hinzukommen völlig neuer Signifikanten denkbar, aber auch diese Veränderungen könnten nur rein quantitativer Art sein und nicht die Struktur des Netzes an sich durcheinander wirbeln. Offensichtlich führen jedoch Artikulationsereignisse kontinuierlich zu Verschiebungen im Signifikantennetz. Bestimmte Signifikanten werden, wie oben ausgeführt, als zusammengehörig artikuliert (etwa „Soziale Marktwirtschaft“ und „Wettbewerb“) oder auch als entgegengesetzt (etwa „Soziale Marktwirtschaft“ und „Kartell“); es können auch durchaus zwei Elemente in verschiedenen Kontexten einmal als zusammengehörig und dann wieder als entgegengesetzt artikuliert werden (etwa „Soziale Marktwirtschaft“ und „Wirtschaftssteuerung“). Es scheint sich demnach so zu verhalten, daß zahlreiche Artikulationen gleichzeitig eine Differenz artikulieren und diese auf die eine oder andere Weise überformen. Und so kann man da-

von sprechen, daß alle anderen Arten diskursiver Beziehungen gegenüber der Differenzrelation in einer Art parasitärem Verhältnis stehen: Sie sind von der vorherigen Existenz einer solchen Beziehung abhängig und überformen sie; gleichzeitig reduzieren sie Komplexität.

b. Superdifferenz. Der erste derart überformende Beziehungstyp läßt sich als Superdifferenz bezeichnen. Superdifferenzen bekräftigen Differenzen zwischen diskursiven Elementen und verfestigen damit diskursive Grenzziehungen, allerdings ohne daß die betroffenen diskursiven Elemente als Gegensätze irgendeiner Art artikuliert werden. Superdifferenzen bringen zum Ausdruck, daß sich zwei Elemente nicht nur voneinander unterscheiden, sondern daß sie darüber hinaus auch in keinerlei Zusammenhang stehen, auch nicht in einem negativen („x ist anders als y und hat auch nichts mit y zu tun“; „Fußball und Ballett sind doch nun wirklich zwei völlig getrennte Universen“). Superdifferenzrelationen reduzieren Komplexität in ganz entscheidender Weise, weil sie maßgeblichen Anteil an der grundlegenden Strukturierung des diskursiven Raums haben, indem sie Grenzen in das unendliche Netz von Differenzen einziehen. Erst aufgrund von Superdifferenzrelationen können sich überhaupt erst erkennbare, unterschiedliche Diskurse konstituieren. Im politisch-diskursiven Raum, vor allem in Demokratien, dienen Superdifferenzrelationen dazu, verschiedene Arenen politischer Diskursivität voneinander zu scheiden. Sie artikulieren, mit anderen Worten, die Grenzen zwischen verschiedenen politischen Diskursen, indem sie zum Beispiel spezifizieren und abgrenzen, welcher Aspekt des gemeinsamen politischen Strebens betroffen ist (z.B. Wohlstand oder Sicherheit) oder welcher Personenkreis adressiert wird und welcher nicht. Eine typische explizite Aussage dieser Art im zu untersuchenden Fall des Diskurses der Sozialen Marktwirtschaft könnte etwa lauten: „Ordnungs- und Wirtschaftspolitik zielt auf die Mehrung des materiellen Wohlstands, ihr Ziel liegt nicht in der Gewährleistung einer bestimmten Verteilung dieses Wohlstands.“

c. Äquivalenz. Der zweite überformende Beziehungstyp läßt sich – in Anlehnung an Laclau/Mouffe – als Äquivalenz bezeichnen. Mir scheint es wichtig hervorzuheben – und diesen Punkt machen Laclau/Mouffe nicht explizit – daß bei Äquivalenzrelationen üblicherweise ein drittes Element eine wichtige Rolle spielt, weil zwei Elemente zwar als grundsätzlich different, aber in Beziehung zu einem Dritten als äquivalent artikuliert werden („x ist anders als y, aber geht in Beziehung zu a mit y Hand in Hand“; „Schalke ist anders als Dortmund, aber beide sind die Heimat von Bundesligamannschaften“). Es können auch mehrere Äquivalenzrelationen ineinander greifen („v, w, x, y, und z sind alle voneinander unterschieden, aber in Beziehung zu a gleichbedeutend“), weshalb

man auch von Äquivalenzketten spricht (Laclau/Mouffe). Zur Komplexitätsreduktion kommt es, weil durch die Äquivalenzbeziehung viele Beziehungen zum Dritten zu einer gebündelt werden, die dann wiederum von mehr „Gewicht“ ist. Äquivalenzrelationen lassen Knotenpunkte entstehen und stellen so höheren Kontrast her. Verschiedene Intensitätsgrade von Äquivalenzbeziehungen lassen sich mit Begrifflichkeiten der Stilistik als Metaphern, Metonymien, Synonymen etc. beschreiben.⁴¹

d. Kontrarität. Der dritte überformende diskursive Beziehungstyp ist die Kontraritätsrelation; und auch bei dieser Relation spielt ein Drittes zumeist eine wichtige Rolle („x ist anders als y, und steht in bezug auf a in Kontrarität zu y“; „Schalke ist anders als Dortmund und beide stehen hinsichtlich des Ziels Meisterschaft einander im Weg“). Bei den diskursiv artikulierten Gegensätzen hat man es weder mit realen Gegensätzen ($A \leftrightarrow B$) zu tun, die nur durch die Zerstörung eines der entgegengesetzten Elemente und den Sieg des anderen zu beseitigen wären; noch aber handelt es sich um dialektische Widersprüche ($A \leftrightarrow A'$), die, weil das eine (stets begriffliche) Element sein „Gegenelement“ immer schon in sich trage, auf einer anderen (höheren) Ebene aufgehoben werden könnten und letztlich auf diese Aufhebung sogar hinstreben. Letzteres gilt um so mehr, als in diskursiven Artikulationen, wie oben ausgeführt, nicht nur sprachliche Begriffe, sondern auch reale Gegenstände und Subjekte durch Differenzierung mit sinnhaften Identitäten versehen werden – denn zwischen realen Gegenständen oder Subjekten können keine dialektischen Widersprüche begründet werden (vgl. Laclau 1979: 177-179; Laclau/Mouffe 1985: 109/110, 122-125). Diskursiv artikuliert Gegenstände sind stets kontingent (d.h. sie folgen keiner dialektischen Logik der Aufhebung) und prekär (d.h. sie können durch Artikulationen entweder verschoben oder durch völlig andere Gegensätze ersetzt werden). Kontraritäts- und Äquivalenzrelation können einander überlappen: „x und z sind (different aber) gleichbedeutend, insofern sie in bezug auf a in Kontrarität zu y stehen.“ („Schalke-Fans und Dortmund-Fans unterscheiden sich, aber beide freuen sich über eine Niederlage des FC Bayern.“) Auch Kontraritätsrelationen bringen Kontraste in die einförmige, sich scheinbar unendlich erstreckende diskursive Landschaft der Differenz.

Die „photographische“ Betrachtung hat uns somit wertvolle Hinweise darauf geliefert, welcher Art die Beziehungen sind, die sich in Dis-

41 Laclau/Mouffe (1985: 109/110) weisen explizit darauf hin, daß nur durch die diskursive Strukturierung der Wirklichkeit überhaupt Beziehungen zwischen Objekten oder sozialen Kräften bzw. Gruppensubjekten möglich sind, die als objektive Beziehungen unmöglich wären. Hierzu gehören insbesondere Äquivalenzbeziehungen (im sozialen Raum z.B. zu verstehen als Bündnisbeziehungen).

kursen im allgemeinen – das heißt nicht nur zwischen Signifikanten – konstituieren. Wir konnten eine Typologie diskursiver Relationen entwickeln, die eine wichtige Grundlage für die Theorie hegemonialer Strategien (Kapitel 5) und für die Analyse des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ (Kapitel 6) bildet.

Eine ganz entscheidende Komponente der Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ konnte die Betrachtung der „Photographie“ des Signifikantennetzes jedoch nicht erhellen: Dabei handelt es sich um jene „normative“ Bedeutungskomponente, die bewirkt, daß „Soziale Marktwirtschaft“ als „Fahnenwort für die bundesdeutsche Wirtschaftsordnung“ (Wengeler 1995: 48) gilt; daß, mit anderen Worten, die Soziale Marktwirtschaft als „gute“, d.h. als produktive, effiziente und gerechte Wirtschaftsordnung verstanden wird. In der deutschen Linguistik hat es sich eingebürgert, diese Bedeutungskomponente als „deontische Bedeutungskomponente“ (in Ergänzung zur „deskriptiven Bedeutungskomponente“) zu bezeichnen; durch diese wird „der bezeichnete Sachverhalt als zu befürwortender oder als abzulehnender bewertet“ (Klein 1991: 61).⁴² Leider wird jedoch dabei die Existenz einer deontischen Bedeutungskomponente lediglich festgestellt, ohne zu erklären, welcher Mechanismus das Zustandekommen einer derartigen Komponente gestattet. Die im folgenden Kapitel vorgenommene Untersuchung des Politischen wird unter anderem dabei helfen, die noch fehlende Erklärung für das Zustandekommen positiv-deontischer Bedeutungskomponenten zu finden, jedenfalls solange es sich um herausgehobene diskursive Elemente handelt, denen ihre spezielle Rolle in *politischen* Diskursen zukommt; so wird es im besonderen auch möglich sein, die normative Komponente der „Sozialen Marktwirtschaft“ besser zu verstehen.

42 Die Bezeichnung „deontische Bedeutungskomponente“ geht zurück auf Hermanns (1986). Der Unterscheidung von deskriptiver und deontischer Bedeutungskomponente entsprechend, wird hinsichtlich des politischen Konfliktes um die Bedeutung von Wörtern auch unterschieden zwischen deskriptiver und deontischer Bedeutungskonkurrenz (vgl. Klein 1989; Klein 1991).

